ZEIT DER ÖKOLOGIE

Das neue Akkumulationsregime

Zeit der Ökologie

Das neue Akkumulationsregime

Aus der brennenden Hütte

ZEIT DER ÖKOLOGIE

Das neue Akkumulationsregime

Aus der brennenden Hütte

Impressum:

Zeit der Ökologie
Das neue Akkumulationsregime
Aus der brennenden Hütte

Januar 2024

brennendehuette@riseup.net

https://inferno.noblogs.org

Inhalt

Einleitung oder woher wir kommen **9**

Kapitel 1: Ökonomie **15**
Ein neues Ökologisches Akkumulationsregime 16
Von der Krise der Profitabilität zur Neuen Landnahme 17
Ein patriarchal-kolonialer Extraktivismus 23
Exktraktivismus im Ökologischen Akkumulationsregime 27
Der technologische Angriff als Entgrenzung und Kontrolle 31
Digitale Landnahme und die Kolonialisierung der Seele 35

Kapitel 2: Ideologie und Politik **41**
Wissenschaftlicher Katastrophismus 42
Das ökologische Sicherheitsregime 50
Zum Wandel staatlicher Sicherheit und zur Sicherheit allgemein 51
Ausnahmezustand und Krieg 56
Der kommende Ausnahmezustand 68
Der Katastrophenverwaltungsstaat 70
Fazit: Der kommende Katastrophenverwaltungsstaat 82

Kapitel 3: Subjektivierung **85**
Verinnerlichte Herrschaft 86
Technologischer Zugriff und Kolonialisierung der Seele 91
Das ökologische Subjekt 95

Kapitel 4: Transzendenz – oder wohin wir wollen **101**

Endnoten **106**

Einleitung
oder woher wir kommen

Wir gehen davon aus, dass wir mit einem neuen Akkumulationsregime konfrontiert sind. Ob sich dieses durchsetzen wird, wird die Zukunft zeigen.
Wir gehen davon aus, dass dieses Akkumulationsregime um den Begriff des Ökologischen kreist.
Was das heißt? Im folgenden Text versuchen wir uns an einer Charakterisierung auf drei Ebenen:

Die Ebene der Ökonomie: Landnahme
Die Ebene der Ideologie und Politik: Sicherheit
Die Ebene der Subjekte: Das ökologische Subjekt

Der Begriff des Akkumulationsregimes[1] versucht Phasen der Stabilität inmitten der immanent krisenhaften Produktionsweise des Kapitalismus zu erklären und hilft dabei, die Integrations- und Erneuerungskraft des Kapitalismus sowie seine krisenhaften Umbruchphasen in den Blick zu bekommen. Wir wissen, dass sich ein Akkumulationsregime erst ex post genau definieren lässt, also erst in seiner Endphase, in der das jeweilige Produktionsprinzip in allen Bereichen der Gesellschaft verankert ist. Insofern ist unser Versuch, die Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes zu umreißen, unzulänglich. Und dennoch meinen wir, dass es notwendig ist, um zumindest theoretisch und zukünftig auch praktisch auf die Höhe der Zeit kapitalistischer Entwicklung aufzuschließen. Wir glauben, dass wir etwas erleben, was vergleichbar ist mit dem Übergang

von einem fordistischen, zu einem neoliberalen Akkumulationsregime. War die neoliberale Restrukturierung eine Antwort auf die tiefgreifenden Krisen des Fordismus, so sehen wir heute den Versuch einer Antwort auf die Krisen, die den Preis der zwischenzeitlichen neoliberalen Profitabilität ausmachen. So wie auch der Neoliberalismus weit mehr war als ein ökonomisches Programm, so glauben wir heute die Grundzüge einer Neuordnung unseres ganzen Lebens zu erkennen. Unter dem Begriff des Akkumulationsregimes wollen wir die vielfältigen Verbindungen zwischen diesen Neuordnungen untersuchen, die wir entdecken: in den Feldern einer grünen Ökonomie, den neuen Formen von Ausnahmezuständen und Sicherheitspolitiken, den Subjektivierungen, der Bio- und Nekropolitik, der Digitalisierung bzw. Algorithmisierung und des extraktivistischen Zugriffs auf die wenigen Bereiche des Lebens, die noch nicht kapitalisiert sind.

Wenn wir von einem „Ökologischem Akkumulationsregime" sprechen, dann handelt es sich auch um eine Präzisierung und Radikalisierung unserer früheren Überlegungen zum Grünen Akkumulationsregime, die bestimmte häufig vorkommende Missverständnisse aus dem Weg räumen soll. Erstens, dass die von uns analysierte Modernisierung des Kapitalismus an ein ideologisch fest definiertes Projekt gebunden ist. Vielmehr sind ein sich selbst als grün-progressiv verstehendes Milieu und die es repräsentierenden Parteien die naheliegendsten Träger dieser Modernisierung. Es ist aber gerade Ausdruck der ökologischen Hegemonie, dass sich ihr auch reaktionäre Regierungen oder Parteien und fossile Konzerne nicht vollends entziehen können und sie teilweise ebenfalls vorantreiben. Insofern lassen sich die politischen und ökonomischen Träger dieser Modernisierung ideologisch und politisch bisher nicht eindeutig definieren, zeichnen sich aktuell gerade im Gegenteil lediglich durch die Gemeinsamkeit des Ökologischen aus und vielleicht ist das geradezu ihr Charakteristikum. Zweitens grenzen wir uns damit von einer Kritik ab, die den Grünen lediglich vorwirft, nicht konsequent genug für den Klimaschutz einzustehen und ihnen ein ökosozialistisches Programm gegenüberstellt, das diesmal „wirklich" etwas für die Umwelt tut. Das Ökologische Akkumulationsregime wird weder ausschließlich von der Grünen Partei repräsentiert, noch ist es zwangsweise an den Progressismus gebunden.

Der Kern der ökologischen Frage, lässt sich nicht auf einen politischen oder ökonomischen Umgang mit der Umwelt reduzieren, sondern fußt vielmehr auf der bürgerlichen Trennung zwischen Mensch und Natur. Die Objektivierung und Verdinglichung der Natur in diesem Verhältnis hat die Ökologie als Begriff überhaupt erst hervorgebracht. Bevor Ökologie im Alltagsverständnis zu einer Art Synonym für Naturschutz wurde, etablierte sich ab dem 19. Jahrhundert parallel zur fortlaufenden Kolonialisierung, Vermessung und Ausbeutung der Welt eine Definition, die Ökologie als Wissenschaft von den Beziehungen von organischem Leben zu der es umgebenden Außenwelt verstand. Konsequenterweise wurde sie zur Wissenschaft von der Unterwerfung der Welt, die den kapitalistischen Zugriff auf die Natur als kostenlose Ressource zum Zweck hatte.

Im Angesicht der Profitabilitätskrise des neoliberalen Akkumulationsregimes wird Ökologie heute zum entscheidenden Dispositiv, das eine Legitimation für eine Enthemmung schafft, die die Grenzen der Welt überschreitet, um die Grenzen des Kapitalismus auszuweiten. Ökologie wird zum Motor der Modernisierung des Kapitalismus. Das Ökologische Akkumulationsregime bricht nicht mit den bisherigen Formen von Ausbeutung (menschlicher wie nicht-menschlicher Arbeitskraft). Es schafft keine Nachhaltigkeit und Regeneration im Sinne einer umfassenden Erholung, sondern im Sinne einer sich wiederholenden Zerstörung. Im Ökologischen Akkumulationsregime vereinen sich eine extraktive Logik, die den Zugriff und die Inwertsetzung auf natürliche Ressourcen ebenso wie auf den Körper und die Seele[2] organisiert, und eine regenerative Logik, die die Reproduktion dieses Zugriffs ermöglicht. Diese Logiken stehen weder im Widerspruch zueinander, noch sind sie aufeinander folgende Phasen der Entwicklung. Vielmehr können wir von einer Extraktion im Namen der Regeneration sprechen. Beide Logiken bedingen einander und sind jeweils Ausdruck der Objektivierung im Mensch-Natur-Verhältnis. Um die Zerstörung der Welt zu stoppen, braucht es gerade nicht „mehr" oder „konsequentere" Ökologie, sondern ein Wiederfinden der Welt, jenseits dieser Objektivierung. Die Welt wiederfinden, bedeutet sich der Objektivierung zu entziehen und zugleich den Angriff auf alle bestehenden sozialen Verhältnisse, die die Beziehungen der Lebewesen zueinander organisieren; ein Angriff auf die existierende Ökologie eben.

Das neue Ökologische Akkumulationsregime ist gekennzeichnet durch eine massive intensive wie extensive Landnahme. Ökonomisch heißt Landnahme die Einverleibung von nicht-kapitalisierter Arbeitskraft und Erde (d.h. „Kolonialisierung"), durch die das Kapital „eine Expansionskraft [erwirbt], die ihm erlaubt, die Elemente seiner Akkumulation auszudehnen jenseits der scheinbar durch seine eigene Größe gesteckten Grenzen". Rosa Luxemburgs Auffassung nach mündet der durch die Zwangsgesetze der Konkurrenz ausgelöste Drang zu erweiterter Reproduktion des Kapitals beständig in die Produktion neuen Mehrwerts, der durch die zahlungsfähige Nachfrage der Endkonsumenten letztendlich nicht absorbiert werden kann. Um diese Schranke zu überwinden, muss der überschüssige Mehrwert in nicht-kapitalistischen Milieus realisiert werden. Dörre konstatiert, dass sich seit ihrer Entstehung kapitalistisch formierte moderne Gesellschaften durch eine enorme Anpassungsfähigkeit auszeichnen. Selbst schwerste ökonomische Krisen haben in der Vergangenheit allenfalls als Treiber für eine Revitalisierung kapitalistischer Dynamik gesorgt. Der Kapitalismus sei kein fester Kristall, keine geronnene Struktur; er „ist nichts, wenn er nicht in Bewegung ist".[3]

Ein Werkzeug dieser Bewegung ist eine stetige Landnahme im globalen Maßstab. Landnahme ist Kommodifizierung, also die Einverleibung vormals nicht verwerteter Beziehungen, Territorien, Dinge in Verwertungsbeziehungen. Verónica Gago beschreibt dieses Phänomen als erweiterten Extraktivismus, dessen zugleich intensiven wie extensiven Charakter sie betont und den sie sowohl als Extraktivismus des Bodens (von Rohstoffen) als auch der Finanzialisierung (Verschuldung und Konsum) versteht. Ihre These, die wir übernommen haben, lautet, „dass die extraktive Logik in der derzeitigen Phase der Akkumulation eine privilegierte Art der Wertproduktion geworden ist".[4] Des Weiteren beschreibt sie den Extraktivismus nicht nur als Wirtschaftsmodus bzw. Verwertungslogik, sondern auch als politisches Regime, das sichtbar macht, wie machistische Gewalt und politische Gewalt in einer Maschinerie der Plünderung, Enteignung und Eroberung zusammenspielen, sowie dass die extraktivistische Logik eine neue koloniale Form der Enteignung und Ausbeutung bedeutet.[5]

Gleichzeitig beobachten wir gerade im Ökologischen Akkumulationsregime einen zunehmenden Zugriff auf das Nicht-Materiel-

le, die Vermessung und Umwandlung unserer Affekte in wertförmige Daten, die Formung unserer Begehren. Der damit einhergehende technologische Angriff ist verbunden mit einem ökologischen Sicherheitsregime, in dem der Ausnahmezustand zur Regel wird. Das Digitale und der ihm zu Grunde liegende Algorithmus entwickelt eine eigene Logik, die den Charakter der Kapitalakkumulation verändert und zusammengeht mit einer neuen Totalität der Sicherheit und der Sicherung der kapitalistischen Verwertungslogik: Warenströme und Menschen als Arbeitskräfte sowie moderne Bürger*innen werden in einem Maße und auf eine Art kontrolliert und reguliert, wie noch nie zuvor. Die Digitalisierung ist nicht nur ein weiteres Instrument der Kapitalakkumulation, sie hebt diese auch auf eine höhere Ebene der Abstraktion, erschwert das Verständnis der Unterdrückung und Ausbeutung, die damit einhergeht, und totalisiert sie zugleich. Es geht also nicht nur um Kontrolle, sondern um die Ausweitung von Grenzen, an die das Kapital gebunden ist. Dem immateriellen Aspekt der Landnahme versuchen wir uns mit dem Begriff der „Kolonialisierung der Seele" zu nähern. Sie produziert eine neue ökologische Subjektivität, deren Züge wir nur schwerlich benennen können, lässt ihre vollkommene Ausbildung doch noch eine Generation auf sich warten, deren Benennung wir aber dennoch versuchen wollen.

In diesen verschiedenen Formen lässt sich die Landnahme auf allen drei von uns anfangs vorgestellten Ebenen wiederfinden (Ökonomie/Ideologie/Subjekte). Sie beschreibt eine gesellschaftliche Entwicklung, die mit jeder Phase „ursprünglicher" bzw. neuer Akkumulation einhergeht. Insofern sich Landnahme auf allen drei vorgestellten Ebenen wiederfinden lässt, beziehen sich diese Ebenen auch gleichermaßen aufeinander und bedingen sich gegenseitig. Der Verwobenheit der Realität versuchen wir mit der Zirkularität des vorliegenden Textes gerecht zu werden. Die drei Abschnitte Ökonomie, Ideologie/Politik und Subjekte lassen sich vor- und nacheinander lesen, sie verwenden die gleichen Theoreme, greifen Begriffe des vorhergehenden oder nachfolgenden Abschnittes auf, erklären sich aus dem Vorhergehenden oder aus dem, was folgt. Keiner von ihnen funktioniert nur für sich genommen. Am liebsten hätten wir ein großformatiges Buch mit nur zwei dicken Seiten gedruckt, aus denen sich immer Weitere ausklappen lassen, bis sich ein rie-

siges ausgeklapptes, ineinander verschachteltes Bild ergibt. Sprache und Text gibt uns Linearität vor, die so nicht existiert.

Nur das vierte Kapitel ist eindeutig erst nach den vorhergehenden dreien zu lesen. Es ist unser Versuch zu skizzieren, wie eine Antwort auf die totalisierende und erdrückende Realität aussehen kann, der wir ausgesetzt sind. Schemenhaft erkennen wir in den Aufständen dieser Welt und der destituierenden Politik, die in ihnen aufscheint, ein Potential, dessen Grenzen bisher in ihren Niederlagen aufgezeigt wurden. Wie sie zu überschreiten wären, können wir immer noch nur erahnen.

Kapitel 1:
Ökonomie

„Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größre Flüssigmachung der Arbeit erkauft durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt in Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. […] Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."

Karl Marx: Das Kapital, Band I, MEW, Band 23, S. 529f.

Ein neues Ökologisches Akkumulationsregime

Wenn wir von einem Ökologischen Akkumulationsregime sprechen, meinen wir, dass sich die Bedingungen unter denen Kapital verwertet und angehäuft wird, verändern. Dies geschieht ausgehend von den Krisen des Neoliberalismus als bisherigem Akkumulationsregime, also etwa der Profitabilitätskrise, der Krise der Repräsentation und Reproduktion oder der Klimakatastrophe. Während der Übergang vom fordistischen zum neoliberalen Akkumulationsregime von harten politischen Auseinandersetzungen und heftigen Umbrüchen auf allen Ebenen der Gesellschaft gekennzeichnet war, sehen wir beim Ökologischen Akkumulationsregime Bereiche, in denen es auf dem Neoliberalismus aufbaut und andere, in denen es sich von ihm deutlich unterscheidet. Im folgenden Unterkapitel versuchen wir anhand der historischen Entwicklung und ausgehend von der Krise der Profitabilität im Fordismus zu rekonstruieren, wie der Neoliberalismus eine Dominanz des Zirkulationssektors und Formen einer Neuen Landnahme im Bereich der Reproduktion entwickelt hat, auf die das Ökologischen Akkumulationsregime aufbaut. Gleichzeitig wird an diesen Entwicklungen deutlich, dass der Neoliberalismus seine Krisen keineswegs lösen konnte, sondern die ihnen zu Grunde liegenden Widersprüche eher verschärfte. In einer Krise liegt also immer ein doppeltes Potential. Einerseits schafft sie die Möglichkeit, dass inmitten einer (planetarischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen) Zerstörung neue Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital entstehen. Andererseits kann die spezifische Krisenbearbeitung des Kapitals auch eine weitere Aushöhlung seiner Grundlagen bedeuten, die zugleich die nächste Krise produziert. Dementsprechend wollen wir keine ökonomische Zwangsläufigkeit suggerieren, sondern Tendenzen und Gegentendenzen in der kapitalistischen Entwicklung analysieren.

Für das neue Akkumulationsregime ist entscheidend, dass die Anrufung gerade der ökologischen Krise in Form eines Katastrophismus eine Integrationsfähigkeit und Legitimation schafft. Dies verschleiert einerseits die Kontinuität von Gewalt und Zerstörung und trägt andererseits durch die Formung der Subjekte dazu bei, dass neue Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital entstehen. Landnahme verstehen wir als eine

historische Kontinuität des Kapitalismus, die darin besteht, durch Operationen der Vermessung, Zerstörung und Kolonisation über seine bisherigen Grenzen hinaus neue Territorien der Verwertung zu erschließen. Im Ökologischen Akkumulationsregime sehen wir zwei Modi der Landnahme, auf die wir in den folgenden Unterkapiteln eingehen. Erstens einen Extraktivismus, der im Namen eines ökologischen Umbaus eine neue patriarchal-koloniale Zerstörung von Territorien und Beziehungen in Gang setzt, um Ressourcen und Arbeitskraft auszubeuten. Zweitens eine Kolonialisierung der Seele, die unterstützt von einer Digitalisierung bzw. Algorithmisierung des Lebens Erfahrungen, Beziehungen und Affekte vermisst, bewertet, zerstört und in datenbasierte Werte transformiert. Dies wird zum Ausgangspunkt einer Kommodifizierung sozialer Beziehungen und des Denkens an und für sich.[6] Die Verbindung dieser beiden Modi im Ökologischen Akkumulationsregime liegt in einem technokratischen Verständnis der Krisenbekämpfung, das für jedes Problem eine technologische Lösung sucht. Die Rettung der Welt vor ihrer fortwährenden Zerstörung wird zum zentralen Legitimationsmodus einer neuen Konfiguration von Ökologie als „Umweltmachen", die genau diese Zerstörung und Objektivierung auf neue Art fortsetzt.[7]

Von der Krise der Profitabilität zur Neuen Landnahme

Rund um das Jahr 1973 endete die Ära des Fordismus mit einem großen Knall, der auf der Verbindung dreier historischer Prozesse basierte. Erstens veränderte die Maschinisierung und Automatisierung der fordistischen Produktion die Zusammensetzung von lebendiger und toter Arbeit und verstärkte damit die langfristige Tendenz zum Fall der Profitrate im Kapitalismus. Zweitens ermöglichte die kapitalistische Rekonstruktion nach dem Zweiten Weltkrieg weiteren Industrieländern wie der BRD und Japan die Teilnahme an einer von einem Wachstumszwang getriebenen globalen Konkurrenz um Produktivitätssteigerungen und Marktanteile, die schließlich in eine Überakkumulationskrise mündete. Drittens sprengte die Gleichzeitigkeit einer globalen Jugend- und Frauenrevolte, von antikolonialen Befreiungskämpfen und autonomen Fabrikkämpfen

den Fordismus – nicht nur das ökonomische System, sondern auch die autoritär formierte Gesellschaftsordnung.[8]

Die strategische Antwort des Kapitals auf diese Krisen veränderte innerhalb weniger Jahre das Verhältnis von Produktions- und Zirkulationssektor grundlegend. Globale Standardisierungsprozesse insbesondere von Transportcontainern und der umfassende Ausbau von Logistikforschung schufen die Bedingungen für Produktionsverlagerungen und eine neue internationale Arbeitsteilung. Es folgte der Ausbau globaler Wertschöpfungsketten und eine enorme Expansion des Transport- und Logistiksektors. Die parallel einsetzende Deregulierung des internationalen Finanzsystems schuf neue Investitionsmöglichkeiten, die sich in den folgenden Jahren immer mehr aus dem Produktionssektor in kurzfristig profitablere Sektoren (Finanz-, Versicherungs- und Immobiliengeschäfte) verlagerten. Für Joshua Clover zeigen diese Prozesse von Finanzialisierung, neuer internationaler Arbeitsteilung, globalen Lieferketten und der Aufstieg des Logistiksektors eine Dominanz des Zirkulationssektors über den Produktionssektor, die sich etwa auf das Jahr 1973 datieren lässt. Der umfassende neoliberale Angriff auf Löhne, Arbeitsrechte und Gewerkschaften bei gleichzeitigem Rückzug des Staates aus Sozialprogrammen und staatlichen Leistungen im Bereich der Reproduktionsarbeit sorgte zwar für einen zwischenzeitlichen Anstieg der Profitraten, auf Dauer zeigt sich aber, dass die Sektoren, in die Kapitalströme verlagert wurden, eher auf Spekulationsblasen beruhen und die Tendenz zum Fall der Profitrate eher verstärken als in ihr Gegenteil verkehren können.

Kennzeichnend für diese historische Phase ist ein steigender Anteil in der Bevölkerung, der dauerhaft in informellen oder illegalen Sektoren arbeiten muss, weil er keinen Zugang zu formellen Lohnarbeitsverhältnissen erhält. Aus Sicht des Kapitals bilden diese oftmals rassifizierten Bevölkerungsschichten ein Surplus-Proletariat im Sinne eines Überschusses an Arbeitskraft. Dies gilt sowohl für die deindustrialisierten Länder des Globalen Nordens, als auch für die ehemals Schwellenländer genannten Ökonomien, die aufgrund der relativ hohen Produktivität der neuen Industrien einen geringen Arbeitskräftebedarf haben. Aufgrund der dauerhaften ökonomischen Unfähigkeit, diese Arbeitskraft in den Produktionsprozess zu integrieren und produktiv zu verwerten, setzt der Staat zunehmend Techniken von Ausschluss, Einsperrung, Überwachung und

Unterdrückung durch direkte physische Gewalt ein. Rassistische Polizeigewalt ist immanenter Bestandteil im staatlichen Umgang mit diesem Surplus-Proletariat. Die immer häufiger auftretenden Aufstände dagegen sind für Clover eine von zwei gegenwärtigen Formen des Riots. Der Riot als Kampfform im Zirkulationssektor ist die zweite.[9]

Interessanterweise beziehen sich sowohl Clover in der Entwicklung seiner Theorie von Riots als Zirkulationskämpfe, als auch Verónica Gago in ihrer Theorie des feministischen Streiks, auf die Bewegung der *Piqueter@s* in Argentinien, benannt nach der Straßenblockade („piquete") als ihrer bevorzugten Taktik. Beide gehen von der Frage aus, wie Menschen, die von der Lohnarbeit ausgeschlossen sind, ihre Reproduktion sichern und um deren Bedingungen kämpfen können. Clover landet beim Riot als Kampf in der Zirkulationssphäre zur Festsetzung von Warenpreisen durch Eingriff in die Transportrouten. Gago interpretiert die Kämpfe der *Piqueter@s* als eine räumliche wie politische Erweiterung des Streiks. Die Blockaden von zentralen Verkehrsstraßen sieht sie als eine Verlagerung der traditionellen Streikposten vom Tor der Produkionsstätte zu den Kommunikationsrouten und Warenströmen. Die dauerhaften Blockaden und Camps der Bewegung waren zugleich Orte, an denen kollektive Reproduktionsarbeit von der Zubereitung von Mahlzeiten bis zur Gesundheitsversorgung organisiert wurde. Die Sichtbarmachung und Politisierung dieser Reproduktionsarbeit und die gleichzeitige Zurückweisung einer Elendsverwaltung im Sinne einer Reduzierung auf das bloße Überleben ist für Gago das Verbindungsstück von den *Piqueter@s* zum feministischen Streik.[10] Gago ordnet den feministischen Streik in ihr Konzept eines neuen erweiterten Extraktivismus ein. Dabei betrachtet sie aus der Perspektive der Reproduktionsarbeit die gewalttätigen Versuche des Kapitals, nicht-kapitalistische Bereiche und Räume zu kommodifizieren und das Kommando über den Frauenkörper als Quelle unbezahlter Hausarbeit aufrechtzuerhalten. Wir glauben, dass diese Perspektive uns helfen kann, ein tieferes Verständnis von der neoliberalen Restrukturierung zu entwickeln, die als Antwort auf das Ende der fordistischen Ära folgte.[11]

Neben Gagos Ansatz zur Untersuchung des Exktraktivismus geht es uns dabei vor allem um das Theorem der Neuen Landnahme, auf das sie sich bezieht. Dieses geht zurück auf Rosa Luxemburgs Kritik an Marx'

Untersuchung der ursprünglichen Akkumulation. Marx sah die Einhegungen von Land, die Zerstörung von Formen von Gemeineigentum und Subsistenzproduktion, die Abschaffung kollektiver Nutzungsrechte, als Voraussetzung für die Entwicklung kapitalistischen Privateigentums und der Freisetzung von Arbeitskräften für die beginnende Industrieproduktion. Luxemburg wies darauf hin, dass dieser Prozess keineswegs historisch abgeschlossen war, das Kapital vielmehr auf eine beständige Kolonisierung eines nicht-kapitalistischen Außen angewiesen war, um sich angesichts von wiederkommenden Profitabilitätskrisen durch neue Absatzmärkte, Plünderung von Ressourcen und Produktionsmitteln sowie Erschließung neuer Arbeitskräftereservoirs zu stabilisieren.[12]

Die Grundlage für eine neue internationale Arbeitsteilung in den 1970er Jahren wurde durch Prozesse gelegt, die als klassische, räumlich verstandene Landnahmen beschrieben werden können. Mithilfe von supranationalen Institutionen und Agrarkonzernen aus dem globalen Norden wurde die Landwirtschaft in Ländern des globalen Südens umstrukturiert, lokal in eine gezielte Abhängigkeit von Agrarkonzernen, international in die Notwendigkeit von Lebensmittelimporten. Kleinbäuerliche und subsistenzbasierte Strukturen wurden zerstört und massiv Arbeitskräfte freigesetzt, die vom Land in städtische Gebiete zogen.

Parallel entstanden u.a. in Mexiko, Südkorea und Südostasien Weltmarktfabriken und Freihandelszonen, in die Produktionszweige wie der Textil- und Elektroniksektor verlagert wurden. Maria Mies, Claudia von Werlhoff und Veronika Bennholdt-Thomsen untersuchten in den 1980er Jahren unter Bezugnahme auf Rosa Luxemburg, wie unbezahlte Hausarbeit, Subsistenzproduktion und Globalisierung zusammenhingen. Erstens waren 80 % der Arbeitskräfte in den Weltmarktfabriken junge, unverheiratete Frauen. Angestellt wurden sie einerseits unter Verweis auf ihre vermeintlich natürlichen Hausfrauenqualifikationen, Fügsamkeit, Fingerfertigkeit und Sorgfalt; andererseits weil sie gewerkschaftlich nicht organisiert waren und Arbeitsverhältnissen ohne Pausen und Arbeitsschutz zu niedrigeren Löhnen ausgesetzt werden konnten.

Zweitens griff das Kapital über die zentralen Arbeitsstätten hinaus auf ein Netz von Heimarbeit zu, in dem Frauen neben ihrer unbezahlten Hausarbeit bezahlt arbeiteten. Die generelle Annahme, diese Frauen seien verheiratet und würden dementsprechend ein vorhandenes Einkom-

men des Mannes aufstocken, war die Legitimation dafür, sie als „income generating activities“ unterdurchschnittlich zu bezahlen und von Bestimmungen der Arbeitsschutzgesetzgebung auszuschließen. Schon hier können wir die Entgrenzung der Arbeit und Arbeitszeit beobachten. Der flexible Zugriff rund um die Uhr auf diese Arbeit war eine Voraussetzung für die Just-in-Time-Produktion. In Italien analysierten autonome Marxist*innen in den späten 1970er Jahren ganz ähnliche Phänomene, was den globalen Charakter der beobachteten Umwälzungen unterstreicht. In den 1980er Jahren adressierten internationale Institutionen Frauen vermehrt als Unternehmer*innen und Kreditnehmer*innen, wobei sie anders als männliche Unternehmer eben nicht von ihrer unbezahlten Familienarbeit befreit wurden. Vielmehr galten gerade die familiären Verpflichtungen als Garantie für ein höheres Verantwortungsbewusstsein. Unter dem Begriff der „Hausfrauisierung“ analysierte Mies, dass die Integration von Frauen in Produktions-, Heim- und vermeintlich selbstständige Arbeit die Frauen gerade nicht von ihrer unbezahlten Hausarbeit befreite, sondern diese vielmehr zur Voraussetzung hatte. Gleichzeitig prognostizierte Claudia von Werlhoff bereits 1983, dass die darin entstandene flexible, deregulierte und jederzeit verfügbare Arbeitskraft zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis in der Nachfolge des fordistischen Lohnarbeiters werden, und auch die männliche Arbeitskraft erfassen würde.[13]

Neoliberale Deregulierung und Flexibilisierung zerstörten systematisch Arbeitsrechte, Organisationsmacht der Arbeiter*innen und das auf der Ausbeutung unbezahlter Hausarbeit basierende bisherige Normalarbeitsverhältnis des männlichen Alleinverdieners. Weibliche Arbeitskraft wurde auf Grundlage der unbezahlten Hausarbeit zu einem Großteil in den massiv expandierenden Niedriglohnsektor integriert. Der parallel stattfindende zunehmende Rückzug des Staates aus von ihm organisierten und finanzierten Bereichen der Care-Ökonomie verschärfte in Verbindung damit eine Krise der Reproduktion. Diese konnte auf verschiedene Arten beantwortet werden. Erstens durch eine Verschärfung der doppelten Ausbeutung von bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit; zweitens durch eine generelle Absenkung des Reproduktionsniveaus; drittens durch die Entstehung eines privat organisierten Care-Sektors, der auf freigesetzte migrantische Arbeitskraft zurückgriff und für den zu-

mindest der einkommensstärkere Teil der Gesellschaft bezahlte, um die bisher von Frauen geleistete Reproduktionsarbeit auszulagern. In allen drei Bereichen treten dabei auch Klassengegensätze zu Tage. In der bezahlten Care-Arbeit sind überwiegend Frauen beschäftigt. Diese knüpft zudem bewusst an patriarchale Motive aus der unbezahlten Hausarbeit an. Pflegende, affektive und emotionale Tätigkeiten würden, auch wenn sie bezahlt werden, nicht in erster Linie aus ökonomischen Motiven geleistet, sondern als Ausdruck der vermeintlich natürlichen weiblichen Sorge um die Alten, Kranken und Kinder. Dieses Motiv wird gezielt ausgenutzt, sowohl zur Delegitimierung von Arbeitskämpfen, als auch zur brutalen Auspressung der Arbeitskraft sowohl im kapitalistischen Arbeitsalltag als auch und erst recht unter staatlich regulierten, verschärften Bedingungen wie der Corona-Pandemie. Gleichzeitig hat diese Auspressung ihre Grenzen, nicht nur im Widerstand der Beschäftigten. Bezahlte Reproduktionsarbeit lässt sich nur begrenzt automatisieren und über ein gewisses Maß auch nicht mehr rationalisieren, ohne einen drastischen Verlust in der Qualität dieser Arbeit zu produzieren. Unter Begriffen wie „Pflegenotstand“ rückt die Krise der Reproduktion ins öffentliche Bewusstsein. Als wertschöpfungsschwacher Sektor tendiert der Care-Sektor strukturell dazu, die Profitabilitätskrise des Kapitals zu verstärken. Dennoch zeigt das Wachstum hinsichtlich der Beschäftigtenzahlen und der privaten Investitionen den Versuch des Kapitals an, entgegen des wertschöpfungsschwachen Charakters des Care-Sektors, durch neue Arbeitsregime und Technologien die Profitmargen zu stabilisieren oder sogar zu erweitern. In diesem Sinne ist auch der damit gleichzeitig vonstattengehende Entzug von Ressourcen im staatlichen Bereich zu verstehen.[14]

Landnahme verstehen wir also erstens als eine für den Kapitalismus notwendige historische Kontinuität der Kommodifizierung von Milieus oder Sektoren, die nicht oder nur teilweise kapitalistisch organisiert sind. Zweitens sehen wir Körper und (unbezahlte) Arbeit von Frauen als zentrales Terrain von Landnahme und Widerstand. Drittens analysieren wir, wie ausgehend von Prozessen der Landnahme und patriarchaler Unterdrückung Arbeit und Ausbeutung in allen Bereichen der Gesellschaft neu organisiert werden.

Ein patriarchal-kolonialer Extraktivismus

In unserem Versuch zu verstehen, wie sich die Bedingungen von Kapitalakkumulation heute verändern und wie unterschiedliche Bereiche und Dimensionen in Verbindung zueinander gesetzt werden können, hat uns Verónica Gagos Begriff eines erweiterten Extraktivismus geholfen. Gago entwickelt ihre Theorie aus verschiedenen Kämpfen in Mittel- und Südamerika. Ein Ausgangspunkt ist die Ermordung von Berta Cáceres. Cáceres war eine indigene Feministin und Anführerin des Widerstands gegen Infrastrukturprojekte, die Bahnlinien und Staudämme für den Bergbau errichten. Als es im Gerichtsprozess um den Mord an Berta Cáceres um die Hintergründe der Tat ging, führte die als Gutachterin auftretende Soziologin Gladys Tzul Tzul den Begriff des territorialen Femizids ein, auf den sich Gago bezieht.[15]

Bergbau- und Infrastrukturprojekte erfordern die Unterwerfung von (in den Amerikas oftmals indigenen) Territorien. Ähnlich wie die Einhegungen, die Marx in Bezug auf die Ursprünge des Kapitalismus analysierte, basiert diese Unterwerfung auf Privatisierungen, Enteignungen und einer neuen Organisation von Räumen und den Menschen, die darin leben. Vielerorts nehmen Frauen eine zentrale Rolle als Anführer*innen und Organisator*innen in dem Widerstand gegen diese Projekte ein, auch weil sie die Kosten für diese Einhegungen in Form eines Angriffs auf ihre Reproduktionsbedingungen tragen. Gago referiert die Erzählungen von Frauen aus Santa Cruz in Bolivien, die gegen den Bau eines Wasserkraftwerks Widerstand leisten. Sie müssen längere Strecken zurücklegen, um Wasser zu holen, Transportkosten bezahlen und die Betreuung ihrer Kinder organisieren.[16]

Frauen werden als Träger*innen eines territorialen Widerstands bekämpft, aber auch, weil sie in diesem Widerstand Formen kollektiver sozialer Reproduktion organisieren (verbunden mit der Forderung, diese geschlechtergerecht aufzuteilen), die die ihnen zugewiesene Rolle als Dienstleistende unbezahlter häuslicher Arbeit unterlaufen. Dies macht sie zur Zielscheibe sowohl einer patriarchalen Gewalt im Haushalt, die auf die Wiederherstellung einer im Neoliberalismus im Umbruch befindlichen männlichen Autorität abzielt, als auch einer exemplarischen patriarchalen Gewalt im öffentlichen Raum, die über die brutale Unter-

werfung von Frauenkörpern auf die Zerstörung von Communities abzielt, die einer kapitalistischen Reorganisation von Territorien im Weg stehen. Wir kennen ähnliche Motive aus der Analyse von Vergewaltigungen als Kriegswaffe.

Dies ermöglicht es, die aus patriarchaler Gewalt erwachsenen Femizide nicht zu pathologisieren oder in die häuslich-private Sphäre zu verbannen, sondern in den Kontext eines politischen Regimes zu setzen, das auf der Erschließung neuer Profitquellen bei gleichzeitiger Kontinuität der Ausbeutung unbezahlter Frauenarbeit basiert und dies zunehmend mit Mitteln der Nekropolitik absichert.

Sowohl der Frauenkörper und die von ihm geleistete Arbeit, als auch Rohstoffe, Wälder oder Flüsse erscheinen dem Kapital als eine natürliche Ressource, die beliebig ausgebeutet werden kann. Darin zeigt sich eine Verknüpfung von patriarchalen und kolonialen Angriffen. Aus dem Widerstand gegen diese Angriffe entwickelt Gago ihr Konzept der Körper-Territorien. Demnach ist es unmöglich, einen individuellen Körper vom kollektiven Körper und von Territorien und Räumen abzutrennen. Vielmehr sind Körper-Territorien Kompositionen von Affekten, Ressourcen, Möglichkeiten und Beziehungen, die angegriffen werden und verteidigt werden müssen. Sie sind einzigartig, weil sie jeden Körper anders durchlaufen, aber nicht individuell, weil sie nicht ohne die Beziehung zu anderen Körpern und Territorien gedacht werden können. In Bezug auf Territorien ermöglicht dieses Konzept eine andere Form des Lebens, die nicht auf Eigentum, sondern auf geteilten Beziehungen und Interaktionen basiert. Es geht damit auch über die politischen Konzepte im bolivarischen Sozialismus hinaus, die auf „unabhängiger Entwicklung" durch Verstaatlichungen von Industrien und Bodenschätzen basieren.[17]

Gleichzeitig haben wir uns gefragt, wie die Kollektivität der Körper-Territorien mit unserem Verständnis von individueller Autonomie gerade in Bezug auf Frauenkörper und Reproduktionsrechte zusammenpassen. Es mag helfen, dass Gago die Kategorie des Individuellen als Folge der Einhegungen, Enteignungen, kolonial-patriarchalen Restrukturierung von Frauen- und Sklavenarbeit denkt, die in der Frühen Neuzeit Voraussetzung für die Entstehung von Bürgertum und Kapitalismus waren. Individuelle Rechte und Besitz kamen in der Figur des männlichen Bürgers als Subjekt im Gesellschaftsvertrag zusammen, während der Frau

nur ein Ehevertrag zugestanden wurde, der sie als Individuum einerseits voraussetzte, um den Vertrag zu unterzeichnen, und gleichzeitig negierte, indem durch den Ehevertrag der männliche Zugriff auf den weiblichen Körper garantiert wird. Weil für Gago die Ausbeutung rassifizierter und feminisierter Arbeit konstitutiv für den Kapitalismus ist, sucht sie nicht nach Möglichkeiten, individuelle Rechte für alle zu garantieren, sondern nach Wegen, die Kategorie von individuellem Besitz, auch des Körpers, zu überwinden.[18] Der Aporie des Verhältnisses zwischen Individuum und Kollektiv, die Gago unseres Erachtens nur unzureichend thematisiert, widmen wir uns im Kapitel „Ideologie & Politik".

Was aber die Anziehungskraft des Konzepts der Körper-Territorien ausmacht, ist, dass es von den Kämpfen und den sich in ihnen verändernden Beziehungen ausgeht. Doch gerade dies weckt zugleich unser Misstrauen. Ist es möglich, die bürgerlich-kapitalistischen Trennungen über die Kämpfe aufzuheben, unabhängig von ihnen zu werden, gänzlich andere Beziehungsformen zu denken, zu leben und vor allem zu verstetigen? Worauf bezieht sich diese Möglichkeit? Besonders gefährlich erscheint uns als mögliche Antwort der Rückbezug auf eine vorkapitalistische Zeit, präsent in einer Kontinuität von Subjekten, die (als Indigene, Landbevölkerung oder Frauen) vermeintlich weniger berührt von der kapitalistischen Totalisierung sind, und denen essentialistisch eine kollektive natürliche Fähigkeit zu Widerstand und anderen Lebensformen zugestanden wird. Ebenso problematisch finden wir die Vorstellung, aus der Verstetigung von Kämpfen könnten befreite geographische Zonen entstehen, in denen unabhängig vom Einfluss des kapitalistischen Außen andere Beziehungsformen frei entwickelt werden können. Marcello Tarì schreibt über die Vorstellung von solchen befreiten Oasen inmitten der kapitalistischen Wüste, dass der, der dort Zuflucht sucht, unvermeidlich den Sand aus der Wüste in den Falten seiner Kleidung und seines Lebens hineinbringt, womit auch all die von Eifersucht, Egoismus, Lügen (sich selbst und anderen gegenüber) geprägten Beziehungsformen zurückkehren.[19] Wem würde dazu kein Beispiel aus der Welt der Kollektivbetriebe und Wohnprojekte einfallen?

In Anlehnung an Marcello Tarì und das Unsichtbare Komitee lässt sich auch ein anderes Konzept von Territorien denken, das nicht von der Kontrolle eines einzigen geographischen Raums ausgeht: „Für uns stellt

sich die Frage des Territoriums nicht in gleicher Weise wie für den Staat. Es geht nicht darum, es zu halten. Es geht darum, auf lokaler Ebene die Kommunen, die Zirkulation und die Solidaritäten zu verdichten, bis zu dem Punkt, an dem das Territorium unlesbar, undurchdringlich wird für jegliche Autorität."[20] Aus unterschiedlichen Praxen entstehen verschiedene Territorien, die sich wie Schichten überlappen und zueinander in Beziehung setzen. In einem solchen Verständnis, wären Körper-Territorien nicht die befreiten Räume und Subjekte, sondern die notwendigerweise unvollständigen Versuche, sich dem kapitalistischen Zugriff zu entziehen, im Spannungsfeld zwischen der kapitalistischen Totalisierung und dem Kampf um Befreiung.

Als Beispiel für den erweiterten Extraktivismus analysiert Gago den massiven Anstieg der Verschuldung. Das Kapital versucht diejenigen Sektoren und Bevölkerungsgruppen auf dem niedrigsten Niveau zu integrieren, dessen systematischen Ausschluss es zunächst betrieben hat. Gago bezieht sich dabei u.a. auf die bereits erwähnte Bewegung der *Piqueter@s*, die infolge der Massenverarmung und Arbeitslosigkeit mittels Straßenblockaden staatliche Sozialleistungen erkämpften. In der Folge knüpfte der Staat die Sozialleistungen an die Existenz von Bankkonten und Kreditkarten. Für die Banken ersetzte die staatliche Subvention den Lohn als Garantiebedingung für die Kreditvergabe und ermöglichte es, die subventionierte Bevölkerung zu Kreditsubjekten zu machen. Der Effekt war ein massiver Anstieg der Verschuldung in den ärmsten Bevölkerungsgruppen, die diese Kredite größtenteils aufnahmen, um laufende Alltagsausgaben für ihre Reproduktion zu bestreiten. Die Verschuldeten können dabei nicht von einem vorhandenen Lohn als Basis der Kreditabzahlung ausgehen, sondern gehen eine Verpflichtung für die Zukunft ein, die sie dazu treibt, jeden schlechten Job in der informellen oder illegalen Ökonomie anzunehmen, der Geld einbringt.[21] Es wird deutlich, dass der Extraktivismus eine operative Modalität darstellt, in der, getrieben von der Dynamik der Finanzindustrie, die Ausweitung der Verwertungsmargen die Kolonialisierung neuer Bereiche, Sektoren und Produktionsformen erfordert und die Grenzen der marktförmigen Logik beständig ausweitet.[22]

Exktraktivismus im Ökologischen Akkumulationsregime

Ideologisch inszeniert sich der grüne Kapitalismus als Gegensatz zum fossilen Kapitalismus. Erneuerbare Energien und saubere ökologische Technologien malen einen harmonischen unendlichen Kreislauf, der die zerstörerische Ausbeutung endlicher Ressourcen ersetzen soll. Begrifflichkeiten wie „Green New Deal“ oder „Sozial-ökologische Transformation“ suggerieren eine Form sozialer Gerechtigkeit in den Metropolen, teils aber auch gerechtere globale Handelsbeziehungen. Gagos Begriff des Extraktivismus' ermöglicht es uns, hinter dieser Inszenierung die patriarchal-kolonialen Kontinuitäten von Ausbeutung und Gewalt zu erkennen und zugleich die Weiterentwicklungen in Bezug auf die dahinter stehenden ökonomischen Strukturen zu analysieren.

Zwar verspricht der grüne Kapitalismus ein mittelfristiges Ende von Kohle und Öl, gleichzeitig vervielfacht er die Nachfrage nach anderen Bodenschätzen, die unter den gleichen zerstörerischen Bedingungen gefördert werden. Der Ausbau von erneuerbaren Energien und Elektromobilität benötigt eine Reihe von Metallen, etwa für Glasfaserkabel, Brennstoffzellen, Elektrofahrzeuge, Werkzeugmaschinen oder als Magneten für Windturbinen. Nach Schätzungen der EU-Kommission wird der europäische Bedarf an Lithium für Batterien und Akkus beispielsweise bis 2030 voraussichtlich um das Achtzehnfache steigen. Um das Zehnfache soll die Nachfrage nach sogenannten Metallen der Seltenen Erden steigen. Grundsätzlich ließen sich Vorkommen von Seltenen Erden und Lithium in Europa nutzen, insbesondere in Norwegen, aber auch beispielsweise in Portugal oder der Ukraine. Der Aufwand für Abbau und Verarbeitung ist aber sehr hoch im Vergleich zu den erzielbaren Gewinnen. Die entscheidende Wertschöpfung findet statt, wenn eingekaufte Rohstoffe in der E-Mobilität, im Maschinenbau oder der Chemieindustrie eingesetzt werden. Schätzungen beziffern den Weltmarkt für Seltene-Erden-Metalle auf 6,5 Milliarden Euro, das Wachstumspotential von Mobilitäts- und Automobilmarkt in der EU hingegen auf 350-400 Milliarden Euro, wofür es aber eben die Seltenen Erden und Lithium braucht. Ein weiterer Faktor sind die extrem umweltschädlichen Bedingungen, unter denen Seltene Erden gefördert werden. All dies macht es attraktiv, die Kosten zu externalisie-

ren und den Zugriff auf Rohstoffe über Unternehmensbeteiligungen an Minen in anderen Ländern zu sichern. Vorkommen von Lithium in Chile, Bolivien, Argentinien und Serbien, Kobalt in der DR Kongo, Platin in Albanien werden Ziele eines in Zukunft hungrigeren ökologischen Neokolonialismus werden. Die für grüne Technologien elementaren Metalle werden unter den gleichen Bedingungen der Umweltzerstörung, Verschmutzung von Flüssen, gewaltförmigen Zerschlagung und Vertreibung von oftmals indigenen Gemeinschaften durchgesetzt, die Gago als Extraktivismus beschreibt.[23] Neben den Kontinuitäten der Zerstörung darf aber nicht aus dem Blick geraten, dass dieser grüne Extraktivismus ebenso zu einer massiven Um- und Neustrukturierung des globalen Ausbeutungsgeflechts führen wird; seien es zum Beispiel neue Infrastrukturnetzwerke, Arbeits- und Wohn-, Konsum- oder juristisch-politische Regime.

Während vor Ort Regierungen, staatliche und private Sicherheitsapparate und Unternehmen als Gewaltakteure agieren, kommen auf internationaler Ebene die Kapitalströme hinzu, die diese Operationen finanzieren und die Regierungen der Importländer. Diese arbeiten an einer langfristigen Kontrolle von günstigen Ausfuhrbedingungen und insbesondere der Verhinderung von Exportzöllen beispielsweise durch Freihandelsabkommen. Am offensten äußerte sich Gabriel Felbermayr, Ökonom und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des grünen Bundeswirtschaftsministeriums in einem Interview von Mitteln, die über Zoll- und Handelspolitik hinausgehen. Ziel sei es, „dass dort, wo diese Rohstoffe sind, Regierungen aktiv sind, die mit uns kooperieren."

Regierungen, die liefern, sollen mit Militärhilfe gestützt werden, in Ländern, die es nicht tun, soll über sicherheitspolitische Mittel Druck für einen „politischen Wandel" aufgebaut werden.[24] Auch der grüne Politiker Anton Hofreiter sprach davon, Nahrungsmittelexporte handelspolitisch als Druckmittel zu benutzen, um die Lieferung von Metallen der Seltenen Erden durchzusetzen. Im Zusammenhang mit Extraktivismus im Ökologischen Akkumulationsregime haben wir es also auf einer zwischenstaatlichen Ebene mit einer Zunahme eines aggressiven Kolonialismus zu tun, in den davon betroffenen Staaten wiederum mit einer Begünstigung von autoritären Regierungsformen und innerstaatlicher Gewalt zur Durchsetzung von Rohstoffförderung für einen vermeintlich ökologischen Umbau im globalen Norden.

Parallel dazu lässt der ökologisch motivierte Ausbau von Elektromobilität und Wärmepumpen auch den Strombedarf enorm steigen. Der Thinktank „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) rechnet bis 2050 mit einer Verdopplung des Stromverbrauchs in der BRD und der EU. Eine entscheidende Rolle als Energieträger soll in Zukunft Wasserstoff spielen, bevorzugt grüner Wasserstoff, für dessen Erzeugung Strom aus erneuerbaren Energien verwendet wird. Dabei werden sowohl große Mengen an Wasser, als auch an Strom aus Wind- oder Solarenergie verbraucht. Auch wenn die bisher geringe Effizienz der Wasserstofferzeugung in den nächsten Jahren noch verbessert wird, wird Deutschland mangels ausreichender eigener Stromproduktion auf einen Import von Wasserstoff angewiesen sein. Anders als bei fossilen Energieträgern lässt sich dieser Import aber besser diversifizieren. Außerdem kehren sich die Machtverhältnisse um, da die Erzeugerländer stark auf Technologie und Vertriebsnetze der reicheren Länder angewiesen sind, welche mit exklusiven Standards in diesen Bereichen zudem Abhängigkeiten aufbauen wollen. Während die Förderung von Metallen, Kohle und Öl an deren Vorkommen in bestimmten Territorien gebunden ist, lassen sich Flächen zur Nutzung von Wind- und Solarenergie oder zum Anbau von Biokraftstoffen wesentlich umfassender erschließen, womit sich der Kampf um Energie auf, bisher von diesem Sektor verschonte, Regionen der Erde ausweitet. Im Zusammenhang mit der Energiegewinnung wird auch der Verbrauch von Wasser und Holz steigen. All dies wird für einen weiteren Anstieg von Einhegungen, Privatisierungen und Vertreibungen sorgen. Der ökologische Extraktivismus bedeutet eine stetige Ausweitung seiner Grenzen.

Ein neuer Umstand ist, dass die globale Jagd nach Rohstoffen und Energieträgern in einer Phase verstärkter imperialistischer Konkurrenz insbesondere zwischen den USA, der EU, Russland und China stattfindet. All diese Blöcke streben nach einer strategischen Autonomie, mit der sie die Kapitalakkumulation in ihren wertschöpfungsstarken Produktionssektoren absichern und die Kosten für den grünen Umbau refinanzieren wollen. In der neoliberalen Phase waren Verlagerungen von Produktionskapazitäten und Kapitalströmen bewusste Strategien zur Profitmaximierung in den USA und der EU. Die entstandenen globalen Wertschöpfungsketten und internationalen Verflechtungen wurden

nicht als Nachteil gesehen, weil an eine Marktregulierung und finanzpolitische Hegemonie des Westens geglaubt wurde. Mit der zunehmenden Fragilität von globalen Lieferketten und der jederzeit möglichen militärischen Eskalation der imperialistischen Konkurrenz wird die Verflechtung als nachteilige Abhängigkeit gesehen. Davon betroffen sind nicht nur die Bevölkerungen der konkurrierenden Länder und künftigen Kriegsschauplätze, sondern gerade auch diejenigen Länder im globalen Süden, deren Ressourcen mit noch höherem Druck ausgepresst werden.[25] Die Tendenz zur verstärkten imperialistischen Konkurrenz halten wir aber weder für absolut noch unumkehrbar. Es gibt zweifellos auch ein Interesse des Kapitals an einer regelbasierten internationalen Ordnung, die zwischenstaatliche Konflikte zum Wohl einer transnational organisierten Ökonomie befriedigt. Ebenso ist denkbar, dass ressourcenreiche Staaten nicht nur zur Beute einer kolonialen Ausbeutung werden, sondern sich die Konkurrenz in einer sich möglicherweise herausbildenden multipolaren Weltordnung zu Nutze machen und sich neue Handlungsoptionen erschließen.

Im Ökologischen Akkumulationsregime verändern sich gerade im Energiebereich auch die Reproduktionskosten der unteren Klassen. Im globalen Süden schneiden die erwähnten Einhegungen für grüne Energiegewinnung ländliche Bevölkerungen von Energieressourcen ab, die sie zuvor auf Subsistenzbasis nutzen konnten. 2012 bezifferte Kolya Abramsky die Zahl der Menschen, die weltweit ihren täglichen Energiebedarf zur Reproduktion nicht über einen kommerziellen Zugang decken, sondern von der subsistenzbasierten Nutzung von Dünger, Holz und anderer Biomasse, auf 2,4 Milliarden, im subsaharischen Afrika (ohne Südafrika) auf 40-90 % der Bevölkerung. Gleichzeitig steigen die Lebensmittelpreise, weil Dünger und Anbauflächen zunehmend für die Produktion von Agrotreibstoffen, statt zur Nahrungsmittelproduktion genutzt werden. Im globalen Norden wiederum basierte der Lebensstandard im Fordismus auch auf den niedrigen Ölpreisen für privaten wie industriellen Verbrauch. In der Ölkrise 1973 fand der neoliberale Gegenangriff auf die zuvor steigenden Löhne in Form einer drastischen Erhöhung der Ölpreise und damit der Reproduktionskosten der Arbeiter*innenklasse statt.[26] Im Zuge der grünen Wende zu erneuerbaren Energien geht dieser Anstieg der Reproduktionskosten weiter. Neu ist, dass der grüne Ka-

pitalismus eine moralische Legitimität für diesen Angriff transportiert. Zwar sind die Appelle zum Stromsparen und Heizungsverzicht formal an die gesamte Gesellschaft gerichtet, faktisch wird der Zugang zu Energie und damit die Möglichkeit zu heizen oder zu kochen aber weiterhin allein über den Preis reguliert.

Die steigenden Reproduktionskosten und die Absenkung des Reproduktionsstandards der ärmeren Bevölkerungsteile werden so nicht zu einem sozialpolitischen Skandal, sondern einer umweltpolitischen Notwendigkeit. Auf der anderen Seite verdeutlicht dies für uns die fortgesetzte Relevanz von Klasse im Ökologischen Akkumulationsregime, nicht im Sinne eines sich daraus ableitenden revolutionären Subjekts, aber als Kategorie von Erfahrung, Ausbeutung und Unterdrückung.

Der technologische Angriff als Entgrenzung und Kontrolle

Fünfzig Jahre nach der MIT-Studie „Die Grenzen des Wachstums", der Entwicklung der Netzwerkprotokolle und ersten E-Mails, der Logistikrevolution und der Aufkündigung des Bretton-Woods-Systems hat sich an den alten Problemen viel getan, aber wenig geändert. All die technologischen Lösungen haben im Vergleich zu früheren Phasen der Industrialisierung verschwindend geringe Produktivitätssteigerungen erbracht, wie Aaron Benanav oder Jason Smith zeigen.[27] Die Finanzialisierung hat die Profitraten nur vorübergehend stabilisiert. In erster Linie dient sie als Ventil für Kapital, das angesichts einer Überproduktionskrise teure Investitionen in Maschinen und Technologien scheut, weil unklar ist, über welchen Absatz der Mehrwert realisiert werden soll. Trotz der Niederlage der Gewerkschaften erweist sich die Herrschaft über die menschliche Arbeitskraft als brüchig. Die Abhängigkeit von Energieträgern und Ressourcen erscheint größer und fragiler als je zuvor und über allem schwebt weiterhin die drohende Umweltkatastrophe, die schon heute ein Risiko für Investitionen und Lieferketten darstellt. Diese Erfahrung produziert das Begehren, diesmal die Grenzen des Kapitalismus nicht nur auszudehnen, sondern aufzuheben. sich unabhängig zu machen von allem Materiellen, von Energieträgern, Rohstoffen, Körpern, dem eigenen, aber vor

allem von den Körpern der Ausgebeuteten und Unterdrückten, am liebsten unabhängig zu machen vom Leben und der ganzen Welt. Am radikalsten artikuliert sich dieses Begehren in den Projekten des Transhumanismus, es findet sich aber auch in der grünen Ideologie und der eng damit verknüpften Digitalisierung bzw. Algorithmisierung.

Einer der prominentesten Transhumanisten ist Ray Kurzweil, der nach zahlreichen gefeierten Erfindungen (u.a. des Flachbettscanners) zum Leiter der technischen Entwicklung von Google wurde. Kurzweils Traum ist es, den technologischen Fortschritt zu erleben, der ein ewiges Leben ermöglicht. Für den Fall seines vorzeitigen Todes will er mithilfe der Kryonik seine Leiche einfrieren und konservieren bis der medizinische Fortschritt ihre Wiederbelebung ermöglicht. Die Bindung an den Körper ist aber nur ein temporäres Hilfskonstrukt. Das eigentliche Ziel ist es, ein digitales Abbild des Gehirns mit all seinen Erinnerungen und Erfahrungen zu erstellen, das eine beliebige materielle Hülle annehmen könnte und die Grenzen des menschlichen Körpers und seines Lebens überwindet.

Das bekannteste Beispiel für die Überwindung der planetaren Grenzen ist vielleicht das SpaceX-Projekt von Elon Musk, der ankündigte, in den nächsten Jahrzehnten den Mars zu besiedeln und bis 2050 eine Million Menschen dorthin zu transportieren. Musk will nicht beim Weltraumtourismus für Superreiche stehenbleiben. Wer in der Zukunft das Geld für die Überfahrt auf den Mars nicht aufbringen kann, soll einen Kredit aufnehmen und die Schulden in den Anlagen von SpaceX auf dem Mars abarbeiten. Elon Musks Vision für die Besiedlung des Weltraums entspricht der historischen Praxis der Kolonialisierung der Amerikas. Vor dem Unabhängigkeitskrieg waren etwa die Hälfte der Arbeitskräfte in den Kolonien verarmte Auswanderer aus den Unterschichten Europas, die sich im Gegenzug für ihre Überfahrt zu einer Schuldknechtschaft auf Zeit verpflichteten, die nicht selten durch Betrügereien zu einer Knechtschaft auf Lebenszeit wurde. Aus ihren Reihen rekrutierten sich im 17. Jahrhundert die ersten Arbeiter*innen auf den Plantagen, ehe sie im Zuge des transkontinentalen Sklavenhandels ersetzt wurden. So sehr die Brutalität dieses historischen Bezugs ins Auge sticht, ist sie aus Sicht von Elon Musk mehr Verheißung als Drohung. Deshalb läuft der berechtigte Spott über die abenteuerlichen Zahlen hinter seiner Vision

und die Absurdität des Projekts auch ins Leere. Musk geht es nicht um ein realistisches, profitorientiertes Unternehmen, sondern darum, im Angesicht des verbreiteten Katastrophismus das Vertrauen in die Zukunft wiederherzustellen. „Wir wollen morgens aufwachen und uns vorstellen, wie wunderbar die Zukunft sein wird. Darum geht es bei einer raumfahrenden Zivilisation. Es geht um den Glauben an die Zukunft, daran, dass die Zukunft besser sein wird, als die Vergangenheit."[28] Mit der Idee der kreditbasierten Überfahrt öffnet sich darin erstmals auch für die Nicht-Reichen die Möglichkeit, dem Untergang der Erde zu entkommen. Der Preis für diese Hoffnung ist die Bereitschaft, sich sogar jenseits dieser Erde an Schulden, Knechtschaft und Ausbeutung zu binden. Und auch wenn diese Zukunftsvision vielleicht niemals realisiert werden wird, wirkt sich die Bereitschaft zur Unterwerfung auf die Gegenwart aus.

Was also ist zu halten von Transhumanismus und Weltraumfahrt, der Entgrenzung von Körperlichkeit, Tod und planetaren Grenzen? Geht es um neue Glücksversprechen, die die Lücke mit Hoffnung füllen, die die hollywoodianisch-apokalyptischen Katastrophenszenarien der Ökologen hinterlassen haben? Um irrationale Weltherrschaftsphantasien von gelangweilten reichen Männern? Um gewagte Marketingstrategien, um Anlagekapital anzulocken, das so überschüssig ist, dass es in Weltraumkolonisation und Unsterblichkeit investiert werden will? Die finanzierte Forschung dahinter jedenfalls ist real und bringt bereits jetzt in den Bereichen der Genforschung, der Bio- und Reproduktionstechnologien oder von Gehirn-Computer-Schnittstellen Produkte und Technologien hervor, die unser Leben verändern und in Zukunft noch weitreichender verändern werden, auch ohne dass sie uns auf den Mars schicken oder Kopien unserer Gehirne anfertigen.

Eine historische Analogie wäre das Leben von Andrew Ure. 1818 forschte er im Anschluss an den Galvanismus an Möglichkeiten, mittels elektrischer Schläge Tote wiederzubeleben. Ein Experiment mit dem Leichnam eines kürzlich hingerichteten Gefangenen brachte nur heftige Zuckungen und eine Mimik zustande, die anwesende Beobachter verschreckte und Mary Shelley zu ihrer Figur des Dr. Frankenstein inspirieren sollte. Andrew Ure wiederum kam in der Auswertung seines gescheiterten Experiments auf die pragmatische Idee, therapeutische Stromschläge bei noch Lebenden anzuwenden und skizzierte damit als

ungewolltes Nebenprodukt seiner proto-transhumanistischen Ideen die spätere Erfindung des Defibrillators. Von der Kontrolle des Lebens wechselte Ure später zur Kontrolle der Arbeiter. 1835 veröffentlichte er mit der „Philosophy of Manufactures" eine Pionierstudie der Managementtheorie, in der er die ersten Formen von automatisierten Fabriken untersuchte. Als seine persönliche Motivation gab er an: „Allein mithilfe der Wissenschaft kann es dem Kapital gelingen, den unbeugsamen Arbeiter zu zwingen, sich gefügig zu verhalten."[29]

Es ist eine interessante Parallele, dass auch heute viele Applikationen im Bereich der Digitalisierung in der Überwachung von Arbeitern zur Anwendung kommen. Wo die Investitionen in Maschinen und Automatisierung zu teuer und ihre Rentabilität ungewiss ist, spielt zunehmend eine algorithmische Steuerung in der Produktion eine zentrale Rolle, die zudem leichter anpassbar an Neuerungen ist als Maschinen oder Roboter. Basierend auf der älteren Idee der „Lean Production" wird unter programmatischen Schlagworten wie „Industrie 4.0" eine digitale Vernetzung und Steuerung des gesamten Arbeitsprozesses und der Lieferketten angestrebt, die jegliche Verschwendung von Zeit, Arbeitskraft oder Material eliminieren soll.[30] Die Vermessung und Überwachung mittels digitaler Technologie ist dabei allgegenwärtig, von Kameras in Werkshallen bis zum Tracking der Bewegungen. Über die bloße Kontrolle hinaus geht es aber auch um einen direkten Zugriff auf den Körper mittels „Wearables" genannten Tools, etwa über digitale Datenbrillen, die Informationen zum Produktionsschritt einblenden oder smarte Handschuhe. Letzterer trackt jede einzelne Bewegung der Beschäftigten, gleicht diese in Echtzeit mit dem programmierten optimalen Bewegungsablauf im Produktionsprozess ab und gibt direkte haptische Feedbacks in Form von Vibrationen. Bei Engpässen und Zeitdruck kann die Geschwindigkeit und Arbeitsintensität erhöht werden.[31] Die Totalität der Kontrolle und die vollständige Überwindung von Eigensinn und Produktionswissen wäre ein Traum für die Pioniere von Taylorismus und Fordismus gewesen, weil er sie befreit hätte von der widerspenstigen menschlichen Arbeitskraft und ihrem Körper. In der Realität steht dieser Totalität nicht nur der potentielle Widerstand der von ihr unterworfenen Subjekte entgegen. Die Frage, wie massentauglich angesichts von Investitionskosten und Ressourcenverbrauch Wearables und smarte Prothesen sind, stellt

sich auch den transhumanistischen Projekten insgesamt. Angesichts der Wissenschaftsgeschichte sollte uns aber klar sein, dass das, was heute nur eine Idee ist oder sogar begrenzt bereits umgesetzt ist, in Zukunft durchaus Normalität werden kann.

Vom Automobilsektor verbreitete sich die Idee von „Lean Managment" mithilfe von digitalen Technologien der Leistungsmessung in zahlreiche Sektoren: von der öffentlichen Verwaltung über den Bausektor, die Fast-Food-Industrie bis hin zu Krankenhäusern. Die Corona-Pandemie beschleunigte diese Entwicklung durch den immensen Anstieg von digitaler Kommunikation und Meetings. Vor der Pandemie haben Beschäftigte in den USA etwa 25 % ihrer Meetings und 10 % ihrer bearbeiteten Aufgaben dokumentiert. Die Auswertung dieser Prozesse scheiterte an der zu geringen Datenmenge. Heute wird ohne jegliche direkte Kontrolle durch einen anwesenden Aufseher oder Vorgesetzten digital dokumentiert, wann (womöglich verspätet?) sich Beschäftigte in Meetings einloggen, wie aktiv oder passiv sie kommunizieren, welche Gesprächsanteile sie aufweisen, wie intensiv sie mit welchen Programmen interagieren und wann es zu Pausen oder Totzeiten kommt.[32]

Digitale Landnahme und die Kolonialisierung der Seele

Die Ausweitung der technologischen Kontrolle am Arbeitsplatz findet ihre Grenze freilich darin, dass im Zuge der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse immer weniger Menschen bei einem zentralen Unternehmen angestellt sind und am gleichen Arbeitsort zusammenkommen. So liegt die Kunst des Regierens darin, die Herrschaft der Ökonomie auch auf diejenigen weiter anzuwenden, die nicht mehr in regulären Lohnarbeitsverhältnissen der Kontrolle ihrer Arbeit unterworfen sind. Als ein entscheidendes Vehikel dafür haben sich die Plattformökonomien erwiesen. Teilweise handelt es sich dabei um eine digital unterstützte Reorganisierung und Zentralisierung von Arbeitsverhältnissen, die zuvor dezentraler oder informeller Art waren, etwa bei den Essenslieferdiensten. Teils geht es um eine Deregulierung und Prekarisierung, wenn Uber die bestehenden Taxiunternehmen verdrängt. Entscheidender ist aber

jene Form von Landnahme, die über die Sharing Economy die Inwertsetzung unterschiedlichster zuvor nicht-kapitalisierter Lebensbereiche betrifft. „Vor Airbnb war ein unbenutztes Zimmer im Haus ein ‚Gästezimmer' oder ein Raum, der sich für eine neue Nutzung anbot"[33]. Was vermeintlich als „Sharing" anfing, beendete die Praxis eines Teilens ohne Äquivalententausch. Heute gibt es einen Markt und damit eine relativ präzise Vorstellung davon, was ein unbenutztes Zimmer wert ist, womit die Vorstellung über die möglichen Nutzungen dieses Zimmers sich darauf reduziert, eine „entgangene Einkommensquelle"[34] zu sein. Je stärker formelle Arbeitsbeziehungen zerstört werden, je größer der krisenbedingte Mangel und die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte werden, desto mehr wächst der Zwang, nach jeder Gelegenheit Ausschau zu halten, sich etwas dazuzuverdienen. Der Prozess der Landnahme durch die Plattformökonomien ist also ein Prozess der Kolonialisierung des Denkens, der eine Logik der ständigen Profitsuche bei denjenigen etabliert, die ihr zum Opfer gefallen sind.

Eine Verstärkung erfährt diese Kolonialisierung bei den professionellen Content-Producer*innen in den Sozialen Medien, die dafür einen Bruchteil der Werbeeinnahmen der Plattformen abgreifen. Im Gegenzug stellen sie ein möglichst authentisches Bild von sich dar, von ihren Beziehungen, Lebensformen, Begehren und Wünschen. Der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten, die nach Marx bei Strafe ihres eigenen Untergangs Kapital akkumulieren müssen, entspricht die beständige konkurrenzgetriebene Selbstoptimierung der Content-Producer*innen, d.h. insbesondere die Steigerung der Authentizität. An ihrer Spitze stehen diejenigen, „deren Wert vollständig mit dem zusammenfällt, was sie sind".[35] Unter der Spitze des Eisberges der professionellen Producer*innen lässt sich die Masse an „user-generated-content" finden, die Resultat unbezahlter Arbeit ist. Das bewusste Design von Algorithmen und technischen Tools auf den Plattformen dient dazu, die dort verbrachte Zeit zu maximieren, um höhere Werbeeinnahmen zu generieren. Dies bedeutet ein ständiges Mehr an Content, Interaktion und Daten zu akkumulieren. Auch hier geht der Inwertsetzung ein ähnlicher Prozess der Landnahme vorweg. Die im Neoliberalismus entstandene Entgrenzung der Arbeit, die erzwungene Flexibilisierung und Mobilität, die Zerstörung vorheriger sozialer Beziehungen und Orte, haben eine Vereinze-

lung mit einem erfahrbaren Mangel an Gemeinschaft produziert, einem Hunger nach beständiger Bestätigung und der Simulation von menschlichem Kontakt in den Sozialen Medien. Was folgt, ist der Versuch, die dort stattfindenden Interaktionen, Erfahrungen und Äußerungen von Begehren zu vermessen, zu standardisieren, sie abrufbar zu machen und ihnen einen Wert zu geben, um sie im Werbegeschäft verkaufen zu können. Shoshana Zuboff spricht in diesem Zusammenhang von einem Überwachungskapitalismus, der „menschliche Erfahrungen als herrenlosen Rohstoff beansprucht für versteckte kommerzielle Praktiken der Extraktion, der Vorhersage und des Verkaufs". Ohne zu vergessen, dass der Eindruck totaler Kontrolle und Vermessung von den Plattformen auch als Hype inszeniert wird, um Investoren und Werbekunden anzulocken, müssen wir anfangen, den „Krieg um die Seele" als ein Terrain von Landnahme und Widerstand zu verstehen. Was wir bei Dating-Apps und Tinder beobachten, wird erst der Beginn der Inwertsetzung von Erfahrungen, Gefühlen und Begehren in einer Zeit sein, in der sich die emotionale Sorge umeinander zunehmend erschöpft.

Und doch scheint der ganze Prozess der Akkumulation von Erfahrungen, Emotionen und Arbeit in den Sozialen Medien bisher nicht auf eine Überwindung der Profitabilitätskrise hinauszulaufen. Wenn 90% des Umsatzes der großen Tech-Konzerne auf Werbeeinnahmen basieren, dann wird deutlich, dass hier in erster Linie nicht neuer Mehrwert generiert, sondern anderswo produzierter Mehrwert abgeschöpft wird. Dies würde bedeuten, dass nicht nur das Wachstum des digitalen Sektors eine Grenze hat, sondern dass die Krisenanfälligkeit der Werbung schaltenden Unternehmen auf ihn zurückstrahlt. Ein weiteres Mal könnte sich das dynamische Wachstum von modernisierten Sektoren des Kapitalismus als Spekulationsblase entpuppen. Auf der anderen Seite scheint es uns auch nicht abwegig, dass der Kapitalismus in Zukunft Wege und Formen finden wird, über Plattformen seine Profite zu steigern und damit die Profitabilitätskrise zu stabilisieren oder sogar neue Formen der Mehrwertschöpfung zu generieren. Allerdings befinden wir uns noch am Anfang dieses Gedankens. Wie man sich in dieser analytischen Frage auch entscheidet, ist es bereits jetzt so, dass die Digitalisierung die Subjekte in einer Art und Weise formt, die nicht nur auf die ökonomischen Verhältnisse zurückwirkt. Die technokratische Bearbeitung von Krisen schafft

auch ein Bewusstsein in den Subjekten, dass diese Krisen nicht anders zu lösen sind, etwa durch eine Überwindung ihrer Ursachen. Die in alle Bereiche des Lebens und der Seele ausstrahlende Vermessung, Durchleuchtung, Quantifizierung und Bewertung mag als ökonomische Operation begonnen haben, sie wird aber ebenso zu einem Projekt kybernetischer Kontrolle.

Das chinesische Social Credit System liefert diesbezüglich ein recht genaues Bild, auch wenn seine heutige praktische Anwendung noch stark eingeschränkt ist. Seine Basis hat es in dem Versuch, Kreditwürdigkeit zu bewerten, ähnlich wie das Schufa-System in Deutschland. Um dem negativen Image einer staatlichen Totalüberwachung auszuweichen, arbeiten die Pilot-Projekte, die das chinesische Modell exportieren wollen, auf einer Basis von Freiwilligkeit und positiven Belohnungen, statt negativer Strafen. In Bologna testet die Stadtverwaltung ein Smart Citizen Wallet. Wer über digitale Apps nachweist, seinen Abfall richtig zu trennen (mittels digitaler Registrierung an Mülltonnen), den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, Energie zu sparen und Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten vermeidet, bekommt Punkte auf ein Konto gutgeschrieben, die man für Rabatte bei öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen oder Kultureinrichtungen nutzen kann. In ihrem Klassiker der Verhaltensökonomie „Nudge" bilanzieren die Wirtschaftsnobelpreisträger Richard Thaler und Cass Sunstein: „Für Entscheidungsarchitekten ist es legitim, das Verhalten der Menschen zu beeinflussen, um ihnen zu helfen, länger, besser und gesünder zu leben. Anders gesagt, wir sind dafür, dass private Institutionen, Behörden und Regierungen bewusst versuchen, die Entscheidungen der Menschen in Richtungen zu lenken, die ihre Lebensqualität verbessern."[36] Belohnungen für gesundes, sportliches Verhalten oder regelmäßige Kontrolle der Zähne gibt es schon länger im Bereich der Gesundheitsversorgung. Besagter Cass Sunstein leitete eine Arbeitsgruppe der WHO, die mit Hilfe von behavioristischen Methoden die Impf-Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen sollte. Vor dem Hintergrund einer Legitimierung durch den ökologischen Katastrophismus erscheinen grüne Nudge-Systeme wie in Bologna als eine weniger gewaltvolle und womöglich effektivere Form der Kontrolle und Verhaltensänderung als das oft propagierte Bild einer Öko-Diktatur. Zugleich entstehen dabei in den Smart Cities riesige Mengen an verknüpf-

ten Datensätzen über Bewegungs-, Kontakt- und Verhaltensprofile, die Formen von direkterer Kontrolle, Ausschluss und Strafen ermöglichen.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, sich Kontrolle im Ökologischen Akkumulationsregime nur in Form einer vertikalen Autorität vorzustellen. Die Verbindung von ökonomischen Prozessen zur Effizienzsteigerung und kybernetischer Regulierung basiert auf ähnlichen Ideen eines vernetzten, partizipativen und transparenten Systems. „Dieselben Technologien, die uns ermöglichen über Distanz zusammenarbeiten, schaffen die Erwartung, dass wir uns darin verbessern, uns selbst zu regieren", sagte Beth Noveck, Leiterin der Initiative zur Einführung von „Open Government" unter der Obama-Regierung.[37] Die Logik der Sozialen Medien kann dazu beitragen, diese Selbstregierung mit Tools zu unterstützen, die eine gegenseitige horizontale Kontrolle bedeuten. In einer repräsentativen Umfrage von YouGov und SINUS-Institut erklärten 2019 40 % der Befragten, sie fänden es gut, wenn sie das Verhalten der Menschen in ihrem Umfeld mit einem Punktesystem bewerten könnten, ebenso viele würden sich umgekehrt von ihrem Umfeld bewerten lassen. Der ökologische Katastrophismus in Verbindung mit der technologischen Rationalität schafft die Legitimität für neue Formen der Herrschaft, die von den ökologischen Subjekten bereitwillig reproduziert werden.

Wenn wir im Kapitel „Ökonomie" vor allem über die Aspekte der Energien, Ressourcen und digitalen Plattformen in Bezug auf Extraktivismus und Landnahme geschrieben haben, so bedeutet dies nicht, dass sich das abzeichnende Ökologische Akkumulationsregime auf diese Aspekte reduzieren ließe, sondern verweist lediglich auf unsere unvollständige bzw. nicht abgeschlossene Diskussion. Daher möchten wir an diesem Punkt zumindest den Horizont umreißen, an dem wir weiter diskutieren.

Um die nächsten 50 Jahre spekulativ zu skizzieren und ein umfangreiches Bild des Ökologischen Akkumulationsregimes zu zeichnen, sind eventuell die Begriffe der Leitressourcen und -energien, die Leitbranchen und Leittechnologien hilfreich. „Leit-" bedeutet dabei zum Ersten, dass sie nicht als ausschließliche, aber als treibende Faktoren der Redynamisierung der Akkumulation dienen und zum Zweiten in ihrem Zusammenspiel funktionieren. Wir haben bereits festgehalten, dass Wind, Sonne, Wasser, Seltene Erden und Lithium zu den neuen Leitressourcen

zur Energiegewinnung und Digitalisierung werden und damit theoretisch jedes Fleckchen Erde zum Ort imperialistischer und kolonialistischer Auseinandersetzungen mit all seinen Folgeerscheinungen werden kann. Insoweit verschärft sich die Situation für den globalen Süden, während der globale Norden als Ressourcenort neu in diese Auseinandersetzung eintritt. Diese Leitressourcen und -energien dienen sowohl der Digi-Tech-Branche, als auch der Mobilitäts-, Infrastruktur- und Logistikbranche als Motor für ihre Kapitalakkumulation, die auf Chipproduktion und enorme Energiereserven angewiesen ist. Als Leittechnologien kann man den Algorithmus, bzw. KI und die Biotechnologien ausmachen, die diese Prozesse organisieren, kontrollieren und reglementieren. Die Biotechnologien spielen dabei eine besondere Rolle, weil sie durch die wachsenden Rechenkapazitäten, einer voranschreitende Akzeptanz von Cyborgisierung und wissenschaftlichen Fortschritten ein hohes Profitpotential haben und zudem eine wichtige ideologische Rolle, ähnlich wie die der digitalen Plattformen, in Bezug auf Katastrophismus und transhumanistische Ideen einnehmen.

Kapitel 2:
Ideologie und Politik

„Das ganze Leben der Gesellschaften, in welchen die modernen Produktionsbedingungen herrschen, erscheint als eine ungeheure Sammlung von Spektakeln. Alles, was unmittelbar erlebt wurde, ist in eine Vorstellung entwichen."

Guy Debord, Die Gesellschaft des Spektakels

Wie also ist das Ökologische Akkumulationsregime auf ideologischer und politischer Ebene zu charakterisieren?

Wir meinen, zentral hierfür ist der wissenschaftliche Katastrophismus als Bild des rationalen Endes der Welt und das ökologische Sicherheitsregime, das die Verwaltung der Katastrophe sicherstellen soll. Dieses wird definiert durch drei Aspekte: Ausnahmezustand und Krieg, den Katastrophenverwaltungsstaat und die Digitalisierung bzw. Algorithmisierung.

Wissenschaftlicher Katastrophismus

„Um noch einmal ein berühmtes Incipit zu parodieren, können wir sagen, dass sich das ganze Leben der industriellen Weltgesellschaft heute als eine immense Anhäufung an Katastrophen darstellt. Der Erfolg der Propaganda, die autoritäre Maßnahmen befürwortet (‚Morgen ist es zu spät' usw.), beruht darauf, dass die katastrophistischen Experten sich als einfache Interpreten von Kräften darstellen, die man vorhersagen kann."

René Riesel und James Semprun, Katastrophismus, Desasterverwaltung und nachhaltige Knechtschaft

Von der Randnotiz zur Hegemonie

In einem Zeitalter, in dem es keine Geschichte(n) mehr gibt, wagen wir es trotzdem, eine herrschende Erzählung zu umreißen. Es ist die Erzählung von der allgegenwärtigen, unvermeidlichen Katastrophe.

Als berechenbare und berechnete wird sie uns als unser Schicksal prophezeit, die Gesellschaft, in der wir leben und die sie hervorgerufen hat – schließlich leben wir im Zeitalter des Anthropozäns! – als conditio sine qua non, ohne diese Gesellschaft keine Rettung vor der Katastrophe.

Angefangen bei der Umweltbewegung der 1970er und allerlei Gipfeltreffen im selben Jahrzehnt, durch die die Idee vom Umweltschutz eine breitere Öffentlichkeit gewann,[38] über die erste UN-Klimakonferenz 1992 in Rio de Janeiro und die „Warnung [der Wissenschaftler] an die Menschheit" von 1992[39] hin zu einer weltweiten Bewegung wie Fridays for Future (die nicht nur der westlichen Welt vorbehalten war!)

und zu Jugendlichen (und Erwachsenen), die sich als letzte Generation bezeichnen, ist die Erzählung von der menschengemachten Katastrophe und unserem baldigen Ende gegenwärtig. War Umweltschutz in den 1970er Jahren noch primär ein Anliegen sozialer Bewegungen und nur Randnotiz auf der parlamentarischen Ebene, so hat sich dies ab den 1990er Jahren verändert. Davon zeugt in Deutschland die 1980 gegründete Friedens-, Umwelt- und Anti-AKW-Partei Die Grünen, die 1998 erstmals mit der SPD zusammen die Regierung stellte. Auf internationaler Ebene stehen dafür die UN-Klimakonferenzen mit u.a. dem Kyoto-Protokoll von 1997, die Global Marshall Plan Initiative oder beispielsweise der Stern-Report von 2006.[40] Mit dem Umweltschutz wird auch die Ökologie als Wissenschaft zum politischen Paradigma. Trotzdem erleben wir noch das Zwischenspiel des Neoliberalismus, der die kapitalistische Rentabilität wiederherstellt, bevor die katastrophistische Erzählung von der Ökologie, die aus dem Gleichgewicht geraten ist, zunehmend hegemonial wird. Die Erzählung von der Katastrophe wird heute dauerhaft erneuert. Vielleicht ist die grundlegendste die der Klimakrise, aber in sie reihen sich nahtlos die Coronapandemie und der Ukrainekrieg (und der Krieg gegen den Terrorismus war vielleicht nicht umsonst ihr Vorläufer) ein.

Egal, ob es sich um staatliche, suprastaatliche oder internationale Institutionen handelt, um Regierungen oder Nicht-Regierungs-Organisationen, um das Militär oder zivilgesellschaftliche und linke Bewegungen, das Bild, das umrissen wird, ist das gleiche: Ressourcenknappheit, Klimawandel, Überbevölkerung, Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt, Pandemien, Artensterben, Krieg. Um sich das Ausmaß der Katastrophe zu verbildlichen wird sie – was den Klimawandel angeht – an sogenannten Kipppunkten festgemacht (Schmelzen des Meereises und Abnahme der Albedo in der Arktis, Veränderung von El Niño etc.), die bei 1,5 Grad, 3 Grad oder irgendwo dazwischen mit einer Wahrscheinlichkeit von soundsoviel Prozent zu jenem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden. Während der Pandemie fand dies seine Entsprechung in den Statistiken über Infektionszahlen, Reproduktionszahlen (der berüchtigte r-Wert von Corona) und einer Flut an Informationen über neue Mutationen. Beim Krieg sind es tägliche Updates über die Anzahl an russischen Angriffen auf ukrainischem Boden und die Anzahl an Geflüchteten aus der Ukraine in Europa sowie Prognosen dazu, mit welcher Wahr-

scheinlichkeit die Gegenoffensive fruchten wird. Die Welt um uns herum steht in Flammen – was durch die bildstarke Begleitung der Waldbrände auf der ganzen Welt bunt ausgemalt wird. Eigentlich müsste man angesichts dieser Flut an Informationen über das Ende der Welt in Panik ausbrechen, kollektiv Selbstmord begehen oder revoltieren. Das Gegenteil ist der Fall (beide Reaktionen werden in futuristische Sci-Fi Welten verlagert). Wir erleben eine immer eingehegtere, zahmere Zivilgesellschaft, inklusive ihrer Intellektuellen und Wissenschaftler, zumindest in der westlichen Welt. Man muss schon suchen, um eine Stimme zu finden, die dieses Bild von einer biblisch anmutenden Apokalypse in einer sonst doch so säkularisierten westlichen Welt infrage stellt. René Riesel und James Semprun haben uns mit ihrem Text „Katastrophismus, Desasterverwaltung und nachhaltige Knechtschaft (2008)" eine Idee gegeben, die wir uns leihen möchten, um zu beschreiben, was wir sehen: Der Säkularisierung entsprechend stellt sich die Katastrophe heute nicht mehr als klassische Prophezeiung in Form einer überlieferten Erzählung dar, sondern in Fakten, Zahlen und Bildern. Die Katastrophe wird als die verflachte bzw. hollywoodianische Form der biblischen Apokalypse gedacht: Sie hat weder Offenbarungscharakter noch kündigt sie einen Bruch mit dem Bestehenden an. Sie wird auf das Naheliegende reduziert. Insofern ist sie auch nicht, wie von uns anfänglich behauptet, eine Erzählung, sondern nimmt in ihrer puren Aneinanderreihung von Bildern und Daten lediglich die Funktion einer Erzählung ein. Die Katastrophe erscheint als rationales Ende der Welt; nicht nur ihre Lösungen, auch sie selbst nimmt die Form eines technizistischen Szientismus an. Riesel und Semprun nennen dies „wissenschaftlichen Katastrophismus".

Technische Rationalität, Quantifizierung und Stochastik

Der wissenschaftliche Katastrophismus, mit dem wir uns konfrontiert sehen, funktioniert nach dem alten Schema der technischen Rationalität als einer Spielart der instrumentellen Vernunft. Er beinhaltet ein deterministisches Modell des objektiven Wissens. Das heißt, der Darstellung, die mit Messinstrumenten konstruiert werden kann, wird mehr Realität zugestanden als der Realität selbst oder dem, was direkt erlebt wird. Mit Guy Debord kann man sagen, dass die Bilder des Lebens das Leben ersetzen. Letztlich bedeutet das, den Status von Wissen nur dem

zuzugestehen, was durch den Filter der Quantifizierung gegangen ist; es bedeutet an die Effizienz zu glauben, die ein solches Wissen verspricht, obwohl dieses Verfahren so viel von der Realität verleugnet. Das deterministische Postulat einer durch Hochrechnung berechenbaren Zukunft ist aber ein Hirngespinst.[41]

Die Modellierung all dieser Hochrechnungen basiert auf Stochastik. Stochastik ist begriffsgeschichtlich die „zum Erraten gehörend(e Kunst)" von altgriechisch στοχαστικὴ τέχνη *(stochastikē technē)* oder die „Kunst des Vermutens" von lateinisch *ars conjectandi*. Sie fasst die Wahrscheinlichkeitstheorie und die mathematische Statistik zusammen. Die Wahrscheinlichkeitstheorie kann aufgrund von bekannten Parametern Aussagen über die Wahrscheinlichkeit eines zufälligen Ereignisses, also eines nicht vorhersehbaren Ereignisses, treffen. Dies ist erstens nie eine Gewissheit über das Eintreten des Ereignisses und zweitens kann keinerlei Aussage über ein grundlegend neues Ereignis getroffen werden. Das Material, aus dem ich meine Aussage speise, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Ereignis eintritt oder nicht, ist immer schon bekanntes Material. Damit ist das Eintreten eines prinzipiell Unbekannten, Neuen nicht vorhergesehen. Man könnte noch weiter gehen und mit Riesel und Semprun sagen, dass „die Realität der Katastrophe unbegreiflich ist, wenn man dazu genau die Mittel verwendet, die dazu beigetragen haben, sie herbeizuführen".[42] Indem der geschichtliche Prozess auf ein kalkulierbares Ergebnis reduziert wird, wird nicht nur ein szientistisches und technizistisches Weltverhältnis reproduziert, es wird auch jede Möglichkeit des Neuanfangs durch menschliches Handeln (Arendt) negiert. Mit Debord wiederum ließe sich dieses Weltverhältnis folgendermaßen beschreiben: „Das Spektakel kann nicht als Übertreibung einer Welt des Schauens, als Produkt der Techniken der Massenverbreitung von Bildern begriffen werden. Es ist vielmehr eine tatsächlich gewordene, ins Materielle übertragene Weltanschauung. Es ist eine Anschauung der Welt, die sich vergegenständlicht hat."[43] Der zweite Teil der Stochastik ist die Statistik. Diese gilt nicht umsonst als *die* Staatswissenschaft schlechthin, seitdem Preußen sie im 18. Jahrhundert zu dieser machte. In der Gleichmachung der Statistiken liegt die unpersönliche Rationalität oder das Wissen ohne Subjekt, welches der moderne Staat anstrebt, erklärt sie doch alles, was außerhalb ihrer selbst liegt als irrational (inklusive unserer eigenen, doch

sehr realen Erfahrungen) und damit als bekämpfenswert, sichert sie sich doch, in dem Glauben an die Statistik, die Unterwerfung unter das staatliche wissenschaftliche Paradigma. Dieses bedeutet im ökologischen Paradigma „die Unterwerfung unter die Ausnahmezustände im Voraus, die Akzeptanz der kommenden Disziplinarregimes und die Unterstützung der bürokratischen Macht, die vorgibt, durch den Einsatz von Zwangsmaßnahmen das kollektive Überleben sicherzustellen."[44] War die Ökologie in ihren Anfängen ein Programm der Wissenschaft, so ist sie heute leitendes Programm aller Regierungen und findet sich in Form von etatistischen und säkularisierten Vorstellungen einer protestantischen Verzichtsethik im Gros der liberalen Zivilgesellschaft wieder. War die totale Kontrolle einer durch den industriellen Lebensstil hervorgerufenen verwüsteten Umwelt durch industrielle Methoden (Technologie) vormals eine Chimäre der Herrschenden, so ist sie heute zur Forderung der Beherrschten geworden.

Auch wenn wir die Mittel der Wissenschaft und der Technologie für falsch halten, um die Realität der Katastrophe, die unsere Vergangenheit und Gegenwart ist, zu begreifen, wissen wir, dass die Realität umso komplexer und schwieriger zu begreifen ist. Wir suchen also nach Mitteln, sie zu erfassen und zu beschreiben, ohne dem Versuch anheim zu fallen, die Herrschaft trotz der Totalität, die sie annimmt, totaler erscheinen zu lassen als sie ist. Wir glauben daran, dass menschliches Handeln grundlegend Neues, Unberechenbares hervorrufen kann, immer noch, und dass die Revolte, der Geschmack nach Freiheit, die Bedingung für Erkenntnis ist. Widerstand zu leisten, scheint uns also unabdingbar.

Modernisierung durch Katastrophismus

Die Industriegesellschaft hat nicht nur die materiellen Grundlagen ihres Daseins untergraben, sondern auch die ideellen, die sich z.B. in den vom Wohlfahrtsstaat zugesprochenen sozialen Sicherheiten und dem Versprechen von Wohlstand, Überfluss und Fortschritt äußerten. Die materielle und ideelle Prekarität und Unsicherheit von allem, die diese Untergrabung generiert, wird von allen mit der Notwendigkeit einer gesteigerten Organisation, einer vollkommenen Unterwerfung unter die soziale Maschine beantwortet. Aber dann gibt es Nuancen in den politischen Tendenzen. Der grün-links-liberale Diskurs ruft die Unterwerfung im Na-

men einer abstrakten Menschheit oder einer abstrakten Gesellschaft an, in deren allgemeinem Interesse des Überlebens zu handeln wäre. Dieser Diskurs setzt mehr auf Regierungstechniken des Selbst (Disziplin und Verzicht) und auf die Erneuerung, sowohl des Systems, wie der Natur, mithilfe neuer Leitsektoren, neuer Leittechnologien und neuer Energiesysteme. Die Regierungstechniken der Gouvernementalität werden um solche des Selbst ergänzt, wie schon Foucault bemerkte (dazu mehr im Kapitel zum Katastrophenverwaltungsstaat). Erneuerung bzw. Regeneration und Nachhaltigkeit gelten als Leitformeln dieses politischen Lagers. Dass Regeneration nicht möglich ist, wenn weiterhin Extraktion stattfindet, bleibt ungesagt. Dass Nachhaltigkeit, aus der preußischen und sächsischen Forstwirtschaft kommend, explizit Effizienz im Sinne einer effizienteren Nutzung und Ausbeutung des Forstes zum Ziel hatte, ungewusst.[45] (Frei nach dem Motto: Der fräßige Kapitalismus hat unsere schöne Erde in ein Grab verwandelt, darum lasst ihn uns mäßigen und uns ein High-Tech-Grab bauen, mit Solarpanels auf dem Deckel und Bildschirmen an den Innenwänden, die uns ein Außerhalb des Grabes vorgaukeln, das es nicht gibt.) Die Speerspitze dieser Modernisierung sitzt im Silicon Valley und an anderen Orten der techno-wissenschaftlichen Konzentration auf der Welt und träumt tatsächlich davon, sich der zerstörten Natur zu entledigen und eine zweite, vollkommen künstliche, unversehrte und vollkommen kontrollierbare Natur zu schaffen. Hier sprießen Ideen von Transhumanismus und kybernetischer Kontrolle dessen, was unser Lebensraum sein soll. In dem Traum einer vollkommenen Kontrolle der Natur wird uns das Überleben als Ganzes von der Katastrophenverwaltung organisiert, reguliert und stückweise in Warenproduktion zurückverkauft. Ansätze dessen beobachten wir schon heute: Smartwatches zum Überwachen der eigenen Gesundheit, selbstregulierende Smarthomes, die Hitze- oder Kältewellen ausgleichen, und allerlei angepasste Büromöbel zur Einrichtung des Homeoffice in Pandemiezeiten etc.

Der konservativ-rechte Diskurs hingegen ruft die Unterwerfung im Namen des Volkes oder der Nation an und setzt (in Teilen) noch auf den fossilen Kapitalismus, ungeachtet der Zerstörung, die das bedeutet. Hier reichen die Argumente von der Leugnung des Klimawandels und damit der Katastrophe (nicht umsonst wurde die Leugnung der Erderwärmung jahrzehntelang von der Erdölindustrie finanziert) hin zur Ba-

gatellisierung ihrer Auswirkungen. Es geht darum, dem herrschenden Bild der Katastrophe, das Modernisierung notwendig macht, eines entgegenzusetzen, das Zweifel sät, damit Bild gegen Bild steht, und somit den Durchbruch des Modernisierungsprojekts so lang wie möglich hinauszuzögern.[46] Was die Individuen angeht, so wird vor allem durch Konservative, (Ultra-)Rechte und Faschist*innen vollkommene Enthemmung vorgelebt, also eine Befreiung von der Einschränkung des Genießens, die durch eben die Selbsttechniken des Regierens von Disziplin und Verzicht im liberalen Diskurs – die das neoliberale Selbst schon gelernt hat zu verinnerlichen – vom Individuum gefordert werden. Die traditionellen oder konservativen Werte der rechten Diskurse werden nicht mehr im Dienst des Verbots, sondern im Dienst der Freiheit als ein Zurückweisen des Expertendiskurses propagiert. Wenn wir von Expertendiskurs reden, meinen wir, dass sich die Regierung entsubjektiviert und die Expert*innen nur noch die Rolle der Berater*innen einnehmen, nicht aber als König*innen herrschen.

Mit Guillaume Paoli können beide Diskurse als Verdrängungsdiskurse (der grün-links-liberale und der rechtskonservative) bezeichnet werden: Letzterer wäre eine Verdrängung der einfachen Art – Verleugnung – und ersterer eine Verdrängung sekundärer Art, die er mit Günther Anders „Verniedlichung des Entsetzlichen" nennt. Die Katastrophe wird dramatisch überhöht und ausgemalt, um dann in ihre Einzelteile zerlegt und sukzessive verkleinert dargestellt zu werden: Apokalypse – Klimakrise – Karbonisierung – macht Dekarbonisierung nötig – macht E-Roller, Solarpanel auf dem Dach – macht weniger Stromverbrauch nötig. Am Ende ist das, was übrig bleibt, die Erzählung individueller Handlungsspielräume und notwendiger staatlicher Modernisierung; somit das Gegenteil von Katastrophe. Obwohl die Diskurse widersprüchlich sind, sind sie komplementär und führen beide auf das Selbe hinaus: Die Welt, in der sich die Katastrophe abspielt und von der wir Teil sind, wird abgespalten, genauso wie die in ihr gemachten Erfahrungen. (Und was abgespalten wird, kommt gemeinhin irgendwann zurück, die Frage ist nur, in welcher Form.)

Enthemmung und Expertise

Wir fokussieren uns hier auf die Analyse des grün-links-liberalen Diskurses, weil es uns jener zu sein scheint, der die neue Herrschaftsform, die man „Ökolokratie" nennen könnte und die mit dem Ökologischen Akkumulationsregime einhergeht, am besten in seinen Tendenzen aufzuzeigen scheint.

Im Paradigma der Ökologie setzt sich also fort, was auch die Industrialisierung, den Fordismus und den Neoliberalismus schon gekennzeichnet hat: ein ungetrübter Fortschrittsglaube durch Technologie, gerade weil uns inzwischen das Ende der Welt prophezeit wird. Rationalität bzw. Rationalisierung erscheinen als unser aller Heil.

So wird die Beherrschbarkeit der Katastrophe zur Behebung der Katastrophe und die zwangsvolle Integration der Individuen ins (gesellschaftliche) Kollektiv totaler. Insofern ist auch der grün-links-liberale Diskurs ein *enthemmter*. Er legitimiert die Ausweitung oder Übertretung der Grenzen dessen, was heute gesellschaftlich möglich und akzeptiert ist. Diese Enthemmung bedeutet tiefe Widersprüchlichkeit: Sie verspricht Stabilisierung durch Beschleunigung und Fortschritt durch Anpassung. Auch die Sicherheitsproduktion darin ist grundlegend widersprüchlich: Man muss nicht einmal daran glauben, dass das Sars-Cov-2-Virus aus einem P4-Labor in Wuhan entstammt, wie es zuletzt sogar die US-Regierung tat, um zu wissen, dass neue Sicherheitstechniken neue Bedrohungen generieren. Nicht erst seit dem hegemonial gewordenen Sicherheitskonzept der *All-Hazards Preparedness,* die das US-Militär in den 1970er Jahren erfand, produziert die Forschung an und die Entwicklung von Sicherheits- und Verteidigungstechnologien ihre eigenen Gefahren.

So wird in Form von kommenden Bedrohungen dargestellt, was in Wirklichkeit schon da ist und der Katastrophismus als Ideologie dient dazu, Verschlechterungen des Lebens vorwegzunehmen. Möglicherweise führt er dazu, die Ökolokratie, die grüne Bürokratie zu etablieren, die im Grunde nichts anderes als die vollkommene Verwaltung des Überlebens meint.

In ihm gleicht die Äußerung von Ängsten Befehlen, und so wie die zu kommenden Bedrohungen die Wirklichkeit charakterisieren, so steht das Wissen bzw. die Expertise für die Macht. Lacan hat dies schon Ende

der 1960er Jahre treffend als „Diskurs der Universität“ beschrieben. Wir werden durch Expertise regiert und jegliches Wissen, was nicht quantifizierbare Expertise ist, zählt nicht. Wir haben einen Vorgeschmack dessen bekommen, als während der Coronapandemie ein Lauterbach in Talkshows und Expert*innenkomissionen die deutsche Politik bestimmte und die eigene Erfahrung nicht einmal mehr bei den eigenen Freunden zählte, um zu sagen, was man für wahr hielt.

Gerade weil wir es mit einer Herrschaft der Expertise zu tun haben, sprechen Tove Soiland und Massimo Recalcati von postideologischem Totalitarismus. Politische Herrschaft braucht hier keine übergeordnete Idee mehr, auf die sie sich bezieht, sondern es reicht die Verwaltung des Überlebens als warenförmige Befriedigung von Bedürfnissen. Die totalisierende Tendenz des Kapitalismus hat sich so weit verwirklicht, der Transzendenzverlust ist so absolut, dass der Kapitalismus keine Legitimation mehr braucht, sondern als unausweichliche Realität existiert. In diesem Sinne ist der Kapitalismus die Katastrophe des herrschenden Bildes und der Katastrophismus eine inhaltlich entleerte Ideologie. Er ist vielmehr eine technokratische Ideologie, auch wenn sich Technokratie und Ideologie streng genommen grundlegend widersprechen. Wir müssen also anerkennen, dass die herrschende Ideologie in Form und Funktion weiterhin Ideologie ist, sich aber von historischen, klassischen Ideologieformationen durch ihre Inhaltsleere auszeichnet.

„Das Spektakel ist das Kapital in einem solchen Grad der Akkumulation, daß es zum Bild wird.“

Guy Debord, Die Gesellschaft des Spektakels

Das ökologische Sicherheitsregime

In Abgrenzung zum neoliberalen Sicherheitsregime wollen wir, um jenes des neuen Akkumulationsregimes zu kennzeichnen, vom ökologischen Sicherheitsregime sprechen. Die Rede von der Sicherheit ist nichts, was nur noch der Regierung, irgendwelchen rechten Law & Order Hardlinern und/oder Militär und Polizei vorbehalten wäre. Vielmehr hat sie

alle Gesellschaftsschichten und alle politischen Spektren durchtränkt. Auch die radikale Linke in Deutschland – und darüber hinaus – zielt darauf „safe spaces“ herzustellen und jegliche Unsicherheit, sei sie durch Nicht-Wissen, einen möglichen Coronakontakt oder die Möglichkeit eines Übergriffs hervorgerufen, auszuschalten. Die Lösungen hierfür sind dann Kontaktnachverfolgung und/oder Kontaktvermeidung, Verregelung bzw. Verrechtlichung jeglichen Beisammenseins, Ausschlüsse/Verbote und Betroffenheitspolitik. Die Angst gleicht dem Befehl, auch in der Art, wie die radikale Linke sich und ihre Beziehungen organisiert. Nicht nur ist das Ausschalten jeglicher Unsicherheit ein aussichtsloses Unterfangen – absolute Sicherheit gibt es nicht –, es ist auch falsch. Die Versicherheitlichung der Gesellschaft, die bis in die Linke reicht, ist Ausdruck eines neuen Sicherheitsparadigmas, dessen Ursprung der gegenwärtige Katastrophismus ist. Im Angesicht der dauerhaft beschworenen Katastrophe braucht es auf Dauer gestellte, absolute Sicherheit.

Zum Wandel staatlicher Sicherheit und zur Sicherheit allgemein

Ursprung unseres heutigen Sicherheitsverständnis ist Thomas Hobbes „Leviathan“, in dem er die moderne liberale Vorstellung des bürgerlichen Staates begründet. Von Hobbes stammt die Idee, dass der einzige Ausweg aus der Unsicherheit des Naturzustands, in dem jeder des anderen Wolf ist und damit keine Freiheitsentfaltung möglich ist, der Gehorsam gegenüber dem Leviathan/Staat ist, von dem im Gegenzug Sicherheit bzw. Freiheit erwartet werden kann. Der Staat rückt damit in den Mittelpunkt als Lieferant des einen Guten, das alle Menschen vermeintlich begehren, Sicherheit. Sicherheit wird mit Freiheit in eins gesetzt. Damit entsteht das Paradox, dass der bürgerliche Staat freiheitskonstituierend und freiheitsunterdrückend ist, weil die Freiheit immer über Sicherheit vermittelt wird: bis heute (Corona). Es ist besonders wirkmächtig, weil das Bedürfnis nach Sicherheit als ein „natürliches“ Bedürfnis gilt und sicherheitspolitische Praxen sich damit oft über jede Kritik erheben und immun werden für eine grundlegende Kritik. Angst ist der Affekt, auf den sich Politik am verlässlichsten stützen kann, und zugleich das zu

Überwindende; der Gewinn von Sicherheit ist Befreiung von Angst. Indem Institutionen die Gewissheit möglicher Erfüllung (Bedürfnisbefriedigung, Rechtssicherheit, soziale Absicherung) verbürgen, ermöglichen sie konkretes Handeln durch Befreiung von Angst und Überforderung. Zugleich sind sie Grundlagen der Erfolgsgewissheit des Handelns und der Selbstsicherheit der Person.

Das Problem mit der Sicherheit

Das lateinische Wort, von dem unser Begriff Sicherheit abstammt, ist *securus* (ohne Sorge) und meint einen glücklichen Seelenzustand des Freiseins von Triebhaftigkeit und Erregung. Man könnte also in dieser Definition sagen, dass „Sicherheit" ein grundsätzliches menschliches Bestreben, aber niemals erreichbar ist.

Nach Emil Angehrn kommt Sicherheit allerdings systematisch gesehen immer zu „spät". Sie kann ihr Ziel nie erreichen, weil nur eine unbewusste Sicherheit dem Wortsinn der Sicherheit (*secura*) als Zustand „ohne Sorge" genügen könnte. Wer sich sorgenvoll um Sicherheit bemüht, bleibt im Modus der Sorge und darin von der „wahren" Sorglosigkeit prinzipiell getrennt. Philosophisch könnte man sagen, dass das Bedürfnis nach Sicherheit aus dem Verlust der ursprünglichen Einheit des Subjekts mit seiner Umwelt/Natur, in der die ursprüngliche Sicherheit und Geborgenheit existierte, entsteht. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist damit Angst vor der eigenen und der weltlichen Kontingenz. Allerdings lässt sich diese ursprüngliche Sicherheit nicht mehr herstellen und somit verlangt das menschliche Sein die permanente Wiederholung dieser ursprünglichen Konfrontation mit der Angst. Exemplarisch findet sich dies im »thrill«, in der »Angstlust« (auf z. B. der Kirmes, dem Bungee Jumping u. ä.). Positiv gewendet, könnte man aber auch sagen, dass das Angstauslösende die Konfrontation mit der eigenen Freiheit ist; die Suche nach Sicherheit erscheint als Flucht vor der Freiheit.[47]

Wir möchten dem eine Perspektive gegenüberstellen, die die Aporie von Sicherheit und Freiheit grundlegend zurückweist und ihr jene der Verwiesenheit gegenüberstellt, indem wir uns der Psychoanalyse nach Lacan bedienen. Die Verwiesenheit stellt uns vor die Aporie der Abhängigkeit bei gleichzeitiger Unabhängigkeit. Psychoanalytisch gesprochen könnte man sagen, dass die ursprüngliche Einheit von Mensch und Um-

welt/Natur niemals existierte, sondern lediglich als Phantasma die prinzipielle Getrenntheit des Menschen von seiner Umgebung und den Anderen auskleidet, die zugleich seine Angewiesenheit auf seine Umgebung bzw. die Andere (die Mutter als erste Andere) bedeutet. Dieser Tradition folgend ist die Angewiesenheit oder Verwiesenheit des Menschen immer ein Mangel, weil sie unsere prinzipielle Getrenntheit vom Anderen und unsere Abhängigkeit von ihm aufzeigt. Wir sind unabhängig und abhängig zugleich. Der Mangel an sich ist jedoch nichts Negatives (im normativen Sinne), er beschreibt nur unsere anthropologische Grundkonstante der gegenseitigen Verwiesenheit und hat als Antrieb unseres Begehrens (ohne Mangel kein Begehren) und Zusammenkommens (ohne Getrenntheit kein Grund zusammenzukommen) sogar positive Auswirkungen. Der lacanschen Psychoanalyse folgend ist also nicht „Sicherheit" ein grundsätzliches menschliches Bestreben als Wiederherstellung der ursprünglichen Einheit von Mensch und Natur, sondern wir alle streben danach, einen Umgang mit unserer prinzipiellen Verwiesenheit zu finden. Da wir in einer patriarchalen Gesellschaft leben, besteht dieser in der Aufhebung der Abhängigkeit in dem Phantasma der ursprünglichen Einheit, das die Verwiesenheit negiert. Dies ist jedoch nicht möglich und funktioniert nur aufgrund eines männlich-modernen Freiheitsverständnisses, welches absolute Autonomie meint. Um diese Autonomie zu erlangen, muss ich mir die Andere, von der ich abhängig bin, unterwerfen; sie sicher zu wissen, ermöglicht die Verdrängung meiner Abhängigkeit von ihr und ist Bedingung meiner Illusion von Freiheit. Sicherheit und Kontrolle bzw. Herrschaft gehen in eins. Andersherum bedeutet dies für die Unterworfene, dass ein Anderer für sie entscheidet, wann sie (vermeintliche) Freiheit zu genießen hat. Die Regulierung des eigenen Genießens einem Anderen zu überlassen, kann durchaus bequem sein, entledigt sie mich doch der Freiheit (oder Last) selbst entscheiden zu müssen.

Sie geht nur leider mit Unfreiheit einher. Genau dieses Paradigma von Sicherheit und Freiheit lässt sich auf den Hobbschen Leviathan/Staat übertragen: Er reguliert für seine Bürger, wann ihnen Freiheit zuteil wird und wann nicht – um der Sicherheit willen (schließlich würden wir uns als unreguliert Freie gegenseitig zerfleischen). Die psychoanalytische Deutung der grundlegenden Aporie von Freiheit und Sicherheit er-

möglicht zu zeigen, was Falsches in ihr ist: Ist prinzipielle Verwiesenheit als anthropologische Grundkonstante gesetzt, so kann es weder Freiheit als absolute Autonomie, noch Sicherheit als Kontrolle meiner/prinzipieller Abhängigkeit geben. Beide hängen sie von jenen anderen Menschen ab, auf die ich angewiesen bin, und setzen insofern sowohl meiner Autonomie als auch meiner Herrschaft eine Grenze. Es gibt immer die Möglichkeit, dass sich die Andere anders verhält, als ich es verlange, eben weil sie von mir getrennt ist. Als Unterworfene gibt es immer die Möglichkeit, dass ich entscheide, mich anders zu verhalten als von mir verlangt wird, eben weil ich vom Anderen getrennt bin. Anders gesagt: Es gibt immer die Möglichkeit, Widerstand zu leisten. Trotzdem haben wir die moderne Aporie von Sicherheit und Freiheit und deren Vermittlung über den Staat geerbt. Wir fühlen Sicherheit als „natürliches" Bedürfnis und erwarten dessen Erfüllung durch den bürgerlichen Staat sowie unsere Beziehungen. Aber weder dieses Gefühl noch die Erfüllung durch den Staat sind alternativlos, sondern historisch gewachsen und veränderbar.

Unsicherheit vs. Konsolidierung

Meint Sicherheit einen Zustand ohne Sorge (securus), so kann dies keine linke Perspektive sein. Gerade die Sorge umeinander müsste – nicht nur aus feministischer, sondern allgemein kommunistischer Perspektive – im Zentrum stehen. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Versuche der (radikalen) Linken über Verregelung oder Verrechtlichung des Beisammenseins Sicherheit herzustellen wie eine Auslagerung der Sorge umeinander an ein Protokoll. Nicht nur eliminiert das den notwendig besonderen und intimen Charakter der Sorge, sondern das Protokoll braucht auch eine Instanz, die es durchsetzt. Ein Protokoll bedeutet also zwangsläufig eine machtvolle Beziehung – oder für dessen Durchsetzung ist am Ende niemand verantwortlich.

Spricht Angehrn davon, dass Sicherheit systematisch gesehen immer zu spät kommt, so erscheint Sicherheit in äußerster Gestalt als die Suspendierung der Zeitlichkeit der Zukunft: Erstrebt wird eine bestimmte Zukunft, in der kein wirklich Neues sich ereignet. Sicherheit bedeutet, seinen Blick in die Zukunft zu richten und damit aber faktisch die Gegenwart auf Dauer zu stellen. Das Gegenteil wäre eine Gegenwart, die Unsicherheit zulässt und damit der Entwicklung der Zeit der Zukunft

Raum gibt: „El proceso constituyente es una oportunidad de abrirse a la incertidumbre. La incertidumbre, por supuesto, genera el nerviosismo y el temor, pero es necessitaria para la legitimidad politica. Cuando no hay incertidumbre, no hay democracia", sagt die Politikwissenschaftlerin Claudia Heiss in Guzmáns Film *Pais imaginario (2022)* über den Aufstand in Chile 2019 und seine Folgen („Der verfassungsgebende Prozess ist eine Möglichkeit, sich der Unsicherheit zu öffnen. Natürlich ruft die Unsicherheit Nervosität und Angst hervor, aber sie ist notwendig für die politische Legitimation. Wenn es keine Unsicherheit gibt, gibt es keine Demokratie.")

Die Darstellung der Alternativlosigkeit der Befriedigung des (vermeintlich) menschlichen Bedürfnisses nach Sicherheit durch den bürgerlichen Staat ist Ideologie, die Definition von Sicherheit, die wir heute haben, durch bürgerliche Staatstheorie geprägt. Geht unser Sicherheitsbegriff heute maßgeblich auf Hobbes zurück, so lassen sich in der Herstellung dieser Sicherheit und der Definition der Bedrohungsszenarien seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft historisch gesehen immer wieder Veränderungen beobachten. Insofern lässt sich festhalten, dass die Definition von Bedrohungen für die gegenwärtige Ordnung immer mit der Definition von Sicherheit der Gesellschaft bzw. des Staates zusammenhängt. Selbst der Terminus „Bedrohungen" unterliegt dem Wandel der Zeit. Im neoliberalen Staat werden diese zumeist als „Risiken" aufgefasst und damit wird ein anderes Sicherheitsparadigma angerufen. Heute sprechen wir zunehmend von „Katastrophen", was unserer Ansicht nach Teil des ökologischen Sicherheitsparadigmas ist.

Gleichzeitig lässt sich auf ökonomischer Ebene beobachten, dass die Krisen, die das kapitalistische System hervorruft, das der bürgerliche Staat mitproduziert, durch denselben Staat als Bedrohungen für die staatliche Sicherheit begriffen werden und somit bekämpft oder eingehegt werden müssen. Damit eröffnet sich ein Teufelskreis von Sicherheitspolitik, in dem der Staat über die Bekämpfung von Krisen als Unsicherheiten die gegenwärtige Ordnung zu stabilisieren versucht und eine neue (Sicherheits-)Ordnung etabliert. Zugleich ist der Staat in dieser Bewegung immer auch Produzent von Unsicherheit. Sicherheit ist damit Konsolidierung der gegenwärtigen Verhältnisse (in neuer Form)

und kein Aufbrechen ebendieser, auch wenn der bürgerliche/staatliche Diskurs ein Ende der Krisen verspricht.

Ausnahmezustand und Krieg

Ausnahmezustand und Krieg sind zwei wesentliche Elemente des Ökologischen Akkumulationsregimes:

„Der ökologische Ausnahmezustand ist sowohl eine Kriegsökonomie, die die Produktion im Dienste staatlich definierter Gemeinschaftsinteressen mobilisiert, als auch ein Krieg der Ökonomie gegen die Bedrohung durch Protestbewegungen, die sie unverhohlen kritisieren"

Encyclopédie des Nuisances, Nr. 15, April 1992

Der Ausnahmezustand ist die Fortsetzung des Krieges im Innern. Wir gehen davon aus, dass der Ausnahmezustand im Ökologischen Akkumulationsregime die Regel ist. Was also charakterisiert ihn? Wir unterscheiden eine rechtliche, eine ideologische und eine politische Dimension.

Der Ausnahmezustand auf der Schwelle zwischen Politik und Recht

Im Alltag wird der Begriff des Ausnahmezustandes häufig mit einer „Notsituation", einer außergewöhnlichen Gefährdungssituation, konnotiert. Rechtlich gesehen aber ist der Ausnahmezustand etwas ganz anderes. Der „Ausnahmezustand" verweist im engeren Sinne auf die Aussetzung des Rechts mit dem Ziel der Reaktion auf eine politisch definierte „Ausnahmesituation" und der Herstellung einer politisch gewollten Normalität, die in modernen Demokratien die Wieder-Einsetzung ebendieses Rechts meint. Der Ausnahmezustand beschreibt die Aufhebung des Rechts und damit die der Demokratie im Namen des Rechts und der Demokratie. Übertragen kann man sagen, dass Ausnahmezustand die Aufhebung des Lebendigen im Namen des Lebens bedeutet.[48] „Der Ausnahmezustand erweist sich in dieser Hinsicht als eine Schwelle der

Unbestimmtheit zwischen Demokratie und Absolutismus."[49] Nichtsdestotrotz ist es wichtig festzuhalten, dass der moderne Ausnahmezustand aus der demokratisch-revolutionären Tradition hervorgegangen ist und nicht aus der absolutistischen.[50]

Gleichzeitig verweist die Tatsache, dass die „Ausnahmesituation" nicht juristisch definiert werden kann, sondern immer politisch erklärt werden muss, darauf, dass er „auf der Grenze zwischen Politik und Recht angesiedelt ist. […] Wenn Ausnahmevorkehrungen tatsächlich die Folge politischer Krisenperioden sind und sie deshalb auf dem Gebiet der Politik und nicht auf juristischem oder verfassungsmäßigem Boden als solche begriffen werden […], dann finden sie sich in die paradoxe Situation gestellt, daß sie rechtliche Vorkehrungen sind, die auf der Ebene des Rechts nicht begriffen werden können, und der Ausnahmezustand zeigt sich dann als legale Form dessen, was keine legale Form annehmen kann."[51] Der faschistische Staatsrechtler Carl Schmitt hat den vielleicht konsequentesten Versuch unternommen, den Ausnahmezustand zu theoretisieren und dessen Beziehung zum Recht zu beweisen. Seine Definition des Ausnahmezustands als souveräne Diktatur, in der „die alte Verfassung nicht mehr besteht und die neue Verfassung in der ‚Minimal'-Form der konstituierenden Gewalt gegenwärtig ist, stellt […] einen Rechtszustand dar, in dem das Gesetz angewandt wird, formell aber nicht in Kraft ist."[52] Der berühmte Ausspruch Schmitts „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet", verdeutlicht die Wichtigkeit der Entscheidung, die die Rechtsnorm vernichtet und zugleich Recht spricht, für seine Definition des Ausnahmezustands. Sie beschreibt ein Paradigma des Regierens, „das nicht nur bis heute aktuell geblieben ist, sondern vielmehr jetzt erst zu seiner vollen Entfaltung gelangt"[53]. Historisch gesehen entspringt der juristische Begriff des Ausnahmezustands dem aus dem französischen Recht kommenden „Belagerungszustand", erstmals verwendet 1791.[54] Diese historische und terminologische Tradition des Ausnahmezustands zeigt ihre Verbundenheit mit Situationen des Kriegs und des Aufstands auf. „Die Geschichte des Belagerungszustands ist die Geschichte seiner fortschreitenden Emanzipation von der Kriegssituation, an die er ursprünglich gebunden war, und seiner zunehmenden Inanspruchnahme als außergewöhnliche Polizeimaßnahme bei inneren Unruhen und Aufständen, wodurch aus ei-

nem tatsächlichen (d.h. militärischen) ein fiktiver (d.h. politischer) Belagerungszustand wurde."[55] Nicht nur im Sinne einer Legitimation des Ausnahmezustands durch Krieg und Aufstand, wie ursprünglich gedacht und praktiziert, sondern ebenso in einer Verselbstständigung dieser Logik: Wird der Ausnahmezustand als Reaktion auf eine politisch definierte Bedrohung ausgerufen, so gehen mit der Herstellung einer politisch gewollten Normalität vor allem zwei Zwecke einher: Machtsicherung und Systemstabilisierung. Mit Blick auf die kapitalistische Profitabilitätskrise, die das neue Akkumulationsregime zu lösen versucht, lässt sich ein dritter Zweck ausmachen: die Eroberung von Neuem in Form von Landnahme. Mittel zur Umsetzung dieser Zwecke sind die mit dem Ausnahmezustand immer einhergehende Aufstandsbekämpfung nach innen und die Förderung bzw. Erleichterung der Kriegsführung nach außen. Beides, sowohl die Aufstandsbekämpfung als auch der Krieg, gehen mit einer notwendigen Militarisierung der Gesellschaft einher. Politisch ist der Ausnahmezustand also durch eine Autoritarisierung der Politik gekennzeichnet, die sich in der Regierung weg von der Legislative hin zur Exekutive (Regieren per Verwaltungsordnung oder Dekret statt per Gesetz) und durch Technokratie ausdrückt. Ideologisch wird diese Politik von einer Verschärfung des Sicherheits- und Bedrohungsparadigmas begleitet, wie es der Katastrophismus verdeutlicht. Der Technokratie entsprechend werden auf der ideologischen Ebene Sachzwangargumente oder Argumente der Alternativlosigkeit gebraucht (dazu mehr im Kapitel zum Katastrophenverwaltungsstaat).

Normativ gesehen ist der Ausnahmezustand jener Zustand, den man nicht haben will. Er ist die Ausnahme von der Regel, also die Ausnahme von der Normalität, die erwünscht wird. Mit Walter Benjamin lässt sich jedoch feststellen: „Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ‚Ausnahmezustand', in dem wir leben, die Regel ist."[56] Diese Feststellung unterscheidet nicht zwischen rechtlichem Ausnahme- und Normalzustand. Diese Gleichsetzung lässt sich zum einen aus der historischen Situation erklären, in der Benjamin diese These 1941 schrieb: dem seit 1933 andauernden Ausnahmezustand des Nationalsozialismus. Gleichzeitig verweist sie auf eine länger andauernde rechtliche Situation des Ausnahmezustands: Ist dieser gleichzeitig mit der verfassten bürgerlichen Demokratie ab der Französischen Revolution 1789 entstanden, so

findet seine Anwendung spätestens ab Beginn des Ersten Weltkriegs in der Mehrheit der kriegführenden Länder permanent Anwendung.[57] „In diese Zeit fällt es jedenfalls, daß die Ausnahmegesetzgebung per Regierungserlaß (die uns heute bestens vertraut ist) in den europäischen Demokratien zur geläufigen Praxis wird."[58]

Nach Ende des Ersten Weltkrieges setzt sich diese Praxis fort, mit der Änderung, „daß an die Stelle des militärischen Ausnahmefalls der ökonomische Ausnahmefall trat, wobei Krieg und Ökonomie stillschweigend gleichgesetzt wurden."[59] Die Weimarer Republik kann davon ein Lied singen.[60] Die Gleichsetzung von militärischer Krise und ökonomischer Krise führt gleichzeitig auch zur Entwicklung einer Kriegsökonomie. Damit wohnt der ökologischen Krise als neuester Form des Ausnahmefalls auch eine militärische und kriegsökonomische Logik inne. Benjamin kennt den rechtlichen Ausnahmezustand als Normalzustand und hebt ihn auf eine normative Ebene: Er erklärt nicht nur den Ausnahmezustand für falsch, sondern ebenso den Normalzustand, dem er entspringt und verdeutlicht deren gegenseitige Bedingtheit.[61] Insofern fügt sich der Ausnahmezustand als gesetzliche und ideologische Permanenz in den Normalzustand ein, auch wenn es bisher eines konkreten Ereignisses bedurfte, um ihn auszurufen. Gab es während der zwei Weltkriege mit der Übertragung auf die Ökonomie bereits eine vermehrte Nutzung des Ausnahmezustandes, scheint er uns nach einer Phase der Stabilisierung im Wohlfahrtsstaat, in der von ihm weniger Gebrauch gemacht wurde, spätestens seit 9/11 immer häufiger ausgerufen zu werden. Es ist vorstellbar, dass der Katastrophismus das Ereignis überflüssig macht und ihn als ausgerufenen Zustand normalisiert. Die Erfindung der Biopolitik im 18. Jahrhundert (Foucault) führt nicht nur zu einer Disziplinierung der Individuen, sondern auch zu einem biologischen Verständnis des Lebensraumes, den es dem Leben und der Produktivität entsprechend zu optimieren gilt. Sind wir Menschen verwundbare Wesen, so ist es unser Lebensraum auch. In einer Gesellschaft, die sich auf „lebenswichtige Systeme" stützt, ist die Drohung des Zusammenbruchs allgegenwärtig: „Die Biopolitik führt logischerweise zum permanenten Ausnahmezustand."[62]

Die Permanenz des Ausnahmezustandes

Das Regieren per Verordnung, welche eine Grundrechtseinschränkung mit sich bringt, normalisiert sich. In anderen Ländern wie z.B. Frankreich ist das schon seit 2015 der Fall, in den USA kennen wir das seit 9/11. Beide Länder sind eindeutige Beispiele für eine Regierungspraxis, die lieber Sondergesetze erlässt, anstatt den rechtlichen Ausnahmezustand zu erklären, sowie Beisiele für die enge Verquickung von Ausnahmezustand, Aufstandsbekämpfung und Krieg.[63] Auch ohne rechtlich ausgerufenen Ausnahmezustand befinden sich die beiden Länder seit Jahren im Krieg.

Die französische Verfassung trägt die Merkmale ihrer Entstehung in Zeiten einer Notlage. Sie verfügt über eine breites Repertoire ausnahmestaatlicher Maßnahmen. Diese reichen über die in die Verfassung eingeschriebenen besonderen Kompetenzen des Präsidenten (Artikel 16) und den Belagerungszustand (Artikel 36), bis hin zum Notstand auf der Grundlage des Gesetzes von 1955. Das Notstandsgesetz loi n°55-385 vom 03.04.1955 war für die ausschließliche Anwendung im kolonialen Befreiungskrieg in Algerien bestimmt und anfänglich auf eine Dauer von sechs Monaten begrenzt. Als Begründung für den Gesetzesentwurf wurden damals die unzureichenden Rechtsmittel in Zeiten des Aufstandes genannt. Erlassen wurde das Gesetz für die spezielle Periode des Befreiungskrieges und den Guerillakampf der FLN. Die französische Regierung wollte in der damaligen Situation vermeiden, den Belagerungszustand auszurufen und somit den Konflikt als Kriegszustand zwischen Frankreich und Algerien zu kennzeichnen. Das Notstandsgesetz ist damit durch seine Wurzeln in der Aufstandsbekämpfung geprägt. Durch seine mehrmalige Anwendung in verschiedenen Situationen ist es zu einem dauerhaften Instrumentarium geworden. Ausgerufen wurde der Notstand in Frankreich sieben Mal seit 1955.

Einzig das Ausrufen des Notstandes während der Unruhen in den *banlieues* im Jahr 2005 stand in keinem direkten Bezug zu kolonialen Freiheitskämpfen, obwohl auch hier (post-)koloniale Grenzlinien den Konflikt charakterisierten. In seiner ursprünglichen Form von 1955 sah das Gesetz vor, dass der Notstand nur durch ein Gesetz des Parlamentes ausgerufen werden kann. Diese Regelung wurde durch de Gaulle bereits zwei Jahre nach dem Erlass des Gesetzes geändert, sodass mittlerweile der Präsident, nach Rücksprache mit dem Ministerrat, den Notstand per

Dekret ausruft und das Parlament erst bei der Verlängerung des Notstandes über 12 Tage hinaus ein Mitspracherecht hat. In Frankreich wurde in Reaktion auf den Anschlag auf das *Bataclan* vom 13. November 2015 auf das Notstandsgesetz von 1955 zurückgegriffen und dessen Einsetzung zur Terrorismusbekämpfung bis November 2017 regelmäßig verlängert. Dieses Notstandsgesetz hat keinen Verfassungsrang, genauso wenig wie das ab Anfang November 2017 darauf in Kraft getretene Anti-Terrorgesetz. Beide beinhalten jedoch weitgehende Grundrechtseinschränkungen und eine Ersetzung der Legislative durch die Exekutive, sowie eine Ausweitung des Sicherheitsparadigmas. Mit Beginn der Coronapandemie wurde ein *état d'urgence sanitaire* (sanitärer Notstand) ausgerufen und ein neues Gesetz geschrieben (*Loi d'urgence pour faire face à l'épidémie de covid-19*), das mit Berufung auf Artikel 38 der Verfassung das Regieren per Verordnung erlaubte.[64] Macron erklärte dem Virus sprichwörtlich den Krieg.[65] Dies passt wiederum zu den Entwicklungen des 20. Jahrhunderts in den USA: „Ab dem Zeitpunkt, wo sich die souveräne Gewalt des Präsidenten wesentlich auf den Notstand im Kriegszustand berufen konnte, ergänzten Kriegsmetaphern im Lauf des 20. Jahrhunderts immer dann den politischen Wortschatz, wenn der Präsident Entscheidungen durchsetzen mußte, die als lebenswichtig eingeschätzt wurden."[66]

Auch der Mord an Nahel durch einen französischen Polizisten in Nanterre am 27. Juni 2023, der zu den stärksten Riots führte, die Frankreich seit Jahren gesehen hat, ist auf eine Gesetzesreform und den sie begleitenden Diskurs des Ausnahmezustandes aufgrund terroristischer Gefahr zurückzuführen. Das Gesetz vom 2. März 2017 erleichtert und legitimiert den Schusswaffeneinsatz durch Polizisten[67]. Entstanden vor dem Hintergrund des Ausnahmezustands im Kampf gegen den „islamistischen Terrorismus" kommt es faktisch im Alltag gegen die Bewohner*innen der *banlieues* zum Einsatz.

In den USA lernten wir mit dem *USA Patriot Act* vom 26. Oktober 2001 eine Ermächtigung des *Attorney General* kennen, die zeitlich begrenzte Präventivhaft ohne richterlichen Beschluss ermöglicht. Bush setzte mit seiner *military order* vom 13. November 2001 noch einen drauf: Er löschte den rechtlichen Status der *detainees* radikal aus und brachte Wesen hervor, die juristisch weder eingeordnet noch benannt werden können. Sie sind „[w]eder Gefangene noch Angeklagte, [sondern] einfache Verhafte-

te (*detainees*), die einer rein faktischen Herrschaft unterworfen sind, einer Haft, die nicht nur zeitlich, sondern ihrem Wesen nach unbestimmt ist, denn sie entzieht sich jedem Gesetz und jeder Form rechtlicher Kontrolle. […] Wie Judith Butler überzeugend dargelegt hat, erreichte mit dem *detainee* von Guantanamo das nackte Leben seine höchste Unbestimmtheit."[68] Hiermit erlebten wir nicht nur eine Normalisierung der Regierung per Verordnung, sondern ebenso die physische Eliminierung ganzer Kategorien von Bürgern mittels des Ausnahmezustands. „So gesehen kann der moderne Totalitarismus definiert werden als die Einsetzung eines legalen Bürgerkriegs"[69], mit Verweis auf Hannah Arendts Rede vom „weltweiten Bürgerkrieg".

Ausnahmezustand und Krieg in Deutschland

Gerade weil wir es in Deutschland nicht (mehr) gewohnt sind, im Krieg zu sein, sticht umso mehr ins Auge, dass sich mit der Coronapandemie und dem Ukrainekrieg dieser Zustand grundlegend geändert hat. Wurden die Kriegseinsätze in Jugoslawien und Afghanistan noch als rein „humanitäre" Einsätze verkauft und haben sie sich auch so in das kollektive Gedächtnis eingenistet, scheint der Bevölkerung heute eine Kriegsbeteiligung Deutschlands sehr bewusst zu sein, obwohl weder dem Virus noch Russland jemals offiziell der Krieg erklärt wurde. Einher geht damit auch eine Erneuerung des ideologischen Kriegszustandes, der uns in dieser Form aus Zeiten der „Blockkonfrontation" bekannt ist.

Die Coronapandemie stellt insofern ein rechtliches Novum dar, als dass in ihr und auf ihrem Hintergrund in Deutschland das erste Mal seit 1945 in dem beobachteten Maße Rechte ausgesetzt wurden. Die Ausgangssperre steht paradigmatisch dafür.[70] Gleichzeitig steht die Aussetzung des Rechts zur Bekämpfung einer Ausnahmesituation in einer politischen Entwicklung, die sich global schon mit 9/11 und den folgenden Terrorismusbekämpfungsgesetzgebungen sowie der Ausweitung der Sicherheitsparadigmen in den sogenannten westlichen Staaten der Welt manifestiert. In der BRD lässt sich die Entwicklung der Normalisierung eines Ausnahmezustandes, ohne diesen auszurufen, bis in ihre Gründungszeit zurückverfolgen.[71] Der sogenannte Deutsche Herbst von 1977 mit dem Kleinen und Großen Krisenstab, mit Schleierfahndung und Kontaktsperre steht paradigmatisch dafür. Streng genommen kennt das

Grundgesetz auch keinen Ausnahmezustand. Trotzdem verabschiedete die Große Koalition am 24. Juni 1968 ein „Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes", das den Ausnahmezustand einführte, definiert als „innerer Notstand". Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) wurde erst im Jahre 2000 beschlossen und trat 2001 in Kraft, passend zur weltweiten Entwicklung, in der die sanitäre Krise zunehmend als Bedrohung konzipiert wird und der Ausnahmezustand seine unmittelbar biopolitische Bedeutung entfaltet.[72] Auch die große Rolle, die die Stimmen von einzelnen Wissenschaftler*innen wie Virolog*innen oder von Stiftungen gespielt haben sowie die Einberufung des Corona-Expertenrats stehen in der Tradition des Herrschens durch Expertise (Diskurs der Universität nach Lacan). In diesem Sinne ist die Regierungspraxis in der Pandemie die Zuspitzung und Intensivierung der vorhergehenden Praktiken. Die Doktrin der *Preparedness*, 9/11, genauso wie die Coronapandemie und die Klimakrise, zeigen den globalen Charakter dieser Entwicklungen auf, ohne negieren zu wollen, dass diese Praktiken immer eine spezifische lokale Färbung erhalten.

Das Grundgesetz als solches wurde mit Beginn der Coronapandemie in Deutschland nicht ausgesetzt. In diesem Sinne kann die Nutzung des Begriffs des Ausnahmezustandes nach der politischen Theorie des faschistischen Staatsrechtlers Carl Schmitt in Bezug auf die Coronamaßnahmen in der BRD nur eine Analogie sein. Aber tatsächlich ist es so, dass die Einsetzung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) einer weitgehenden Aussetzung des Rechts gleichkommt. Denn es erlaubt eben das Regierungshandeln auf Basis von Verordnungen, Erlassen und Allgemeinverfügungen: Ausgangssperren, Versammlungsverbote etc. wurden nicht auf der Basis parlamentarischer Legitimation, sondern von Krisenstäben und Arbeitsgruppen verkündet und wurden häufig mit Verweis auf die andauernde „Ausnahmesituation" verlängert, ja ihre Fortdauer auch damit begründet, dass sonst die die Ausnahmesituation ausmachenden Bedrohungen (Infektionsraten, steigende R-Zahlen, Überlastung des Gesundheitssystems etc.) fortdauern könnten. Frei nach dem katastrophistischen Motto: „Morgen ist es zu spät." Das IfSG bedarf der Feststellung einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite" durch den Deutschen Bundestag (§ 5 IfSG n.F.). Diese „epidemische Lage von nationaler Tragweite" ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der erst während

der COVID-19-Pandemie in Deutschland mit Wirkung zum 28. März 2020 in das deutsche IfSG eingeführt wurde.[73] Seit Einsetzung des IfSG im März 2020 wurde es vielfach geändert und regelmäßig erneuert bzw. dessen Einsetzung verlängert und um Eingriffsmöglichkeiten der Länderregierungen erweitert.[74] Mit der am 24. November 2021 in Kraft getretenen Änderung des Infektionsschutzgesetzes wurde die Möglichkeit des Erlasses von Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie auch unabhängig von einer durch den Deutschen Bundestag festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite festgeschrieben. Die entsprechende epidemische Lage galt ab dem 25. November 2021 als aufgehoben, weil sie nicht verlängert wurde.[75]

Zwar regelt das IfSG einige Maßnahmen sehr genau, wie z.B. die Voraussetzung für eine Quarantäneordnung und deren Durchführung. Diese knüpfen aber an eine konkrete Infektion oder einen konkreten Infektionsverdacht an. In den regelmäßig beschlossenen Maßnahmenpaketen waren aber auch solche enthalten, die den Infektionsschutz vom konkreten Infektionsverdacht bzw. der konkreten Infektion entkoppelt und auf alle Bürger angewendet haben (Ausgangssperre, Maskenpflicht etc.) Damit hatte die Exekutive durch eine Generalklausel (§28 IfSG) Entscheidungen in Sachen Freiheitsbeschränkungen getroffen, die eigentlich vom Parlament selbst beschlossen werden müssen (Parlamentsvorbehalt). Man könnte sagen, die beschlossenen Maßnahmen betreffen den lebendigen Bürger an sich, im Namen des Erhalts seines Lebens in einer staatlich verordneten Form. Beherrschung der Bevölkerung durch die Regierung im Namen des Schutzes der Bevölkerung: „Der Hauptschaden von Epidemien besteht im Verlust der Kontrolle über das Verhalten der Bürger und in der von ihr angeblich ausgelösten sozialen Anomie."[76]

Eine zentrale Rolle zur Legitimierung der Maßnahmen spielte der Diskurs der Expertise. Zahlreiche Virolog*innen, Stiftungen und nicht zuletzt das Robert-Koch-Institut (RKI) äußerten sich lautstark zu den Gefahren des Virus sowie den notwendigerweise zu ergreifenden Maßnahmen. Andersherum wurde gerade diesen durch einen Großteil der Bevölkerung besonderer Glaube geschenkt. Schon im März legte die Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften) eine Ad-hoc-Stellungnahme zu den Herausforderungen und Interventionsmöglichkeiten der Coronapandemie in Deutschland vor, in der sie „aus wissenschaftlicher

Sicht“ einen dreiwöchigen Lockdown empfahl. Im Jahr 2020 veröffentlichte sie sechs weitere solcher Stellungnahmen[77] und damit war sie bei weitem nicht die einzige. In NRW berief der Ministerpräsident Armin Laschet am 1. April 2020 einen Expertenrat ein, das Gleiche wurde am 10. Dezember durch den frisch gewählten Bundeskanzler Olaf Scholz wiederholt. Der Virologe Christian Drosten avancierte zum Popstar und die „Drosten Ultras“ verkauften Tassen mit seinen Zitaten. Der SPD-Politiker Karl Lauterbach wurde zum Orakel für einen „guten oder schlechten Sommer“. So gesehen brauchte es auch keine komplette Übereinstimmung von rechtlicher Grundlage und verordneten Maßnahmen, da die Expertise der Wissenschaft das Recht sprach. Technokratie als die Form des Regierens im Diskurs der Universität bzw. postpolitischen/postideologischen Zeiten ist demnach Teil des politischen Ausnahmezustandes.

Das letzte beschlossene Maßnahmenpaket aufgrund des IfSG war bis 7. April 2023 gültig, auch wenn es sich schon einige Monate vorher nicht mehr sonderlich bemerkbar machte. Manche der Verordnungen wurden jedoch bis zum Auslaufen angewendet, wie z.B. die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr. Dabei geht es uns hier nicht um eine Diskussion, ob diese Maskenpflicht gut oder schlecht, nützlich oder unnütz sei, sondern um den rechtlichen Charakter dieser Maßnahme. Das Regieren per Verordnung ist seit Beginn der Coronapandemie zur Regel geworden, die entsprechende Gesetzeslage wird vom Bundestag regelmäßig erneuert bzw. verlängert und somit eine rechtliche Legitimation dafür geschaffen, dass die Exekutive die Legislative ersetzt. (Wohlgemerkt mit freudvoller Zustimmung der Legislative.[78]) Wir haben es hier also mit einer Form des Regierens per Verordnung zu tun, die während der Coronapandemie in für Deutschland neuer Form Gestalt angenommen hat. Die Annahme der verordneten Maßnahmen schien unausweichlich, wurden sie doch in der Sachzwanglogik präsentiert. Gleichzeitig erhielten sie durch die Technokraten unserer Zeit die entsprechende Legitimierung durch Wissenschaft. Eine Alternative zur staatlichen Maßnahmenpolitik oder allgemeiner dem status quo war undenkbar, wovon die in Deutschland aus Großbritannien übernommene *zerocovid*-Initiative zeugte, die bis in die radikale Linke hinein Zustimmung erhielt und doch nichts anderes war als die Forderung nach der autoritären Verlängerung dessen, was der deutsche Staat ohnehin schon vorschrieb. Agamben schrieb schon 2003,

dass „entsprechend der gegenwärtigen Tendenz in allen westlichen Demokratien [...] die Erklärung des Ausnahmezustands zunehmend ersetzt [wird] durch eine beispiellose Ausweitung des Sicherheitsparadigmas als normaler Technik des Regierens."[79] Es brauchte also nicht die Einsetzung der Notstandsgesetzgebung von 1968 um auch in Deutschland in den Kriegszustand einzutreten. Der deutschen Zurückhaltung entsprechend brauchte es auch keinen Präsidenten, der dem Virus den Krieg erklärte, um zu wissen, dass der Kriegszustand ausgerufen war. Stand während der Coronapandemie der Ausnahmezustand aus innenpolitischen Gründen im Vordergrund, so wurde dieser durch den Ukrainekrieg als außenpolitischer Grund für den Ausnahmezustand nahtlos abgelöst. (Es hilft, sich in Erinnerung zu rufen, dass der Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 war, als Corona „noch nicht vorbei war".) Auch wenn sich weder Deutschland noch die Nato juristisch gesehen im Kriegszustand befindet, so ist doch klar, dass dies politisch und ideologisch gesehen der Fall ist: Sondervermögen der Bundeswehr über 100 Mrd. Euro, regelmäßige Waffenlieferungen an die Ukraine, Umorientierung, was die wirtschaftlichen Abhängigkeiten vor allem im Bereich der Energieproduktion angeht, Aufruf an die Bevölkerung nicht zu heizen, um die energetische Unabhängigkeit von Russland zu garantieren bzw. Russland „in die Knie zu zwingen", Sonderregelungen zur Aufnahme ukrainischer Geflüchteter, Reaktivierung von Bunkern und bundesweite Testwarnungen per SMS etc.

Politisch wird die als außenpolitische Unsicherheit wahrgenommene Abhängigkeit von ehemaligen Bündnis- und Handelspartnern wie Russland durch „strategische Autonomie" aufzuheben versucht. (Nach der Unabhängigkeit von Russland steht jene von China auf der Agenda.) Hier heißt es, die Lösung liege in einer stärkeren Unabhängigkeit, die man durch eine energiepolitische Wende hin zu erneuerbaren Energien, vorzugsweise *Made in Europe*, erreichen will. Bereits 2019 erklärte der damalige Außenminister Heiko Maas: „Durch den Einsatz erneuerbarer Energien können Staaten […] ihre eigene Energiesicherheit […] erhöhen. Damit verliert das geopolitische Instrument Energie […] seine Macht." Klimapolitik sei auch „Sicherheits- und Außenpolitik". Fast wortgleich äußerte sich im Frühjahr 2022 Luisa Neubauer (FFF)[80] und ähnlich hieß es schon 2006 im vom Verteidigungsministerium erarbeiteten

Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands: "Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen. […] Für Energieversorgungssicherheit sind dabei differenzierte Energiebezugsquellen, der Ausbau der heimischen erneuerbaren Energien und ein ausgewogener Energiemix sowie die Reduzierung des Energiebedarfs […] von herausragender Bedeutung." Aufrüstung, Kriege und erneuerbare Energieträger bedingen sich damit gegenseitig. Die Frage der nationalen Energiesouveränität scheint uns damit einen Schritt näher zur Normalität des Krieges als Mittel der Politik zu führen.[81] Denkbar ist, dass es im Rahmen der Erschließung neuer Rohstoffe für erneuerbare Energien, aber ebenso im Rahmen der imperialen Neuordnung aus machtpolitischen Gründen vermehrt zu Kriegen im neuen Akkumulationsregime kommt. Auch scheint der ökologische Diskurs die Kriegslogik des Kriegsdiskurses nachgeahmt zu haben. Nun wirkt diese aus dem ökologischen Diskurs auf jene des Krieges zurück. Ökologie und Krieg sind dann untrennbar miteinander verbunden.

Deutschland bietet für die Gewöhnung der Bevölkerung an den innen- und außenpolitischen Kriegszustand deshalb ein gutes Beispiel, weil erstens die Neuheit dieser Entwicklung deutlich zu Tage tritt und zweitens die deutsche Bevölkerung bzw. Subjektivität eine starke Affinität zu ökologischem Bewusstsein (keine Nation liebt ihren Wald und das Spazierengehen mehr als die Deutschen) und den Selbsttechniken der Regierung aufzuweisen scheint, die die Befürwortung der Regierten gegenüber Ausnahmezustand und Krieg ausmachen. Im Zusammenspiel von ökologischem Katastrophismus und verinnerlichten Selbsttechniken wird die Forderung nach autoritären Maßnahmen dann sogar aus der Zivilgesellschaft selbst heraus laut. Man denke nur an die Forderung nach Kontaktbeschränkungen, *#stayathome*, Testen und Impfen, bei deren Nichtbefolgung fleißig denunziert wurde (noch so eine deutsche Unart), an die Forderung nach Waffenlieferungen in die Ukraine oder sogar einem „offiziellen" deutschen Kriegseintritt und jene nach dem „Klimanotstand". Insofern ist die Enthemmung auch auf der Ebene der Regierten und nicht nur der Regierenden zu beobachten.

Der kommende Ausnahmezustand

Die Kontinuität des Ausnahmezustands durch die Coronapandemie und des Kriegszustandes durch den Ukrainekrieg lässt sich als eine Tendenz hin zum permanenten Ausnahmezustand im Ökologischen Akkumulationsregime interpretieren. Auch wenn dessen Durchsetzung und Aufdauerstellung noch nicht ausgemacht ist, entspricht sie der ökonomischen Notwendigkeit neuer Landnahmen, d.h. der Erschließung neuer Ressourcen, um die kapitalistische Profitabilität zu erhalten. Ideologisch wird dies innen- und außenpolitisch mit der durch Corona oder den „russischen Angriffskrieg" bedrohten Sicherheit legitimiert. Dabei sind sowohl die Coronapandemie als auch der Ukrainekrieg Spielarten der ökologischen Katastrophe, die einmal durch eine sanitäre Krise und einmal durch eine energetische Krise repräsentiert wird. Auch der Umgang mit den beiden Krisen ähnelt sich, die ergriffenen Maßnahmen gleichen sich in ihrem Autoritarismus und in der Sachzwanglogik, in der sie präsentiert werden: Die Krise ist unausweichlich und deshalb Krieg und Ausnahmezustand unbedingt notwendig. Die technisch-rationale Vernunft/instrumentelle Vernunft, die diesem Denken zu Grunde liegt und sich in technokratischer Regierungspraxis äußert (eine Corona-Warn-App zur Kontaktverfolgung hier, ein paar Panzer in die Ukraine dort, Expertenkomissionen und Talkshows) verstärkt das Paradigma, dass es keine Alternative zum Status quo gibt und legitimiert kommende Autoritarisierung.

Entfaltet sich schon in der sanitären Krise die unmittelbar biopolitische Bedeutung des Ausnahmezustandes, so gehen wir davon aus, dass sich dieser Ausnahmezustand bei einer andauernden Hegemonie des ökologischen Krisendiskurses auf Dauer stellen wird. Nicht nur würde sich das ökologische Sicherheitsregime durch eine Totalität des Ausnahmezustandes auszeichnen, worauf die auf der ganzen Welt gleichzeitig und ähnlich erfolgenden Maßnahmen bei Corona verweisen, sondern ebenso durch eine Permanenz desselben. Gleichzeitig ist im ökologischen Paradigma kein Ende des Ausnahmezustandes vorgesehen, liegt diesem doch die Vorstellung eines unmöglich zu erreichenden Zustandes von Stabilität bzw. Sicherheit zugrunde. Wir wären also mit einer zeitlichen wie örtlichen Intensivierung und Ausbreitung des Ausnah-

mezustandes konfrontiert. Dabei werden mittels des Katastrophismus immer wieder ausgedachte oder reale Katastrophen, also Ereignisse, inszeniert, um das bei den Menschen in den Hintergrund rückende Bewusstsein über den Ausnahmezustand und seine Legitimation zu erneuern, ihn darin zu erweitern und auf seine weitere Permanenz hin auszurichten. Dies begreifen wir als ein Element der Landnahme des Ökologischen Akkumulationsregimes. Die Landnahme ermöglicht eine Stabilisierung der ökonomischen Profitabilitätskrisen, die der Kapitalismus in seiner jetzigen Phase erleidet, sowohl durch Erschließung neuer Ressourcen und Wertschöpfungsketten, als auch durch Kommodifizierung vormals nicht verwertbarer Güter, Territorien und Seelen/Körper. Der Ausnahmezustand ist erstens Mittel zum Zweck der Landnahme (ökonomisch gesehen) und zweitens Landnahme selbst (ideologisch, politisch und sozial gesehen). Mittel zum Zweck insofern, als dass er die Vermessung, Zerstörung und Inwertsetzung neu eroberter Territorien, wie solcher mit Lithiumvorkommen, Flächen für Windparks oder der Seele, ermöglicht. Landnahme selbst, insofern die autoritären Politikmittel durch Überwachung Teil der Vermessung im alltäglichen Bereich unserer zwischenmenschlichen Kontakte, Begegnungen und Orte sind, durch Ausgangs- und Kontaktsperren sowie Krieg. Des Weiteren ist die Landnahme Teil der Zerstörung des Sozialen und des Landes, im Sinne der von Menschen bewohnbaren Orte, durch die staatliche Produktion von Unsicherheit, Teil einer Mangelproduktion von Sicherheit sowie durch die Auslagerung eines Teils der Sicherheitsproduktion ins Individuum (Selbsttechniken) und Teil der Inwertsetzung der menschlichen Fähigkeit zu Beziehungen und Affekten, repräsentiert durch die Seele. Der ökologische Ausnahmezustand führt zu einer ideologischen Verengung und seelischen Zurichtung, die Teil der Operation der Landnahme sind.

Der Katastrophenverwaltungsstaat

Vom Risikoverwaltungsstaat zum Katastrophenverwaltungsstaat

Der Ausnahmezustand als „Paradigma des Regierens" ist bemerkbar in der verstärkten Mobilisierung von Moral zur Anrufung der bürgerlichen Subjekte und in der Kriegspropaganda und der Etablierung eines neuen Sicherheitsdiskurses und neuer Sicherheitstechniken. Er bedingt also ein neues Sicherheitsparadigma, das wiederum Landnahme im territorialen wie sozialen Sinne bedeutet. Diese Landnahme und die Versicherheitlichung bzw. Militarisierung sowie die Selbsttechniken werden staatlich organisiert. Wer diesen Staat als Souverän, der im schmittschen Sinne über den Ausnahmezustand entscheidet, repräsentieren wird, ist offen. Sicher ist, dass die Industriegesellschaft nicht nur die materiellen Grundlagen ihres Daseins untergraben hat, sondern auch die ideellen, die sich ganz zentral in den vom Wohlfahrtsstaat zugesprochenen sozialen Sicherheiten äußerten und dem Versprechen von Wohlstand, Überfluss und Fortschritt. Der Neoliberalismus hat in seinem Versuch, die Profitabilitätskrise der 1970er zu lösen, nicht nur auf Lohnkostensenkungen, sondern auch auf radikale Streichung staatlicher Ausgaben gesetzt. Damit wurde der Wohlfahrtsstaat mit zunehmender Neoliberalisierung in den 1990er Jahren aufgelöst und durch das, was wir „Risikoverwaltungsstaat" nennen, ersetzt. Ulrich Beck hat das in seinem 1986 erschienenen Buch „Die Risikogesellschaft" konzeptionalisiert: Ab den 1990er Jahren verschob sich die Praxis von der klassischen Sicherheit bzw. Bedrohungsabwehr hin zur Prävention. Statt präventiver Repression erfolgt nun repressive Prävention. Der einzige Weg zur Sicherheit scheint darin zu bestehen, Kontingenz nicht auszuschalten, sondern zu integrieren, sich auf sie einzustellen. International gesehen entwickeln sich mit der *All-Hazards Preparedness* des US-amerikanischen Militärs schon ab den 1970er Jahren die entsprechenden Doktrinen.

Der zentrale Begriff im Risikoverwaltungsparadigma ist die Resilienz. In seinem Vorhaben Kosten einzusparen und dank des ideologischen Wandels des Sicherheitsparadigmas wälzt der Risikoverwaltungsstaat zunehmend Kosten zur Sicherheitsherstellung auf das Individuum ab, insbesondere dann, wenn es um das geht, was wir umgangssprachlich *soziale Sicherheit*

nennen. Sie wird Aufgabe des individuellen Risikoverwalters. Nicht umsonst wird die aus der Entwicklungspsychologie kommende Resilienz als individuelle Fähigkeit auf Krisen zu reagieren zum Dreh- und Angelpunkt dieses Sicherheitsparadigmas. Auch die Verbreitung privater Sicherheitsfirmen, *failing states* und *security governance* relativieren die Monopolstellung des Staates auf Sicherheit. Nichtsdestotrotz bleiben Staaten noch immer die zentralen Akteure, wenn es um die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen und deren Durchsetzung im nationalen und internationalen Bereich geht, gerade im Bereich der Nationalen Sicherheit.

Die staatliche Produktion von Unsicherheit (ideologisch und materiell), bei gleichzeitiger Aufwertung der Nationalen Sicherheit, zeichnet schon den Risikoverwaltungsstaat aus, scheint uns jedoch im Katastrophenverwaltungsstaat eine neue Dimension anzunehmen. Auch wenn dessen Realisierung nicht ausgemacht ist, versuchen wir aufgrund heute beobachtbarer Tendenzen spekulativ zu umreißen, wie er aussehen könnte.

Bedrohung als Risiko und Prävention statt Bedrohungsabwehr – All-Hazards Preparedness und Kontaktschuld

Während die Bedrohung eine ernste Gefährdung darstellt, die sich zwar im Nachhinein als nur scheinbare herausstellen kann, aber im Vorhinein immer als tatsächliche aufgefasst wird, drückt das Risiko die Kombination aus Wahrscheinlichkeit und Gefahr aus, die etwa für eine betrachtete Person oder einen betrachteten Gegenstand auftreten kann. Risiko wird im Allgemeinen als Kombination aus Eintrittswahrscheinlichkeit eines unerwünschten Ereignisses und Schadensschwere bei einem etwaigen Eintritt des Ereignisses angesehen. Dem Risiko liegt also eine Gefährdungskalkulation zugrunde, die die Gefährdung als Wenn-dann-Konstruktion setzt und nicht als gegeben annimmt. Damit ist das Risiko an keine konkrete Gefährdungssituation gebunden, sondern prinzipiell auf alles und jeden anwendbar – oder auf nichts. In einer Welt, die als von der Katastrophe bedroht imaginiert wird, ist Ersteres der Fall. Im Zuge der Prävention bzw. der *All-Hazards Preparedness* als staatlicher Sicherheitsdoktrin wird damit nicht nur die Welt als Ganze und die darin lebenden Menschen mit all ihren Unwägbarkeiten zur Gefahr, sondern sowohl Welt als auch Menschen wird auch eine Absicht zur Zerstörung unterstellt. Die Gefahr gilt es abzuwehren und die Zerstörung zu ver-

hindern. Dieser Kampf jedoch kommt niemals zu einem Ende, „denn man kann zwar eine Gefahr abwenden, aber niemals ein *Risiko* abschaffen, dessen Charakter darin besteht, statistisch, virtuell und nicht greifbar zu sein."[82] Zentral in der staatlichen Sicherheitsdoktrin wird also die *All-Hazards Preparedness.* Diese meint – wie der Name schon sagt – die prinzipielle Bereitschaft auf jede mögliche Gefahr reagieren zu können. Seit Ende der 1990er Jahre existiert der Kampf gegen den Bioterrorismus, der Gesundheitsfragen der nationalen Sicherheit unterordnete und somit auch die Stabilität des „öffentlichen Gesundheitswesens" zu einer Frage der nationalen Sicherheit machte.[83] Die Coronapolitik folgte dieser seit 2002 offiziell als *Pandemic Preparedness* bekannten Linie der Sicherheitspolitik. Die zugrundeliegende Idee jeglicher *Preparedness* „besteht darin, alle Ereignisse […] unter demselben Blickwinkel zu betrachten: als Bedrohung für die materiellen, politischen und lebenswichtigen Strukturen des Landes, als Herausforderung für die Kontrolle des Systems. Die Führungskräfte müssen auf jede ‚Krise' mit geeigneten, koordinierten und standardisierten Verfahren zu antworten wissen. Die kollektive Praxis der Worst-Case-Szenarien entspricht der strategischen Option, eine winzige, aber verheerende Möglichkeit zum Feind zu erklären."[84] Die katastrophistische Weltsicht wird also nicht „nur" in Zeitungen oder auf Social Media produziert, sondern maßgeblich in den staatlichen Militärinstitutionen und Verteidigungsministerien weltweit vorangetrieben. Sie ermöglicht eine maßlose Ausweitung von politischer, technologischer und militärischer Überwachung und Kontrolle.

Gleichzeitig wird der Moment, an dem die staatliche Prävention einsetzt, zunehmend vorverlagert vom Moment einer beabsichtigten Handlung hin zum Moment des bloßen Kontakts: Eine Ansteckung, ob nun mit einem Virus oder einer falschen Haltung, wird zur Gefahr erklärt und die Vermeidung eben dieses Kontakts zum Ziel der Prävention. Damit wird das, was wir gemeinhin „das Soziale" nennen, zum Risiko erklärt, der soziale Kontakt wird zum Risikokontakt. Wer den Kontakt eingeht, trägt eine „Kontaktschuld". Während Corona haben wir einen Vorgeschmack auf einen Staat bekommen, in dem diese Politik dauerhaft und ohne Ausnahme angewendet wird. Vorläufer dieser Politik während Corona war 9/11 und die daraus resultierende Terrorismusbekämpfung, Einfüh-

rung des „Gefährders“ ins Strafrecht etc. Hinter dem, was wir das Soziale nennen, verbirgt sich ein grundlegend menschlicher Zustand und eine grundlegend menschliche Eigenschaft: die gegenseitige Verbundenheit (aufgrund unserer Angewiesenheit) und die Fähigkeit zu Affekten und Emotionen. Werden unsere gegenseitige Verbundenheit und unsere dazugehörigen Gefühle, also jede Form von affektiver Beziehung, zu der die Physis prinzipiell dazugehört, zum Risiko erklärt, so ist dies ein Angriff auf unsere menschliche Grundexistenz. Man könnte auch sagen, dies ist ein Angriff auf unsere Seele als das, was unsere Lebendigkeit ausmacht, unsere Teilhabe an der Welt. Dieser Angriff macht unseren Widerstand gegen das Regime, das in Ansätzen schon spürbar ist, umso notwendiger.

Instrument für die Herstellung dieser Form von Sicherheit, in der der affektive Kontakt zum Risiko erklärt wird, ist Moral: im Gegensatz zum neoliberalen „Anything goes“ herrscht ein „Not anything goes“, es gibt richtige und falsche Handlungen, richtige und falsche Verhaltensweisen. Dem liegt die zynische Position zugrunde: „Du kannst dich falsch verhalten, aber die falschen Zustände können wir nicht ändern.“

Staatliche Produktion von Unsicherheit und Selbsttechniken der Regierung (Foucault)

Die Zerstörung des Wohlfahrtstaates führt dazu, dass die materiellen Sicherheiten, für die er gesorgt hat, individuell hergestellt werden müssen. Darunter fallen Absicherung im Fall von Armut oder Krankheit, Altersvorsorge, Sparen für die Bildung der Kinder etc. Nun ist es nicht so, dass – zumindest in Deutschland – der Staat gar nicht mehr für all diese Dinge aufkommen würde. Aber er tut es eben nicht genug und das mit Absicht: Hartz IV bzw. das neue sogenannte Bürgergeld reicht nicht, um tatsächlich materielle Sicherheit herzustellen, die Grundrente ebensowenig, BaföG fürs Studium erst recht nicht. Das produziert eine dauerhafte materielle Unsicherheit, die das Individuum entweder durch (informelles) Dazuverdienen oder durch sogenannte individuelle *Copingmechanismen* kompensieren muss – oder beides. Es sind dieselben Mechanismen, die dem Individuum als Risikoverwalter abverlangt werden, wenn es um die Herstellung ideeller Sicherheit geht: die Doktrin vom allgegenwärtigen Risiko, welches sogar im Kontakt mit meinen Liebsten liegen kann, produziert *Verunsicherung*, deren Auflösung mir vom Staat überlassen

wird. Im Katastrophenszenario wird die Verunsicherung auf Dauer gestellt und die Aufgabe individuell Sicherheit herzustellen zu einer permanenten Praxis. Auch die Herstellung einer Perspektive auf eine wie auch immer geartete Zukunft wird darin zu meiner Aufgabe: Angesichts des drohenden Untergangs der Welt ist es *meine Aufgabe*, durch Wassersparen, Fleischverzicht und Flugverzicht eben dieses Ende der Welt zu verhindern und damit überhaupt noch eine Zukunft zu ermöglichen. In einer grundlegend kontingenten Welt wird Resilienz nicht nur als *Preparedness* auf staatlicher Ebene, sondern ebenso als individuelle Fähigkeit konstitutiv für Sicherheitsproduktion. Resilienz meint die Fähigkeit, in der Personen auf Veränderungen und Probleme ihres Umfelds reagieren, sich anpassen können also, ohne kaputtzugehen oder „eine Störung" zu entwickeln. Eigentlich hängt die Ausbildung dieser Fähigkeit massiv von der Umwelt ab, in der ein Kind aufwächst – so die Entwicklungspsychologie – aber dieser Aspekt wird zunehmend ausgeblendet: Wer nicht resilient genug ist, sprich: sich nicht genug anpassen kann, ist selbst schuld. So kehrt in liberalisierter Form die Schuld wieder: Wer nicht in der Lage ist, individuell Sicherheit herzustellen, macht sich an der Unsicherheitsproduktion schuldig. Angesichts der Katastrophe ein kriminelles Unterfangen. Mit der Notwendigkeit individueller Sicherheitsproduktion verschwindet zunehmend die Grenze zwischen Polizei und Bürgern (Denunziantentum bzw. Bürgerwehr). Den Individuen fällt schon im neoliberalen Risikoverwaltungsstaat und wie wir meinen im Katastrophenverwaltungsstaat in enthemmter Form eine Regierungspraxis zu. Mit Foucault können diese Praxen als Selbsttechniken beschrieben werden. Sie sind Teil der modernsten Machtform, die Foucault beschreibt. Ihr gehen in seiner Analyse die Souveränitätsmacht und die Disziplinarmacht voraus. Auch wenn Foucault den drei verschiedenen Machtformen oder Machttechnologien je eine historische Regierungsform zuordnet – absolutistischer Staat, Polizeistaat und Liberalismus – existieren sie dennoch alle gleichzeitig weiter. Tove Soiland beschreibt dies treffend als „Bild dreier konzentrischer Kreise (…), deren innerster quasi erst sichtbar werden konnte, nachdem Rechte weitgehend erstritten und eine sich als liberal verstehende Gesellschaft Disziplinierungszumutungen weitgehend abgestreift hatte, sei es auch nur, weil die von der Kreativität der Menschen lebende Kapitalverwertung mit normierten Individuen nicht länger et-

was anzufangen wusste."[85] Die im innersten der drei Kreise befindliche Machtform sind die Selbsttechniken. Diese meinen eine Einbindung der Individuen in die Macht anhand von Selbststeuerungsmechanismen. Sie sind angeregt durch ein ganzes System von Anreizen und Versprechen, also weder durch eine äußerliche Autorität, noch durch eine Rechtsnorm oder die Internalisierung einer äußeren Anforderung. Das Verhalten der Individuen soll dadurch gelenkt werden, dass die Umgebung, in der sie leben, so gesteuert wird, „dass deren latente Ungewissheit von sich aus das Verhalten der Individuen bestimmt".[86] Im besten Fall sollen sich die verschiedenen Elemente der Realität, Individuen und Umwelt, selbst regulieren, wobei der Macht nur bleibt, sie in ein richtiges Verhältnis zueinander zu setzen.[87] Hier klingt nicht nur die Analyse einer kybernetischen Machtform an, sondern auch jene einer Subjektivierung, die sowohl in den Risikoverwaltungsstaat als auch in den Katastrophenverwaltungsstaat passt: das Begehrenssubjekt. Konstitutiv für dieses ist seine Freiheit als wichtigste Ressource und Bedingung für Kreativität. In einer Welt, in der Kontingenz nicht ausgeschaltet, sondern (vom Staat) aktiv hergestellt wird, ist Kreativität unabdingbar. Trotzdem spricht auch Foucault in Bezug auf den neoliberalen Staat von „Kontrollgesellschaft" und von einem „Sicherheitsdispositiv".[88] Die Integration des sich gouvernementalisierenden Staates, so Foucault, resultiere gerade aus der stetigen Korrelation zwischen einer wachsenden Individualisierung und der Stärkung ebendieser Totalität. Disziplin und Verzicht sind zwei zentrale Elemente dieser Selbsttechniken. Sie kamen während der Coronapandemie zum Tragen, noch viel länger schon kennen wir sie aber aus dem Nachhaltigkeitsdiskurs. Indem der Staat mit Moral die Subjekte anruft – solidarisch zu sein, bedeute, niemanden zu treffen oder nicht zu heizen – setzt er genau jene positiven Anreize, die die Selbsttechniken im Begehrenssubjekt „aktivieren". Wer zur „guten Seite" gehören will, befolgt die Anweisungen, wer es nicht tut, gehört automatisch zur schlechten. Es wird freiwillig verzichtet sowie sich selbst diszipliniert und auch noch die anderen werden dazu aufgefordert. Insofern ist das ökologische Bewusstsein nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Es wirkt an der Produktion unserer Beherrschung der nahen Zukunft mit.

Aufwertung Nationaler Sicherheit in Deutschland

Schon mit dem Weißbuch von 2006 (Strategiepapier der Bundeswehr) wandelte sich der Auftrag der Bundeswehr von einer bloßen Wehrhaftigkeit im Verteidigungsfall hin zu einer Garantie für Sicherheit von Ressourcen und Handelswegen.[89] Die Bundeswehr wird Akteur zur Sicherung der Nationalen Ökonomie. Mit dem am 3. Juni 2022 beschlossenen Sondervermögen über 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr erreicht diese Politik ihren vorläufigen Höhepunkt.[90]

Aber nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch macht sich die Aufwertung der nationalen Sicherheit bemerkbar. Seit den frühen 1970er Jahren gab es in Deutschland keine Strafrechtsliberalisierung mehr, lediglich Verschärfungen (ausgenommen die Abschaffung des Paragraphen 175). Seit 2001 wurden u.a. diverse Anti-Terror-Gesetze verabschiedet, der biometrische Reisepass und ein nationales Cyber-Abwehrzentrum eingeführt. Alles Maßnahmen, um den Schutz des Staates zu verschärfen.[91] Auch an der Militarisierung der Polizei, der Anschaffung von Drohnen und der Kooperation von Polizei und Bundeswehr im Rahmen des Katastrophen- und Heimatschutzes macht sich diese Aufwertung bemerkbar. Die militärische Logik wirkt zunehmend in den zivilen Raum hinein.

Seit den Terroranschlägen von Paris und Brüssel 2015 befinden sich die deutschen Polizeibehörden in einer Aufrüstungsspirale. Während die Bundespolizei und einige Länderpolizeien neue Spezialeinheiten aufstellen, werden Streifenbeamte in paramilitärischen Schnellkursen geschult. Neues Material wie Maschinenpistolen und schwere Schutzausrüstung finden ihren Platz in den Streifenwagen. Bei dieser Aufrüstung wird sowohl auf Erfahrungen von Auslandseinsätzen der Polizei zurückgegriffen, als auch auf Wissen und Infrastruktur der Bundeswehr. Als Koordinierungsgremium dieser Entwicklung fungierte in den vergangenen Jahren die Innenministerkonferenz (IMK). Unter dem Begriff der „lebensbedrohlichen Einsatzlagen“ wird eine neue Polizeistrategie etabliert, die auch Streifenbeamte befähigen soll als Erstinterventionskräfte zu den Waffen zu greifen und Verdächtige zu stellen. Dazu lernen sie Aufstandsbekämpfung und trainieren den Umgang mit Anschlägen und Hinterhalten, das Anlegen von Schutzwesten und die Gewöhnung an schwere Fahrzeuge und die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr als

Alltagshandeln,. Bei Zusatzausbildungen lernen sie Grundlagen des militärischen Vorgehens im urbanen Raum.[92] Der G20-Gipfel im Jahr 2017 lieferte sowohl im Vor- als auch im Nachhinein eine Legitimation für die Aufrüstung der Polizei, so z.B.durch die massive Anschaffung von Drohnen (die zumeist im Vorhinein schon im militärischen Bereich verwendet wurden). Drohnen verdeutlichen die Umgehung der Einhaltung von Grundrechten im Ausnahmezustand als Paradigma des Regierens und das präventive Dogma des zunehmend etablierten Sicherheitsregimes: Da Drohnen oft zur taktischen Einsatzbegleitung und Übersicht bei Versammlungen und anderen Großeinsätzen genutzt werden, entsteht jetzt schon Bildmaterial, auf dem unzählige Menschen auf den hochauflösenden Kamerabildern zu erkennen sind, die weit über die Bildaufnahmen einer Handkamera hinausgehen. Eigentlich ist das anlasslose Filmen einer Versammlung nicht erlaubt, bei Drohnen ist es jedoch allein technisch nicht möglich, das zu verhindern. Damit geht die Funktion über eine Tatdokumentation weit hinaus.[93]

Die Bundeswehr ist parallel mit dem Umbau ihrer eigenen Strukturen für Inlandseinsätze beschäftigt. Laut dem Eckpunktepapier für die Zukunft der Bundeswehr vom Mai des Jahres 2021 ist ein eigenes Territorialkommando der Bundeswehr auf höchster Ebene geplant. Mit zwei Lagezentren in Bonn und Berlin sollen von dort aus künftig alle Bundeswehreinsätze in Deutschland, von der Katastrophenhilfe über Terrorabwehr und Manöverunterstützung bis zur Sicherung von Kasernen und Infrastruktur, im Kriegsfall geplant werden. In die aktuellen Umbaupläne ist die Reflexion der spontan aufgestellten Führungsstrukturen für den Corona-Einsatz der Bundeswehr im Verlauf 2020 bereits eingeflossen. Um die Kommunikation zwischen Bundeswehr und zivilen Katastrophenschutzkräften zu vereinfachen und zugleich zu digitalisieren, arbeitet die Bundeswehr aktuell an einem IT-Vernetzungsprojekt namens *Territorial Hub*. In der neuen Softwareumgebung sollen alle Akteure, von THW, Feuerwehren und Rettungsdiensten über Polizei, Bundeswehr und andere in Deutschland stationierte Streitkräfte bis zu NGOs vernetzt werden. Trotz unterschiedlicher Computersysteme in den einzelnen Organisationen sollen diese mit einer Art Cloud auch geheime Daten austauschen können und es soll eine gemeinsame Einsatzführungssoftware zur Verfügung stehen. Erst 2019 war die Bundeswehr für Aufgaben im Inland

in das Digitalfunknetz der zivilen Sicherheitsbehörden mit eingestiegen. Mit dem *Territorial Hub* schafft die Bundeswehr eine digitale Infrastruktur, die das Militär dauerhaft und fest in der zivilen Krisenbewältigung verankern soll. Das Ziel dieser Vernetzung ist es allerdings nicht, immer mehr Soldat*innen in Katastrophenschutzeinsätze zu schicken. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bundeswehr versucht bereits jetzt, mehr Einfluss auf den zivilen Katastrophenschutz zu gewinnen, damit diese Strukturen im Ernstfall, im Falle eines Krieges, gut aufgestellt und mit der Bundeswehr vernetzt sind. Aber auch für das, was gern als hybrider Krieg bezeichnet wird – die Kriegsführung mit vermeintlich zivilen Mitteln – und die Abwehr entsprechender Angriffe ist eine enge Vernetzung mit den zivilen Sicherheits- und Rettungskräften für die Streitkräfte von großem Vorteil.

Dazu gehört auch die Reorganisierung des Heimatschutzes seit April 2021. Bis 2025 sollen 5000 Reservist*innen ausgebildet werden, die dann sechs Jahre lang für insgesamt fünf Monate einsatzbereit sein müssen. Die Heimatschutztruppe soll per Notstandsgesetz gemeinsam mit der Polizei zur Terrorabwehr eingesetzt werden. Die Ausbildung umfasst Objektschutz, Sanitätsdienst, ABC-Abwehr, Brandschutz, aber auch den Umgang mit Pistole, Panzerfaust und Sturmgewehr (aus: Martin Kirsch/IMI, in: Die Rote Hilfe 4. 2021, S.32). Die Bundeswehr stellt mit diesem neuen Projekt das gesamte System des Föderalismus mit der politischen Hoheit der Länder im Katastrophenschutz sowie das Prinzip der Subsidiarität, das besagt, dass die Bundeswehr nur dann im Inland zum Einsatz kommt, wenn der zivile Katastrophenschutz an seine Grenzen kommt, völlig auf den Kopf. Die zusätzliche Verbindung bis Verschiebung polizeilicher Arbeit in den privaten Bereich hat gravierende Folgen, denn sie entspricht einer Privatisierung von Arbeitsbereichen der staatlichen Exekutive. Damit werden immer wieder gesetzliche Regulationen, die für die Polizei bestehen, umgangen und eine parlamentarische Kontrolle wird zunehmend schwieriger. Die Polizei kann dadurch beispielsweise bewusst bestimmte Aufgaben an Sicherheits- und Überwachungsdienstleister*innen abgeben, um auf diesem Wege rechtliche Einschränkungen zu umgehen. Hier wird eine neue Konstruktion politischer Repräsentation und Verfassung der staatlichen Strukturen klammheimlich eingeführt, indem die Gewaltenteilung aufgehoben wird und die Nicht-Trennung von Staat und Privatwirtschaft als Rechts-Prinzip gültig ist.[94]

Die technische und logistische Aufrüstung von Polizei und Militär sowie die Etablierung der militärischen Logik im zivilen Raum zeigen nicht nur die Eigendynamik, die die Aufwertung der Nationalen Sicherheit annimmt, sondern auch die verschärfte Kontrolle und Überwachung, die damit einhergeht. Die Drohne verbildlicht die 360°-Kontrolle, die einen unbemerkt und leise niemals aus dem Blick lässt, die einen nicht stört, so wie es früher der Hubschrauber tat, aber bei Bedarf einen unmittelbaren Zugriff der Herrschaft auf mich ermöglicht – auch zeitlich gesehen. Sie verbildlicht auch die Technokratie als zunehmend normalisierte Form der Herrschaft. Es wird durch Technik regiert und diese Technik scheint alternativlos. Sie wird uns jedenfalls als solche verkauft, *wollen wir denn sicher sein*. Dass sie ganz nebenbei Grundrechte beschneidet und einen Ausnahmezustand als Paradigma des Regierens etabliert, bleibt unsichtbar. Wir halten diese Form der technokratischen Herrschaft, die einen aufgewerteten Begriff nationaler Sicherheit hat, für einen Grundzug des Ökologischen Akkumulationsregimes.

Digitalisierung und Algorithmisierung im Katastrophenverwaltungsstaat

Die zunehmende Digitalisierung unserer Lebenswelt, die wir beobachten können, führt zu einer zunehmenden Algorithmisierung ebendieser. Der Algorithmus ist die Symbolisierung der Produktion einer vollkommen berechenbaren, unausweichlichen Realität. Die einzig legitimen Variablen für eine staatliche wie individuelle Entscheidung sind jene, die der Algorithmus vorgibt. Dass es auch einen Weg der Entscheidung ohne diese Variablen gibt, ist nicht mehr denkbar. Wer das wagt, wird zum sozialen und politischen Paria. Die produzierte Alternativlosigkeit der derzeitigen Realität drückt sich aus in technokratischen Lösungen ihrer Probleme. Diese können nie die Ursache eines Problems lösen, sie dämpfen lediglich die Folgen, die weitere systemimmanente Probleme hervorrufen und damit verbunden neue Herrschaftsformen. Die Digitalisierung selbst führt zur Produktion eines Widerspruchs:

Zum einen erleben wir mit der zunehmenden Verlagerung all unserer gesellschaftlichen Aktivitäten in den digitalen Raum den Sieg Margaret Thatchers über den Fordismus. Es scheint die Vollendung des neoliberalen Projekts zu sein, ihr Ausspruch „There is no such thing as society“ bit-

tere Wahrheit. Je mehr wir im Digitalen arbeiten, treffen, konsumieren, umso totaler sind wir vereinzelt. Das Treffen einer Freundin, vermittelt über einen Bildschirm, verbindet mich nicht mit ihr, es schneidet mich von ihr ab. Die Physis der Affektion fehlt. Die totale Vereinzelung geht zusammen mit der politischen Krise der Repräsentation. Wo keine sozialen Gruppen mehr sind, sondern nur noch Individuen, da ist auch keine Repräsentierbarkeit. Zugleich sind wir über das Digitale totaler vernetzt als jemals zuvor. Die Gleichzeitigkeit dieser beiden widersprüchlichen Entwicklungen produziert eine *verflachte* Realität: Was eigentlich dreidimensional ist, wird zweidimensional. Die Ebene der Sinnlichkeit, des Tastens und Riechens, des gemeinsamen Atmens, des Körpers und der Seele wird ausgespart. Damit wird die lebendige Erfahrung auf dem Weg über ihre Verkürzung auf Information auf nichts anderes als Daten reduziert. Sie wird nicht nur reduziert. Wenn wir Daten produzieren, indem wir am Straßenverkehr teilnehmen, zum Arzt gehen oder uns mit Freundinnen treffen, werden Erfahrungen zu Verhaltensdaten. Sie werden so zu einem Rohstoff, welcher ausgebeutet werden kann. Analog zu anderen extraktivistischen Verfahrensweisen können wir hier von Datenextraktivismus sprechen. Der ungezügelte Raubbau an Verhaltensdaten führt zu einer »unbefugten Enteignung menschlicher Erfahrung« und macht das Wetten in die Zukunft immer effizienter. Bezugnehmend auf Karl Polanyi beschreibt Zuboff dies folgendermaßen: „Maschinenintelligenz verarbeitet Verhaltensüberschuss zu Vorhersageproduktion, die prognostizieren sollen, was wir jetzt, bald und irgendwann fühlen, denken und tun." Damit akkumuliert die Verhaltensproduktion Erfahrungen und die Erkenntnis über die Welt verschwindet. Denn alle Erkenntnisse fangen mit der Erfahrung an, daran ist gar kein Zweifel (Kant). Wir sind also in einer unausweichlichen, berechenbaren und verflachten Realität gefangen. Dies im Sinne der Sicherheit in zweierlei Hinsicht: Erstens wird der Mangel an Erfahrung durch Konsum substituiert. In Bezug auf Sicherheit lässt sich also sagen, dass die Digitalisierung zu einer Unfähigkeit der Individuen über den Zustand der Welt zu urteilen führt. Sie sind der permanenten erzählten/dargestellten Unsicherheit ausgeliefert und versuchen diese durch den Kauf von Produkten zur Sicherheitsherstellung aufzulösen (Alarmanlagen, Therapie-Apps etc.). Damit stellt die Sicherheitsproduktion einen neuen/gesteigerten Absatzmarkt

im Ökologischen Akkumulationsregime dar. Zweitens ermöglicht diese Realität Kontrolle: Ein vereinzeltes Subjekt ohne Körper ist leichter zu kontrollieren als eines, was mit seinem Leib zu einer Masse an Körpern verschmelzen und sich auflehnen kann. Die Dysfunktionalität des Leibes, welche immer eine Bedrohung für ein profitorientiertes System ist, wird eliminiert. Schon Marx schreibt vom unorganischen Leib des Menschen als nicht-funktionaler Natur des Menschen, welche die Bedingung seiner Existenz, die Abhängigkeit des Menschen von der Natur und damit seine Verletzlichkeit kennzeichnet.[95] Dabei werden bestimmte Körper als größere Risiken als andere für den Staat definiert und stärker bekämpft (Obdachlose, Kranke, Flüchtlinge etc.). Auch die Stabilität von Warenströmen ist durch Digitalisierung leichter zu gewährleisten.

Mit der Produktion einer unausweichlichen, totalen Realität ist eine Alternative zur gegebenen Realität nicht mehr denkbar. Das wiederum manifestiert sich auch in der Ideenlosigkeit und Fixierung auf revolutionäre Realpolitik jener Bewegungen, wie beispielsweise die Klimagerechtigkeitsbewegung, die vorgeben, diese Gegenwart zu bekämpfen. Damit kündigt sich an, was wir als Teil der Ökolokratie als möglicher kommender Herrschaftsform verstehen: eine Technokratie als erfahrungsarme Verwaltung des bloßen Überlebens, in der die Teilhabe an der Welt ersetzt wird durch smarte Körperprothesen (angefangen beim Smartphone, dessen allumfängliche Nutzung darauf jetzt schon hindeutet) und die Welt durch ein digitales Universum (angefangen beim Google-Universum, das es jetzt schon gibt: G-Mail, Google-Maps, Streetview, Playstore, soziale Netzwerke, Brillenformate wie Google Glass). Diese Technokratie wird nicht nur eine „von oben" aufoktroyierte Herrschaft sein, sondern auch eine „von unten" gewollte. Sowohl Herrschende als auch Beherrschte werden sie als alternativlos empfinden. Als Sieg des Empirismus als Erfahrungswissenschaft mit einem quantifizierbaren Erfahrungsbegriff über einen anderen Begriff der Erfahrung, der weder quantifizierbar noch instrumentell wäre, wird sie die instrumentelle Vernunft als Logik der Moderne vollumfänglich realisiert haben. Diese Ökolokratie wäre kybernetisch organisiert, so wie sich die Speerspitze der Modernisierung das schon heute vorstellt.

Fazit: Der kommende Katastrophenverwaltungsstaat

Nicht nur baut der Katastrophenverwaltungsstaat auf den durch den Neoliberalismus zerstörten Wohlfahrtsstaat und damit auf eine ganz andere Grundlage staatlich (nicht) hergestellter Sicherheit auf und muss die Profitabilitätskrise des Neoliberalismus lösen. Das Risiko als Bedrohung erfährt auch eine ideologische Vorverlagerung in den affektiven Kontakt hinein und eine Verschärfung in der politischen Kontrolle sowie eine zeitliche wie örtliche Ausbreitung und Intensivierung durch den ideologischen Überbau des ökologischen Katastrophismus. Der Katastrophenverwaltungsstaat ist eine autoritäre und enthemmte Form des Risikoverwaltungsstaates. Damit einher geht eine Landnahme des Körpers: Der Körper als sinnlicher Leib wird eingehegt, rationalisiert und entfremdet, das Individuum von den anderen getrennt, isoliert und vereinzelt. Das Affektive als Physis bedeutet Risiko und wird dementsprechend eingehegt und vernichtet. Anschließend wird es den Menschen in kommodifizierter Form zurückverkauft. Repressive Sicherheitsstrategien sind genauso Teil eines gouvernementalisierten Staates wie die Selbsttechniken des Begehrenssubjekts. Der Katastrophenverwaltungsstaat vermittelt Handlungsfähigkeit auf individueller Ebene und verschleiert zugleich die Handlungsunfähigkeit des Staates, den gegenwärtigen Krisen zu begegnen und Sicherheit herzustellen. Zugleich ist diese Handlungsunfähigkeit des Staates auch ein Handlungsunwille: Es lohnt sich politisch und ökonomisch mehr, die Kosten für die Sicherheitsherstellung auf das Individuum abzuwälzen. Ökonomisch gesehen geht es im Katastrophen- wie schon im Risikoverwaltungsstaat also um die Einsparung von Kosten, die vormals für die Herstellung sozialer Sicherheit ausgegeben werden mussten. Damit gemeint ist auch eine Übertragung der Kosten für die Reproduktion des Staates auf das Individuum: Er macht sich frei vom Versprechen der Absicherung im Alter, im Krankheitsfall, im Fall von Armut. Der Klimanotstand könnte dabei die Legitimation für die Knappheit von Allem bieten, auch wenn es darum geht, für alle zu sorgen: Die Unmöglichkeit, auch für die Armen und Kranken zu sorgen, ergibt sich dann aus der Knappheit der Mittel (Sachzwanglogik). Verbunden mit der gesteigerten Anrufung der Moral wird Krankheit und

Armut – wie es das in Grundzügen ja heute schon ist – zur individuellen Schuld. Ein mögliches Bild aus der Zukunft: auf der einen Seite Smart-Green-Cities für die Home-Office-Brigaden, auf der anderen Seite Wüstenstädte rund um Solarparks für die Arbeiter*innen und ihre Familien.

Wo im Neoliberalismus die Gesellschaft als sozial verbindendes Glied zerschlagen wurde, wird sie im Katastrophenverwaltungsstaat als kontrollierendes und integrierendes Element wieder angerufen. Die materielle und ideelle Prekarität und die Unsicherheit von Allem (der Kapitalismus als soziale Wirklichkeit), die die ökologische Krise hervorbringen, werden mit der Notwendigkeit einer gesteigerten Organisation, einer vollkommenen Unterwerfung unter die soziale Maschine beantwortet. Wo im Risikoverwaltungsstaat Hedonismus als Zerstreuung gewährt wurde, gibt es im Katastrophenverwaltungsstaat soziales Beisammensein nicht ohne Kontrolle. Nicht nur der Staat, auch wir kontrollieren unser eigenes und gegenseitiges Verhalten z. B. in Form der Kontaktschuld. Ewige Prävention vor der ewigen Katastrophe ermöglicht eine auf Dauer gestellte Überwachung und eine unendliche Militarisierungsspirale im Staat wie in der Gesellschaft. Dies begreifen wir als ein weiteres Element der Landnahme des Ökologischen Akkumulationsregimes. Das Hineinwirken der militärischen Logik bzw. des Militärs in den zivilen Bereich in Form des hybriden Kriegs sowie im Rahmen des Katastrophen- und Heimatschutzes stellt zum einen eine territoriale Landnahme im Sinne einer klassischen Eroberung dar, welche Inwertsetzung ermöglicht. Paradoxerweise wird hier das eigene Staatsgebiet (neu) erobert, neu vermessen, für unsicher befunden und daher einem Prozess der Versicherheitlichung unterzogen. Dieser bedeutet Absatz neuer Sicherheitsprodukte und -strategien. Gleichzeitig existiert durch das Dogma der Sicherung von Handelsrouten und Ressourcen sowie der „strategischen Autonomie“ auch „klassische“ Landnahme in der Form des Krieges nach außen. Zum anderen stellt die Militarisierung der Gesellschaft eine soziale Landnahme dar, die das Individuum dem Korpsgeist des Kollektivs unterwirft. Das, was wir im Folgenden „Kolonialisierung der Seele“ nennen, beschreibt diesen Vorgang. Digitalisierung und Algorithmisierung tragen dazu bei, entwickeln als Technik jedoch ihre Eigenlogik und befreien sich von ihrem bloßen Mittel-Dasein. Der Katastrophenverwaltungsstaat wäre also einer, der Erfahrung und Welt durch warenförmig

produzierte Substitute ersetzt. Welche Auswirkungen das auf uns als Individuen hätte, ist schwer abzusehen – abgesehen davon, dass das nach einer schrecklichen Welt klingt.

Kapitel 3:
Subjektivierung

„Bessere Lieder müssten sie mir singen, dass ich an ihren Erlöser glauben lerne: erlöster müssten mir seine Jünger aussehen!"

Friedrich Nietzsche, Also sprach Zarathustra

Subjektivierung meint in diesem Kapitel eine spezifische Unterwerfung und Formung eines Menschen zu einem Subjekt. Damit verweist sie direkt auf Macht und Herrschaft. Menschen werden mit Hilfe von verschiedenen Machttechniken unter eine Herrschaft unterworfen und damit als Subjekt (Fabrikarbeiter, Humankapital, Mann etc.) konstituiert. Die verschiedenen kapitalistischen Epochen zeichnen sich immer durch ein spezifisches Subjekt aus, um erfolgreich die ökonomische Organisation und die Reproduktion zu gewährleisten. Um sich der Frage zu nähern, was die Grundzüge einer ökologischen Subjektivierung sein könnten, werden wir uns zuerst der neoliberalen und der technologischen Subjektivierung widmen. Wir meinen, dass dies die wirksamsten Subjektivierungsprozesse sind, auf denen die ökologische Subjektivierung aufbaut.

Das Skizzieren einer ökologischen Subjektivierung bleibt dabei notwendigerweise vorläufig. Wir versuchen anhand von Tendenzen zu umreißen, was diese ausmachen könnte. Wir möchten aber anmerken, dass es, angelehnt an die Kondratjew-Zyklen, immer eine Gleichzeitigkeit des Alten auf seinem Höhepunkt und damit seinem Weg zum Abschwung und der Herausbildung des Neuen gibt. Damit ist es zum Teil schwierig, zwischen dem Alten auf seinem Höhepunkt und dem Neuen im Entstehen zu unterscheiden. Vieles bleibt offen, kann sich in eine unerwartete Richtung entwickeln oder erst noch herausbilden. Die Kolonialisierung der Seele zeigt aber schon an, dass der Angriff auf die Subjekte im vollen Gange ist.

Verinnerlichte Herrschaft

Die neoliberale Subjektivierung zeichnet sich einerseits durch eine Mittel-Zweck-Relation aus, in der alles nützlich und verwertbar sein soll. Alles wird einem unhinterfragten „Zweck" – dem kapitalistischen Wettbewerb – unterworfen, sodass nur noch die Mittel im Vordergrund stehen. Konkret manifestiert sich das in einer radikalen Geschichtslosigkeit, die einen in der herrschenden Gegenwart gefangen hält, Projekt-Fokussierung, Abwesenheit von Gesellschaft und einer instrumentellen Vernunft.

Andererseits zeichnet sich das neoliberale Subjekt durch eine Individualisierung aus; man ist stets für sich selbst verantwortlich. Es entsteht

eine selbstverantwortliche und kreative Arbeitskraft: Ich, ein Unternehmen meiner selbst, gefangen in der Forderung nach permanenter Kompetenzaneignung, lebenslangem Lernen und Flexibilität im lokalen wie biografischen Sinne. Scheitert man daran, ist man daran selbst Schuld. Die Rede vom Humankapital deutet dies auch an, man begreift sich selbst als zu verwertendes Ding. Diese Zurichtung auf Selbstverantwortung, individuelle Schuld und Humankapital lässt schon erkennen, wie die Herrschaft und die gesellschaftlichen Widersprüche immer mehr in das Innere der Psyche bzw. in die Seele der Subjekte hineinverlagert wurden und werden.[96]

Wir finden die Gedanken von Isolde Charim[97], die die Verinnerlichung der Herrschaft treffend als Narzissmus analysiert, hilfreich, um die Zuspitzung der neoliberalen Subjektivierung oder vielleicht sogar den Übergang von dieser zur ökologischen Subjektivierung greifen zu können.

Nach Charim wird die frühere moralische Kontrollfunktion des „Vaters" als Über-Ich von einem Ich-Ideal abgelöst. In diesem Ich-Ideal werden die gesellschaftlichen Normen und Regeln abgebildet, die es zu verfolgen gilt. Während das Ich-Ideal fordert, dass man dieses erfüllen soll, bleibt es aber für das Subjekt unerreichbar. Diese Forderung ist dabei das Gegenteil von einer Norm, die ja für alle gleich gilt. Das Ich-Ideal verlangt eine Anpassung, einen Selbstwandel und eine Optimierung. Es ist ein Streben nach einem Vorbild. Die narzisstische Liebe bezieht sich nun auf dieses Ich-Ideal. Das ist eine entscheidende Veränderung, sagt Charim. Denn es bedeutet, dass die narzisstische Zuwendung, die früher dem Ich galt, nun einem teilweise „von außen aufgenötigten Ideal", einer „von außen aufgenötigten Gestalt" zukommt. Es ist damit mehr als nur die reine Selbstliebe. Während ein Scheitern im väterlichen Über-Ich-Modell ein schlechtes Gewissen bzw. Schuldgefühle produziert hatte, verursacht nun ein Scheitern im Ich-Ideal-Modell ein vernichtendes Gefühl der Minderwertigkeit.

Dieses narzisstische Verhältnis schafft es, dass die Subjekte sich durch einen intrinsischen Antrieb, also ein inneres Verhältnis, den gesellschaftlichen Normen unterwerfen. Im vorherigen Kapitel über „Staatliche Produktion von Unsicherheit und Selbsttechniken der Regierung" haben wir hier mit Tove Soiland den Begriff des Begehrenssubjekts ge-

braucht: wie Individuen angeregt durch Anreize und Versprechen sich selbst steuern.[98] Die heutige vorherrschende Anerkennung im kapitalistischen Wettbewerb ist gerade eine Form, die narzisstische Selbstliebe auszuleben. Es handelt sich um eine narzisstische Form der Anerkennung. Und eine solche ist eben keine reziproke, wechselseitige, symmetrische Anerkennung. Ganz im Gegenteil: Es handelt sich vielmehr um eine asymmetrische Anerkennung des Einen durch die Anderen. Anerkennung bedeutet in diesem Fall: ein spezifisch narzisstisches Verhältnis zu den Anderen – ein narzisstisches Gesellschaftsverhältnis. Im Erfolg, in der Aufmerksamkeit, im Lob wird man als Verkörperung des Ideals wahrgenommen. Es stellt sich das Triumphgefühl ein, seinem Ich-Ideal zu entsprechen. Dieses Triumphgefühl ist die narzisstische Befriedigung.

Hier zeigt sich der Unterschied zwischen der Vorherrschaft des Ich-Ideals und jener des Über-Ichs: Das strenge Über-Ich ist ein Regime, in dem sich ein Triumphgefühl nur dann einstellt, wenn man die strikten Vorgaben übertritt, wenn also die strafende Instanz kurz außer Kraft gesetzt wird. Das Ich-Ideal hingegen ist eine Instanz, in der das Triumphgefühl in der – vermeintlichen oder partiellen – Erfüllung der Vorgaben liegt. Und Erfolg ist die Erfahrung, die uns dieses Erfüllen zu bestätigen scheint.

Dieser kapitalistisch überformte oder instrumentalisierte Narzissmus bedeutet also eine Steigerung des Ichs, das Über-sich-Hinauswachsen – als Annäherung an das Ideal. Das ist ein Streben, das zugleich Steigerung hin zum Ideal und damit Unterwerfung unter dieses ist. Das Ideal war ja die Verinnerlichung der kulturellen und ethischen Vorgaben. Es war die Verinnerlichung der gesellschaftlichen Forderungen, die zum Ideal erhoben wurden. Doch die Kontrollinstanz liegt außerhalb, es braucht ein Publikum, das stellvertretend für das Ich-Ideal die Bewertung abgibt. Kurzfristig wird also die innere Kontrollinstanz nach außen verlagert, ein „nach außen getretenes, ein veräußerlichtes Innen". Das bedeutet aber, dass das Publikum kein wirkliches Außen darstellt. Das Publikum ist kein wirklicher Anderer. An dieser Stelle klärt sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Narzissten: Die narzisstische Selbstbezüglichkeit bedarf der Gesellschaft – aber diese Gesellschaft, dieser Andere wird als Publikum zu meinem Anderen, zu meinem Außen.

Weil das Ideal nun prinzipiell unerreichbar ist, verwandelt man das Streben zu diesem in ein umfassendes Regelwerk. Es braucht die kleine-

ren Erfolge der Erfüllung der Regeln, gewissermaßen als Ersatz des Ideals, um sich dem unerreichbar scheinendem Ideal nähern zu können. Diese Regeln sind selbst auferlegt oder akzeptiert – jedenfalls nicht allgemein vorgegeben. Sie bergen das Versprechen, der Weg zur Erfüllung des Ideals zu sein. „Wir umgeben unseren Alltag mit so vielen, mit immer mehr Regeln. Denn diese verschaffen uns eine verschobene Befriedigung – eine Befriedigung im Zeichen des Ideals. Und eben nicht im Zeichen des Verbots. […] Solche Regeln der Lebensführung sind häufig an Übungen, Wiederholungen, Training, Diäten gebunden. Hier bekommen die Qualen des Narzissmus, denen wir schon öfter begegnet sind, eine besondere Bedeutung. Denn Üben bedeutet immer auch ein Sich-Quälen. Und genau das wird hier produktiv: Man spricht den Qualen Sinn zu."[99]

Wir haben ausgeführt, dass das Verhältnis des neoliberalen Subjektes zur Gesellschaft von einer narzisstischen Selbstbezüglichkeit geprägt ist. Die Anderen dienen als Publikum, man will das Lob und die Aufmerksamkeit. Dies ist ein Verhältnis der totalen Immanenz. Das Subjekt kann nur sich selbst sehen und nicht von sich abstrahieren. Das narzisstische Subjekt gründet sich auf eine Identität, welche eine Selbst-Identifikation ist. Das subjektive Gefühl wird zur letzten Wahrheit, zur Grundlage der Identität, wer ich bin. Damit wird die Vereinzelung immer weiter getrieben – so weit, bis kein Allgemeines mehr im Einzelnen zu finden ist. Das ist die Zurückweisung jeder gesellschaftlichen Bestimmung des Ichs. Die Zurückweisung des Prinzips, dass jede Bestimmtheit in Abgrenzung, in Negation – aber damit auch in Bezug zum Anderen – steht. Es ist eine Bestimmung des Ichs in reiner Selbstbezüglichkeit.

Dieser Narzissmus ist das Produkt einer neoliberalen Lebensweise – es ist einerseits eine psychologische Selbstzurichtung der Subjekte, andererseits aber auch eine herrschaftliche Machttechnik der Unterwerfung. Die neue Qualität dieser Subjektivierung besteht darin, dass man einerseits denkt, man würde selber das Ideal bilden, welchem man sich unterwirft, während dieses natürlich ein gesellschaftliches Ideal ist, was den herrschenden Ansprüchen genügt. Andererseits setzt man sich ein Regelwerk, welches das ewige Streben nach diesem Ideal vereinfacht und eine narzisstische Befriedigung verschafft.

Es zeigt, dass die neoliberale Herrschaft nicht nur eine akzeptierte Herrschaft von außen oder die Verinnerlichung von herrschenden Lo-

giken ist, sondern dass die Unterwerfung einem intrinsischen Verlangen nach narzisstischer Bestätigung folgt und als alles andere denn als Unterwerfung empfunden wird. Sie erscheint vielmehr als eine spezifische Form des Freiheitsstrebens. In der Sinnzuschreibung der Qualen des Narzissmus steckt also auch Lust bzw. Genuss. Nur durch dieses Paradoxon wird die Gleichzeitigkeit bzw. das Ineinsfallen von Hedonismus und protestantischer Verzichtsethik verständlich. Die Subjektivierung entspricht dabei der Vorstellung einer anti-gesellschaftlichen Subjektivität. Die Gesellschaftlichkeit des Ichs wird in der reinen Selbstbezüglichkeit negiert.

Diese narzisstische Verinnerlichung der Herrschaft lässt sich auch in der radikalen Linken beobachten: Die Praxis wird immer mehr zu einem unendlichen Prozess der Selbstoptimierung und Verregelung, der nie zum Ziel kommt und in letzter Instanz eine moralische Entlastungsfunktion darstellt. Diese Moralisierung nimmt dabei die Form eines säkularisierten Pietismus an. Eine Kritik der eigenen, fremden und gesellschaftlichen Unzulänglichkeit, deren letzter Horizont es ist, sich durch moralisch-linke Selbstoptimierung zu entsühnen – nach Innen „Seelenerforschung" und nach Außen moralische Perfektionierung. Dies ist Ausdruck des Narzissmus: Man kann nur schwer von sich selbst abstrahieren und jede Kritik wird als ein Angriff gegen die eigene Person gewertet. Und andererseits befriedigt die Perfektionierung, moralisch überlegen zu handeln, den eigenen Narzissmus. Das revolutionäre Begehren nach Freiheit wird erstickt durch die übermächtige Forderung von Eigenverantwortung und Selbstkontrolle. Und der Begriff von Freiheit wird nur noch neoliberal verstanden: Es bedeutet nicht mehr, aus der Struktur der verwalteten Welt auszubrechen, es bedeutet nur noch die Möglichkeit einer Wahlfreiheit in dem Bestehenden, um den eigenen Genuss darin zu optimieren.[100]

Technologischer Zugriff und Kolonialisierung der Seele

Ein weiterer Subjektivierungsprozess ist die technologische Subjektivierung. Menschen werden durch eine technologische Rationalität, aber auch konkret durch Maschinen subjektiviert. Wir sprechen an dieser Stelle von Maschinen als Oberbegriff, da sowohl Hardware wie Smartphone, Tablets und Computer als auch Software wie Apps, Programme und soziale Netzwerke subjektivierend wirken. Maschinen werden nicht mehr als Hilfsmittel oder zu benutzendes Ding wahrgenommen, sondern es findet ein Verschmelzen statt. Das Subjekt ist von einer technologischen Wolke umhüllt. Die Werbesprüche der Tech-Unternehmen, dass man nun mit den Maschinen kommuniziert und diese mit einem selbst, gewissermaßen eine Ko-Existenz besteht, drücken dieses Verschmelzen aus. Das Subjekt wird Teil eines maschinellen Gefüges. Darin kann es verschiedene Rollen einnehmen, Benutzer*in, aber beispielsweise auch Rohstoff, Werkzeug oder Produkt.

Das Mensch-Maschine-Verhältnis lässt sich durch das Aufkommen des Touchscreens verdeutlichen. Dadurch vollzieht sich eine qualitative Änderung des medialen Übergangs von Subjekt zu Medium. Das Berühren des Touchscreens hat kein analoges Feedback mehr und gleichzeitig kommt die Hardware und der Bildschirm dem Subjekt räumlich immer näher. Es verringert sich die Distanz und die Zeitlichkeit. Diese Tendenz zum nahtlosen Übergang zwischen Mensch und Maschine verschiebt das Verhältnis immer mehr – bis zu der Tendenz einer Umkehr der Benutzung, dass nunmehr die Maschine den Menschen benutzt: Der Mensch wird immer mehr wie ein Roboter und passt sich der Maschine an. Die Vernunft wird zu einem technologischen Kalkül, was die aufklärerische Idee eines vernunftgeleiteten Denkens ausgemacht hatte, wird nun zu einem maschinellen Denken. Es entsteht ein technologisches Subjekt.

Das technologische Subjekt nennt Marc Neocleous „Bereitschaftsmaschinen". Das Subjekt wird trainiert auf Anforderungssituationen zu reagieren. Das Einordnen der Situation und das Abwägen der Handlungsoptionen fällt weg. Dem Subjekt werden technologische Lösungen als einzige Möglichkeiten zugewiesen, zwischen denen es wählen kann. Die-

se „Wahlmöglichkeiten“ suggerieren zugleich die vermeintliche Freiheit handeln zu können. Im vorherigen Kapitel zu „Digitalisierung und Algorithmisierung im Katastrophenverwaltungsstaat“ haben wir dies schon als zunehmende Algorithmisierung der Lebenswelt beschrieben. Die einzig legitimen Variablen für die individuelle Entscheidung sind jene, die der Algorithmus durch das Verfahren vorgibt. Dieser technokratische Horizont wird durch die Reaktion auf Anforderungssituationen ergänzt. Dabei wird das sekundenschnelle Reagieren, Bewerten und Auswählen zwischen verschiedenen Optionen durch soziale Netzwerke konkret trainiert. Die Begrenzungen der Situation – der kapitalistische Status Quo – bleibt nicht sichtbar. Adorno hat die Anfänge dieses Prozesses schon früher als Unterwerfung unter die leere Übermacht der Dinge beschrieben: „Man soll, durch ungezählte Präzedenzfälle geschult, rascher sehen, was ‚los ist‘, als die Bedeutungsmomente der Situation sich entfalten. Was von solchen Bildern vorgemacht, vom gewitzigten Betrachter nachvollzogen wird, ist, im Einschnappen auf die Situation, in der widerstandlosen Unterwerfung unter die leere Übermacht der Dinge alles Bedeuten wie einen Ballast abzuwerfen.“[101]

Der maschinelle Zugriff setzt an verschiedenen Stellen an. Es ist eine Spaltung des Subjekts in unterschiedliche Informationen. Diese werden dann ausgewertet und in Daten gegossen. Das Verhalten wird so vermessen und das Subjekt zu einer statistischen Größe – zu einem Bündel von Eigenschaften, Verhaltensmustern und Relationen. Es entsteht eine Art informationstechnischer Schatten, der das Subjekt begleitet. Mittels Wahrscheinlichkeitsrechnung und statistischen Verfahren können nun die vermessenen Subjekte klassifiziert und eingeordnet werden. Die gewonnenen Daten können für Risikoanalysen, Absatzmärkte oder Bonitätsprüfungen genutzt werden. Das Subjekt wird zu kalkulierbarem Datenmaterial. Dies ist ein Zugriff auf den Körper – als quantitativem Körper. Die Maschine sammelt Biodaten und informiert, wenn man sich zu wenig bewegt hat oder eine „Schlafschuld“ hat. Hier spielen das narzisstische und das technologische Subjekt zusammen. Man kann tracken, wie viel man getrunken hat und sich über das Veröffentlichen dieser Daten in sozialen Medien bei einem unbekannten und theoretisch unbeschränkten Publikum die narzisstische Bestätigung abholen. Gleichzeitig spiegelt einem das Publikum immer wieder das

Noch-nicht-erreichen des Ideals und die Qualen des Narzissmus kommen zur Geltung.

Als Beispiel der Entwicklung vom neoliberalen zum narzisstischen Subjekt können die um 2015 noch vereinzelt durch zum Beispiel die evangelikale Oral Roberts University im US-Bundesstaat Oklahoma, die Berliner Sparkasse oder das Brandenburger Jobcenter an Studierende, Mitarbeiter*innen, Sozialhilfeempfänger*innen ausgegebenen elektronischen Armbänder zum „Fitness-Tracking" dienen. Die Studierenden sollten täglich mindestens 10.000 Schritte laufen und wöchentlich mindestens 150 Minuten sportlich aktiv zu sein, das Tracking-Ergebnis hat dann 20 Prozent der Gesamtnote ausgemacht. Das Tracking der Mitarbeiter*innen sollte die Krankheitsquote senken, das Tracking der Sozialhilfeempfänger*innen die Bereitschaft zur Unterwerfung protokollieren. Mittlerweile werden die Tracking Uhren massenhaft freiwillig getragen, um die eigene Leistungsbereitschaft zu optimieren und seinem Ich-Ideal wortwörtlich hinterher zu rennen. Dieser spezifische maschinelle Zugriff ist auch einer auf den Leib – den lebendigen, qualitativen Körper. Dieser Zugriff geht beispielsweise über die Sensorik vonstatten. Maschinen ergänzen nicht nur die menschliche Sensorik, sondern schicken sensorische Signale. Über das stimulierende Scrollen in der Timeline, Vibrationen und Töne wird der Körper zugerichtet. Hierbei geht die Fähigkeit auf die eigene Erfahrung des Körpers zu vertrauen verloren. Ich schaue, wie es mir geht, indem ich aufs Handy schaue. Ich werde mir fremd und beginne mir zu misstrauen.

Und dieser Zugriff ist einer auf die Seele. Erfahrungen und Emotionen werden auf Daten reduziert. Das ehemalige Irrationale, Nicht-Steuerbare wird gemessen und in Informationen gespalten. Die Seele wird zu einer Rechengröße. Die Maschine kann schon vor dem Arzt anhand des eigenen Kaufverhaltens erkennen, ob man depressiv ist. Auch hier ist eine Veränderung im Subjekt-Maschinen-Verhältnis zu beobachten, dass die Maschine aktiv die Emotionen erzeugt und nicht nur vorzeitig erkennen kann. Die Maschine schüttet unentwegt zu verarbeitende Informationen aus. Das menschliche Gehirn hat dabei Schwierigkeiten all die Informationen zu verarbeiten. Es kommt zu einer Übererregbarkeit wie auch zu einer Erschöpfung. Zudem werden über Bilder und Neuigkeiten Emotionen präsentiert. Das Subjekt wird zu einer sekun-

denschnellen Reaktion und Bewertung aufgerufen, danach folgt schon das nächste Bild. Auf der Timeline wechseln sich Freund*innen, Influencer*innen, Weltnachrichten, Tiervideos und Werbung gleichwertig ab. Zudem wird unbezahlte Arbeit angeeignet, die man über das Digitale unentgeltlich erledigt, und Bedürfnisse werden erzeugt und zielgerichtet erfüllt. Dazu passt es, dass der Bildschirm der Smartphones immer größer wird und mittlerweile das Gerät randlos ausfüllt. Auch die Social Media Plattformen füllen den Bildschirm mit immer größeren Bildern aus. Während Programme wie Facebook oder Twitter noch vor allem auf Texten basiert haben und man selber scrollen musste, um auf den nächsten Inhalt zu kommen, füllen Instagram oder TikTok den ganzen Bildschirm mit Bildern oder Videos aus und der Text tritt immer mehr in den Hintergrund. Auch geht die Timeline von TikTok von alleine weiter und man muss sie proaktiv stoppen. Die technischen Möglichkeiten sich vom Publikum sein narzisstisches Ich bestätigen zu lassen scheinen schier unendlich.

Das erinnert an Guy Debords Gesellschaft des Spektakels: „Das ganze Leben der Gesellschaften, in welchen die modernen Produktionsbedingungen herrschen, erscheint als eine ungeheure Ansammlung von Spektakeln. Alles, was unmittelbar erlebt wurde, ist in eine Vorstellung entwichen." Die Säulen der neuen Medien bleiben dabei Bilder, Wörter und Zeichen. Doch ein qualitativer Unterschied ist, dass mit dem Aufkommen der Smartphones die massenhafte Fähigkeit besteht, selbst Bilder ständig und überall produzieren und konsumieren zu können. Die Bilder sind dabei immer eine Inszenierung und in dem Sinne, ist jedes Bild ein Fake-Bild. Wenn die Interaktion mit anderen Menschen nun immer mehr in das Digitale verlagert wird, entsteht einerseits ein Mangel an mehrdimensionalen Erfahrungen und andererseits ein Transzendenzverlust – die Gesellschaft als bildliche Oberfläche meiner selbst.

An diesem Punkt muss man die Beobachtung des technologischen Zugriffs auf Körper, Leib und Seele radikalisieren. Es ist nicht allein ein Zugriff, sondern es findet eine metaphysische Unterwerfung der Seele statt – eine Kolonialisierung der Seele.[102] Die Seele bedeutet im ursprünglichen und schönem Sinne nicht etwas Innewohnendes, sondern etwas von einem Atem oder Wind Durchströmtes. Wenn man von einem Atem durchströmt ist, ist man lebendig. Diese Lebendigkeit be-

deutet an dem teilzuhaben, was uns umgibt. Es ist die Verbindung zu der Welt, die uns umgibt und in der wir leben. Dies ist eine Art weiterer Körper neben unserem biologischen Körper, dieser Körper ist das Maß der Teilnahme an der Welt.

Die metaphysische Operation an der Seele lässt sich an den *Big Five Tech*-Konzernen verdeutlichen. Ihnen ist die Seele weder etwas Innewohnendes, noch etwas von Atem Durchströmtes, sondern Informationen und folglich Daten, die man abbilden kann. Es wird ein digitales Abbild der Wünsche, Begehren, Bewegungen, Kommunikation und Handlungen geschaffen. Es wird eine Miniatur der Seele erstellt. Indem man nun die Seele materialisiert, kann man sie erfolgreich einverleiben. Zugleich wird versucht, die Subjekte auf den biologischen Körper zu reduzieren und dass es nichts Lebendiges mehr gibt, was nicht technologisch vermittelt ist. Es ist die Liquidierung der Transzendenz, der Beziehungen zu Anderen und der Teilhabe an der Welt. Es ist die Installation einer völligen Immanenz.

Das ökologische Subjekt

Im neoliberalen Diskurs gibt es eine rein individualistische Bezugnahme. Es wurde das Ende der Geschichte und der Gesellschaft ausgerufen. Wenn man sich selber genug anstrengt, kann man den Aufstieg schaffen. Im ökologischen Modernisierungsdiskurs kann man nun beobachten, wie wieder eine kollektive Bezugnahme aufkommt. Es wird eine gegenseitige Abhängigkeit und Verantwortung propagiert, während der Umgang weiterhin an das Individuum ausgelagert wird. Man soll selbst verzichten, diszipliniert sein, andere kontrollieren, um die Bedrohung abzuwenden. Die Verregelung, um sich dem Ich-Ideal zu nähern, wird in Verbindung zur Rettung zur Welt gesetzt. Im Umgang mit Corona, beim Energiesparen während des Ukrainekriegs oder beim Wassersparen predigt man im Verweis auf die Verantwortung für eine abstrakte Menschheit einen individuellen Verzicht. Die kollektive Bezugnahme und das Verhältnis zur Gesellschaft ist aber individualistisch und narzisstisch. Wie wir oben schon bei „Bedrohung als Risiko und Prävention statt Bedrohungsabwehr“ ausgeführt haben, verlangt das Risiko ei-

ner kommenden Klimakatastrophe (oder anderer Krisen), welches durch die Imagination der Katastrophe auf alles anwendbar ist, eine Prävention. Die Welt als Ganze und die darin lebenden Menschen mit all ihren Unwägbarkeiten werden dann zur Gefahr. Die Gesellschaft und die Abhängigkeit von anderen Menschen wird als Bedrohung empfunden – am deutlichsten wurde dies während Corona. Als das Soziale zum Risiko erklärt wurde und der soziale Kontakt zum Risikokontakt. Wer den Kontakt eingeht, trägt eine Kontaktschuld und diese ist auch auf andere Handlungen und Haltungen anwendbar.

Es entsteht eine Spannung, dass man für die Gesellschaft verzichten soll, während die Gesellschaftlichkeit als Gefahr, als potentielle Kontaktschuld konzipiert wird und rein individuelle Handlungsmöglichkeiten bestehen. Die entstehende Spannung kann sich unterschiedlich äußern: In einer Verregelung des eigenen Lebens und einer moralischen Überheblichkeit und Verachtung gegenüber anderen, die nicht das Gleiche tun. Im individualistischen Preppen, um bei Eintreten der Katastrophe überleben zu können. Oder in der Hoffnung und dem Antrieb, die Welt zu retten – was meist auch von einer Verregelung und einer moralischen Überheblichkeit begleitet wird. Im letzteren Fall kommt es zwangsläufig zu einem Scheitern, das Ich-Ideal konnte nicht erreicht werden. Es entsteht das Gefühl der Minderwertigkeit, bei zeitgleichem Bewusstsein, dass die Katastrophe nicht gelöst ist. (Das nicht entsprechen des Ideals der moralischen Überheblichkeit, weil man andere mit den eigenen Worten oder Handlungen verletzt hat, lässt ein ähnliches Gefühl der Minderwertigkeit entstehen.) Das ökologische Subjekt kompensiert dies durch die Selbstoptimierung und die Qual, die Regeln werden noch stärker befolgt und ausgeweitet, um sich dem Ich-Ideal zu nähern. Es ist ein verinnerlichtes Verhältnis einer freiwilligen Unterwerfung, mit dem ein unendlicher Prozess der Unterwerfung unter ein gesellschaftliches Ideal einhergeht und das Warten auf die Bestätigung, dass man alles richtig macht. Dabei kommt dieser Narzissmus einem Größenwahn gleich, dass man selbst etwas tun und verändern könnte. Dies stellt dabei auch eine Verdrängung dar, die realen Anforderungen der Katastrophe werden weggeschoben und durch individuelle Handlungsmechanismen kompensiert.

Dabei kommt es immer wieder, wie oben bereits angedeutet, zur Resignation und Erschöpfung, dass das Ich-Ideal nicht zu schaffen, die Ka-

tastrophe nicht aufzuhalten, oder die Vorbereitung auf sie nicht ausreichend ist. Es kommt zur Erkenntnis auf bestimmte Anforderungen ans Leben zu verzichten, das Beste aus sich rauszuholen, am besten informiert zu sein, die richtigen Informationen zu haben, am besten vorbereitet zu sein, sich selbst zu verwirklichen, zu scheitern, während man ganz allein die Schuld für das Scheitern trägt. Diese Resignation scheint zu einem allgemeinen Gefühl geworden zu sein, egal ob es sich um die greifbare allumfassende Alternativlosigkeit zum Kapitalismus oder die ironische Distanz zu dem Bestehenden handelt. Doch selbst aus dem Scheitern oder der Resignation kann auf dem Markt der unendlichen Identitäten ein neues Ich-Ideal entstehen, wie die Phänomene der Prepper, Aussteiger und hedonistischen Zyniker zeigen. Der Diskurs der Resilienz verdeutlicht diese Zurichtung des ökologischen Subjektes. Es wird direkt auf die Katastrophe verwiesen und darauf dass man sich auf diese vorbereiten und davor schützen soll. Das Katastrophensubjekt soll sich nicht nur gegen die Risiken absichern, sondern auch den Ausnahmezustand bekräftigen. Denn nur wenn die Regel ausgesetzt wird, kann die Katastrophe verhindert werden. Die Resilienz ist gewissermaßen die Verinnerlichung der Polizei, das polizeiliche Belagern der Seele. Der Katastrophismus und das ökologische Subjekt ermöglichen eine effektive Landnahme. Es ist ein digital vermessenes Subjekt, dessen Seele und Leib zugerichtet und zerstört werden. Diese Zerstörung produziert nicht nur eine Unterwerfung, sondern auch einen Mangel, welcher ein neuer, zu erschließender Markt ist. So können soziale Begegnungen, Einkaufsbegleitung, Therapiestunden, Achtsamkeits- oder Männlichkeitsseminare oder der Zugang zu einem Männer-Netzwerk verkauft werden. Der Blick des ökologischen Subjekts auf die Welt ist ein technologischer. Die Welt wird als eine steuerbare und technologische Maschine gedacht. Man erfasst ökologische Veränderungen mit Daten und Skalen und kalkuliert ihren Untergang. Dabei bleibt der Umgang mit dieser Welt in einer technologischen Vernunft verhaftet. Es wird versucht einzelne Messdaten zu verändern, CO2 Ausstoß zu senken oder anderweitig die Welt zu steuern. Die Welt wird als Steuerungseinheit wahrgenommen. Das ökologische Subjekt zeichnet sich demnach durch eine verinnerlichte Herrschaft aus. Diese wirkt wie ein intrinsischer Antrieb zur Erfüllung des Ich-Ideals, welcher sich meist durch eine Verregelung und Konformität auszeichnet.

Zwar findet sich dieses Subjekt in seiner Reinform oder idealtypisch im Baerbeckschen Sein[103], doch entwickelt diese Subjektivierungsform eine extreme Flexibilität und Anpassung an klassen- und milieuspezifische Notwendigkeiten. Nicht alle die vorbildlich während der Coronapandemie Kontakte vermieden haben, sparen an der Heizung, um Russland in die Knie zu zwingen und nicht jeder der auf nachhaltigen Konsum achtet ist ein vorbildlicher Antirassist. Allen gemein ist ihnen aber die Anrufung einer ausgewählten Katastrophe, mit der sie meinen am besten umgehen zu wissen; und sei es nur als Illusion. Der utopische Horizont des ökologischen Subjekts, wie man sich eine andere Welt vorstellen kann, endet dann meist am Spiegel. Die Vorstellung der Welt ist von einer totalen Immanenz geprägt, einer reinen Selbstbezüglichkeit. Die resignative Antwort auf die Katastrophe ist die Selbstoptimierung der eigenen Verregelung. Dass dies als Solidarität artikuliert wird, zeigt, dass eine Bezugnahme auf andere, die Gesellschaftlichkeit, nicht gedacht werden kann. Wir möchten nicht falsch verstanden werden. Es geht uns nicht um eine positive Bezugnahme auf Gesellschaft als das positive Korrektiv des Einzelnen, sondern darum, aufzuzeigen, dass Gesellschaft als Schauplatz von Zurichtung und Herrschaft gar nicht mehr erkannt werden kann, wenn sie nicht mehr denkbar ist.

Der technologische Fortschritt trägt, wie wir oben beschrieben haben, die Tendenz der Kolonialisierung der Seele in sich. Das Materialisieren des Nicht-Erfassbaren der Seele und das Schaffen eines digitalen Abbildes. Die Resilienz-Aufforderung ist zugleich eine polizeiliche Belagerung der Seele, der Bezug zur Welt wird zu einer Risikoabwägung und -absicherung. Eine Lösung von gesellschaftlichen Problemen wird dabei nur in technologischen Optionen gesehen. Das alles sind momentan nur Tendenzen, doch die Corona-Krise hat uns deutlich vor Augen geführt, wie schnell diese Tendenzen wirkmächtig werden können.

Nach all dem Geschriebenen, scheint die Frage auf, wie ein Widerstand gegen das Ökologische Akkumulationsregime und seine Zurichtungen möglich ist. Angesichts der düsteren Entwicklungstendenzen von weiterer Abstraktion, Totalisierung, subkutaner Verdichtung und Autoritarisierung von Herrschaft und Ausbeutung, scheint uns der Kern der Suche nach neuen Strategien und Praxen in der Machtfrage zu liegen. Historisch gesehen ging es der Linken in ihren Strategien immer darum,

die Macht zu reformieren, zu erringen, zu erobern oder zumindest in Vorbereitung auf die Revolution die Machtverhältnisse zu verschieben oder Gegenmacht von Unten aufzubauen. Doch was ist, wenn die Macht zu mächtig, zu undurchsichtig, zu gerissen ist, um sie unserem Willen zu unterwerfen? Anstelle einer Strategie und Praxis, die sich in ein dialektisches Verhältnis zur Macht setzt, damit historisch oft gescheitert ist und gerade unter den aktuellen Bedingungen noch viel mehr auf verlorenem Posten steht, geht es, unserer Meinung nach, heute um einen methodischen (nicht prinzipiellen!) Bruch mit dieser Form der Machtfrage, wie sie seit Jahrzehnten in der Linken gestellt wird. Das Folgende und letzte Kapitel beginnt mit der Suche nach neuen Formen des Denkens und der Praxis, jenseits der Dialektik der Machtfrage.

Kapitel 4:
Transzendenz – oder wohin wir wollen

„Ein nur aufs Nächste gerichteter Blick vermag höchstens ein dialektisches Auf und Ab in den Gestaltungen der Gewalt als rechtsetzender und rechtserhaltender zu gewahren. Dessen Schwankungsgesetz beruht darauf, daß jede rechtserhaltende Gewalt in ihrer Dauer die rechtsetzende, welche in ihr repräsentiert ist, durch die Unterdrückung der feindlichen Gegengewalten indirekt selbst schwächt. […] Dies währt so lange, bis entweder neue Gewalten oder die früher unterdrückten über die bisher rechtsetzende Gewalt siegen und damit ein neues Recht zu neuem Verfall begründen. Auf der Durchbrechung dieses Umlaufs im Banne der mythischen Rechtsformen, auf der Entsetzung des Rechts samt den Gewalten, auf die es angewiesen ist wie sie auf jenes, zuletzt also der Staatsgewalt, begründet sich ein neues geschichtliches Zeitalter."

Walter Benjamin, Zur Kritik der Gewalt

Die Notwendigkeit zur Destitution

Die Aufstände zu Beginn dieses Jahrhunderts, vor allem jene der Sequenz von 2019, verweisen auf eine Form der Politik, auf die das „Unsichtbare Komitee" schon in seinen früheren Schriften aufmerksam gemacht hat: Die destitutive Politik scheint ihren Ausdruck sowohl in der Bewegung der *gilets jaunes*, als auch in den globalen Aufständen vom *Estallido social* in Chile 2019 bis zu jenem so kurzen wie intensiven Aufstand in Kasachstan gefunden zu haben. Destitutive Politik als Zerstörung jeglicher Staatsgewalt, als grundlegende Ablehnung ebendieser und die Verweigerung sich selbst in einen konstituierenden Prozess zu begeben, d.h. die Verweigerung sich einer vermeintlichen Legitimität durch das Volk oder einer Repräsentation zu bedienen und in letzter Instanz einen neuen Gesellschaftsvertrag zu begründen, eine neue Rechtsform zu setzen, ist in all diesen Aufständen als Potenz präsent gewesen. Destitutive Politik als Ausstieg aus kommodifizierten sozialen Beziehungen und die Begründung anderer sozialer Beziehungen wurde sowohl an den *ronds points* Frankreichs als auch in den *barrios* chilenischer Städte und anderen Orten des öffentlichen Raumes gelebt. In ihnen findet eine Neu-Zusammensetzung oder Neu-Findung, der durch den neoliberalen Kapitalismus atomisierten Identitäten statt; das was Endnotes in ihrem Text „Vorwärts, Barbaren" die „Verwirrung der Identitäten" nennen.[104] Gleichzeitig ist die Verwirrung der Identitäten noch in ihrer Neu-Zusammensetzung innerhalb der Non-Bewegungen auch Ausdruck der zerstörerischen Kraft des Neoliberalismus, die Ablehnung von Repräsentation Ausdruck des narzisstischen neoliberalen Selbst. Destitution als Destruktion und Destitution als Desertion, diese zwei Seiten der destitutiven Politik scheinen die Form der Non-Bewegungen zu sein. Angesichts des sich wiederholenden Scheiterns der Linken, ob an ihrer Prinzipien- oder Ideenlosigkeit, ist die Kritik an konstituierenden Prozessen sowie konstituierter Gewalt (zu der die konstituierende Linke werden will), die der destitutiven Politik zugrunde liegt, die momentan richtige. Angesichts einer kläglich verkümmernden Linken, die aus der Ohnmacht heraus verzweifelt nach Vergesellschaftung schreit, in einer Welt, in der Gesellschaft totalisierender ist als jemals zuvor, ist es richtig, die Frage nach dem Ende der Vereinzelung in der Totalität nicht mit Gesellschaft zu beantworten. Destitutive Politik ist also notwendig, auch oder

gerade für uns, die wir aus der Linken kommen, wollen wir uns nicht mit dem Rest von ihr selbst zu Grabe tragen.

Die namenlose Revolution

Schon lange wissen wir, dass die klassische Konstruktion linker Bewegung und/oder Partei sich nur noch als durchsichtige Komödie zu inszenieren weiß. Die revolutionäre Partei und die Gewerkschaft als Organisation gemeinsamer Interessen schafft es auf ihrem Weg ins Siechtum gerade nur noch zum fiktiven Kontrapunkt der großen Konspirationen des Kapitals. Bevor sie sich je in den realen Kämpfen auf ihre Position besinnen kann, hechelt sie wie die zu zigtausenden in der Corona-Dunkelheit zur Kompensation von Beziehungsverlusten zugelegten Haushunde der Anerkennung hinterher, die sie sich durch mit ernster Mine vorgetragene Verhandlungsangebote meint, erkaufen zu können. Ihnen geht es immer noch darum, ein Stück vom Kuchen der konstituierten Macht abzukommen und vorzugaukeln, dass man – wenn man sie schon nicht übernommen hat – doch wenigstens ein gewichtiger, einflussreicher Teil von ihr ist. In der Blindheit ihrer Krise sind sie nicht einmal mehr dazu in der Lage, die Treue zu ihrer Herkunft aus den Aufständen und Kämpfen zu erinnern, geschweige denn sie zu tradieren. Aber auch sozialen Bewegungen, auch der radikalen Linken gelingt es kaum noch, Territorien zu okkupieren, der Macht länger als für den Moment Freiheit und Autonomie abzutrotzen. Ob Sainte-Soline, Lützerath oder der Hambacher Wald: Die gemeinsame Idee und Wahrnehmung der Welt, die ein Territorium verteidigen soll, bricht sich schon an der Frage der Mittel, der Ausdauer oder der Offenheit. Der trotzige Satz der Baumbewohner*innen, dass sie nichts und niemanden repräsentieren würden, verkapselt sich zu einer der unendlich vielen Identitäten, die sich gegenseitig nichts zu sagen haben, außer dem: „Ich bin ich und Du bist Du“ das wir bis zur Ermüdung aus so vielen anderen Zusammenhängen kennen. Die radikale Linke dagegen, wo sie sich nicht schon in die real existierende sozialdemokratische Scheiße transformiert hat, hat außer sich selbst auch nichts zu sagen. Wo sie sich noch nicht völlig resigniert in eine seit dreißig Jahren gleiche Routine zurückgezogen hat, und ihren Welterklärungsstil in eng bedruckten seitenlangen Erklärungen ohne Punkt und Komma weiterlebt, setzt sie auf das migrantische Surplus-Proleta-

riat und die ausstehende Befreiung ihres gentrifizierten Kiezes, den sie selbst vor Jahrzehnten aufgeben musste. Was also bleibt, ist der Strudel zerstreuter Subjektivitäten, „[…] den das totalisierende Universum der Arbeiterbewegung im anarchischen Zeitalter eines Kapitalismus ohne hegemoniale Gespenster verwaist zurücklässt". Er begründet unsere Desorientierung, konstituiert aber zugleich ein Experimentierfeld, schreibt Michele Garau in der Einleitung zu Hugh Farrels „Die Strategie der Zusammensetzung".[105]

Worin aber besteht jenseits der Desorientierung das Experiment, also die Perspektive auf Neues und Anderes? Angesichts der Feststellung, dass die Non-Bewegungen tatsächlich faktisch der Bruch mit dem Überkommenen sind, und uns zugleich wirklich neu die Frage nach der Sammlung der Subjektivitäten stellen, kann man unseren Freunden und Freundinnen vom Komitee zugestehen, dass „all unsere bisherigen Vorstellungen von Revolution mangelhaft waren, weil wir sie uns immer nur als Dialektik von Konstituierendem und Konstituiertem vorstellen konnten", dann müssen wir uns wirklich der Frage stellen, ob wir noch an die Mär glauben, „jede konstituierte Macht wurzele in einer konstituierenden Macht […]." und glauben wollen, dass „[…] es genüge, dass ‚das Volk' sich versammelt, wenn möglich vor dem Parlament, und ‚Ihr vertretet uns nicht!' schreit, damit durch simple Epiphanie die konstituierende Macht die konstituierten Mächte wundersam vertreibt."[106] Ihre Antwort ist kein Verweis auf eine, diesmal ganz andere konstituierende Macht, sondern der Ausstieg aus der Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht, ja sogar der Verzicht „auf unsere eigene Legitimität": „Wir müssen die Vorstellung aufgeben, dass man Revolutionen im Namen von etwas macht und es eine wesensmäßig gerechte, unschuldige Entität gäbe, die zu vertreten die revolutionären Kräfte bemüht wären. Man holt die Macht nicht auf den Erdboden zurück, um sich selbst in den Himmel zu heben."[107] Der Vorschlag ist, dass sich die Legitimität des Aufstands nie auf das Ende der konstituierten Macht und die Hoffnung auf eine neue, ganz andere stützen darf, sondern dass der Aufstand sich vom Bedürfnis, nein vom Begehren nach den Institutionen zu lösen hätte, und sich abseits stellen (sich destituieren) muss. „Destitution bedeutet nicht in erster Linie, die Institution anzugreifen, sondern das bestehende Bedürfnis nach ihr anzugreifen."[108] Der eigentliche Kampf heute

wäre nicht der Kampf um die Aneignung der Institutionen, der Territorien und der Ideen, sondern die Desertion aus den kapitalistischen Verhältnissen. Diese Wahrheit, die in den Aufständen verdichtet zum Vorschein kommt, stellt uns vor die Herausforderung, gerade in der BRD, ihr die Treue zu schwören und sie jenseits der (nicht vorhandenen) Aufstände in unser Leben zu tragen.

Das aber würde die Behauptung zurücknehmen, dass wir auf unsere eigene Legitimität einfach verzichten sollen. Es würde vielmehr bedeuten, uns unsere eigene Legitimität zu schaffen. Es wäre dann die Suche nach einer Anerkennungswürdigkeit, die ihre Kriterien und ihre Lebensformen nicht aus den herrschenden Verhältnissen speist, den Aufstand auch weder als konstituierende noch als rechtssetzende Gewalt versteht. Es wäre die Suche nach einer Anerkennungswürdigkeit, die sich nicht dem Bestehenden verdankt, sondern ihre Legitimität in der Perspektive einer Transzendenz sucht, in einer Perspektive eines verrandeten „als-ob-nicht"-Dazugehörens, die den Verhältnissen deren Illegitimität entgegenlebt. Der französische Philosoph Jean-Luc Nancy behauptet, dass schon die bloße Vernunft vor der Aufgabe steht, sich auf ihre Unbegrenztheit hin zu öffnen. Sich also nie mit dem vermeintlich Denkbaren, mit der sogenannten Wirklichkeit, mit den behaupteten politischen und historischen Sachzwängen zufriedengeben darf. Der Aufstand als Teil einer desertierenden, destituierenden Praxis, so könnte man mit Sorel sagen, ist „nicht den Soziologen vorbehalten, noch den eleganten Amateuren von Sozialreformen, noch den Intellektuellen, die es sich zum Beruf gemacht haben, für das Proletariat [für die Anderen!] zu denken." Auch der Aufstand muss sich von der Verstrickung in die Dialektik von konstituierender und konstituierter Gewalt lösen. Er versucht, wie all unsere Praxis, aus den Verhältnissen und den Diskursen und Konstruktionen der Wirklichkeit zu desertieren. Jedenfalls vorläufig. Die bolschewistische Frage nach dem „Danach" ist mit all dem nämlich noch nicht beantwortet. Jedenfalls von uns nicht.

Endnoten

1 Den Begriff haben wir aus der Regulationstheorie der 1970er Jahre entnommen.

2 Gemeint ist damit ein Verständnis von Existenz, das auf psychoanalytischen, marxistisch-materialistischen und philosophischen Überlegungen beruht, die den Menschen in seiner widersprüchlichen Ganzheit von Realem und Imaginärem, Sein und Bewusstsein, Körper und Leib, Physis und Antiphysis, versuchen zu verstehen; die Einheit von Körper und Geist definieren den Menschen.

3 Klaus Dörre in Rückgriff auf Rosa Luxemburg, in: Verhängnisvolle Verhältnisse. Produktionsweise – Geschlechterbeziehungen – Rassifizierung – Mensch und Natur, in: Tagungsvorbereitungsgruppe (Hg.): Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein. Dokumentation der Tagung über die Krise der IL und der radikalen Linken vom 2. bis 4. Juli 2021 in Berlin, S. 24-33.

4 Gago, Verónica: Für eine feministische Internationale, Münster 2021, S. 116.

5 Ebd. S. 113ff.

6 Ein neues Akkumulationsregime, in: Tagungsvorbereitungsgruppe (Hg.): Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein. Dokumentation der Tagung über die Krise der IL und der radikalen Linken vom 2. bis 4. Juli 2021 in Berlin, S. 34-35.

7 Moore, Jason W.: Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals, Berlin 2020, S. 76ff.

8 Riots im Zeitalter der Zirkulation, in: Tagungsvorbereitungsgruppe (Hg.): Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein. Dokumentation der Tagung über die Krise der IL und der radikalen Linken vom 2. bis 4. Juli 2021 in Berlin, S. 24-33.

9 Clover, Joshua: Riot. Strike. Riot. Die neue Ära der Aufstände, Hamburg 2021, S. 154-158.

10 Gago, Verónica: Für eine feministische Internationale, Münster 2021, S. 149-153. Clover, Joshua: Riot, Strike, Commune. Gendering a Civil War, New Global Studies 14 (2020) 2, S. 121-131.

11 Verhängnisvolle Verhältnisse. Produktionsweise – Geschlechterbeziehungen – Rassifizierung – Mensch und Natur, in: Tagungsvor-

bereitungsgruppe (Hg.): Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein. Dokumentation der Tagung über die Krise der IL und der radikalen Linken vom 2. bis 4. Juli 2021 in Berlin, S. 24-33.

12 Soiland, Tove: Soziale Reproduktion und Neue Landnahme: ein feministischer Zugang, in: Widersprüche, 38 (2018) 150, Nr. 4, S. 85-110, hier S. 88-91.

13 Mies, Maria: Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzperspektive, in: van der Linden, Marcel & Roth, Karl Heinz (Hg.): Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, Berlin/Hamburg 2009, S. 257-289.

14 Soiland, Tove: Soziale Reproduktion und Neue Landnahme: ein feministischer Zugang, in: Widersprüche, 38 (2018) 150, Nr. 4, S. 85-110, hier S. 95-100. Verhängnisvolle Verhältnisse. Produktionsweise – Geschlechterbeziehungen – Rassifizierung – Mensch und Natur, in: Tagungsvorbereitungsgruppe (Hg.): Die IL läuft Gefahr, Geschichte geworden zu sein. Dokumentation der Tagung über die Krise der IL und der radikalen Linken vom 2. bis 4. Juli 2021 in Berlin, S. 24-33.

15 Gago, Verónica: Für eine feministische Internationale, Münster 2021, S. 69, S. 109-113.

16 Ebd.: S. 104-105.

17 Ebd.: Für eine feministische Internationale, Münster 2021, S. 109-117.

18 Ebd.: Für eine feministische Internationale, Münster 2021, S. 64-69.

19 Tarì, Marcello: There is no unhappy revolution. The Communism of Destitution, Brooklyn 2021, S. 91.

20 Unsichtbares Komitee: Der kommende Aufstand, Raubdruck von 2010, S. 72.

21 Gago, Verónica: Für eine feministische Internationale, Münster 2021, S. 154-162.

22 Ebd.: S. 117-121.

23 Huette Kollektiv: Kein Frieden im grünen Kapitalismus , in: Lower Class Magazine, 22.05.2022, https://lowerclassmag.com/2022/05/22/kein-frieden-im-gruenen-kapitalismus/

24 Berger, Emil: Kolonialismus 2.0. Wie ein Berater des Wirtschaftsministeriums für die Errichtung einer Kolonie Bolivien plädiert, in: untergrundblättle, 30.12.2022, https://www.untergrund-blättle.ch/wirtschaft/bolivien-lithium-kolonialismus-2-0-7414.html

25 Huette Kollektiv: Kein Frieden im grünen Kapitalismus, in: Lower Class Magazine, 22.05.2022, https://lowerclassmag.com/2022/05/22/kein-frieden-im-gruenen-kapitalismus/

26 Abramsky, Kolya: Energy and Social Reproduction, in: The Commoner, 15 (2012), S. 339-352.

27 Benanav, Aaron: Automatisierung und die Zukunft der Arbeit, Berlin 2021; Smith, Jason E.: Smart Machines and Service Work. Automation in an Age of Stagnation, London 2020.

28 Musk, Elon: Making Life Multiplanetary, gekürztes Manuskript der Präsentation auf dem 68th International Astronautical Congress, 28.09.2017, https://www.spacex.com/human-spaceflight/mars/. Vgl. auch: Mueller, Gavin: Maschinenstürmer. Autonomie und Sabotage, Hamburg 2022, S. 10f.

29 Zit nach: Paoli, Guillaume: Geist und Müll. Von Denkweisen in postnormalen Zeiten, Berlin 2023, S. 210.

30 Schaupp, Simon: Technopolitik von unten. Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung, Berlin 2021, S. 37f.

31 Ebd.: Technopolitik, S. 42.

32 Ebd.: Technopolitik, S. 46.

33 Unsichtbares Komitee: Jetzt. Hamburg 2017, S. 75.

34 Ebd.

35 Unsichtbares Komitee: Jetzt, S. 77.

36 Zit. nach: Anonym: Konspirationistisches Manifest, Raubdruck von 2022, S. 86.

37 Zit. nach: Unsichtbares Komitee: An unsere Freunde, Hamburg 2015, S. 81.

38 z.B. https://www.cvce.eu/content/publication/1999/1/1/b1dd3d57-5f31-4796-85c3-cfd2210d6901/publishable_de.pdf

39 https://www.ucsusa.org/sites/default/files/attach/2017/11/World%20Scientists‘%20Warning%20to%20Humanity%201992.pdf

40 http://mudancasclimaticas.cptec.inpe.br/~rmclima/pdfs/destaques/sternreview_report_complete.pdf
41 Vgl. Riesel, Semprun: Katastrophismus, Desasterverwaltung und nachhaltige Knechtschaft (2008), S. 26.
42 Ebd., S. 27.
43 Debord, Guy: Die Gesellschaft des Spektakels, Edition Tiamat, 2. Aufl. Berlin 2013, S. 14.
44 Riesel, Semprun: Katastrophismus, Desasterverwaltung und nachhaltige Knechtschaft (2008), S. 49.
45 Kaufmann: Nachhaltigkeit, in: Glossar der Gegenwart (hrsg. von Bröckling et al.), 2004.
46 Paoli, Guillaume: Geist und Müll. Von Denkweisen in postmodernen Zeiten, 2023, S. 22.
47 Fromm, Erich: Escape from Freedom.
48 Agamben, Giorgo: Ausnahmezustand, Frankfurt am Main 2020 [1. dt. Aufl. 2004], S. 7f.
49 Ebd., S. 9.
50 Ebd., S. 11f.
51 Ebd., S. 7.
52 Ebd., S. 46.
53 Ebd., S. 42.
54 Ebd., S. 10ff.
55 Ebd., S. 11f.
56 Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte, in: Tiedemann/Schweppenhäuser (Hrsg.): Gesammelte Schriften, Band I.2, Frankfurt am Main 2021 [1. Aufl. 1991], S. 691-704, S. 697, These 8.
57 Agamben, Giorgo: Ausnahmezustand, Frankfurt am Main 2020 [1. dt. Aufl. 2004], S. 20.
58 Ebd., S. 20.
59 Ebd., S. 20.
60 Ebd., S. 22ff.
61 Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte, in: Tiedemann/Schweppenhäuser (Hrsg.): Gesammelte Schriften, Band I.2, Frankfurt am Main 2021 [1. Aufl. 1991], S. 691-704, S. 697, These 8.
62 Konspirationistisches Manifest, S. 137.

63 Agamben, Giorgo: Ausnahmezustand, Frankfurt am Main 2020 [1. dt. Aufl. 2004], S. 30ff.
64 https://www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000041746313/, zul. Aufg. am 19.01.2023.
65 https://www.lemonde.fr/politique/article/2020/03/17/nous-sommes-en-guerre-face-au-coronavirus-emmanuel-macron-sonne-la-mobilisation-generale_6033338_823448.html, zul. Aufg. am 19.01.2023.
66 Agamben (2020): S. 30.
67 https://www.jungewelt.de/artikel/457513.aufruhr-in-den-banlieus-variationen-der-gewalt.html?sstr=variationen%7Cgewalt, zul. Aufg. am 24.08.2023.
68 Ebd., S. 10.
69 Ebd., S. 8.
70 Jelpke, Ulla: Es wird verordnet, in: Rote Hilfe Zeitung 2020/4: Pest und Cholera – Das Virus und die Reaktion, S. 27f.
71 https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/91_2_Goessner.pdf, zul. Aufg. am 19.01.2023.
72 Vgl. Agamben (2020): S.9f. zu military order von Bush und Konspirationistisches Manifest.
73 Art. 1 Nr. 4 des Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 27. März 2020, BGBI. S. 587.
74 https://www.buzer.de/gesetz/2148/l.htm, zul. Aufg. am 19.01.2023.
75 https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0801-0900/803-21.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zul. Aufg. am 19.01.2023.
76 Konspirationistisches Manifest, S. 32.
77 https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_Leopoldina-Stellungnahmen_Coronavirus-Pandemie_1-7.pdf
78 https://verfassungsblog.de/wie-sich-das-parlament-in-der-pandemie-mal-wieder-selbst-aus-dem-spiel-nimmt/, zul. Aufg. am 19.01.2023.
79 Agamben, Giorgo: Ausnahmezustand, Frankfurt am Main 2020 [1. dt. Aufl. 2004], S. 22.

80 https://www.zdf.de/nachrichten/politik/gas-energie-neubauer-russland-ukraine-krieg-100.html
81 Aus: Kein Frieden im grünen Kapitalismus.
82 Konspirationistisches Manifest, S. 36
83 Vgl. Konspirationistisches Manifest, S. 32.
84 Konspirationistisches Manifest, S. 36.
85 Sexuelle Differenz, hrsg. von Anna Hartmann, Unrast-Verlag, 2022, S. 78.
86 Ebd., S. 80.
87 Vgl. Ebd.
88 Vgl. Ebd.
89 Vgl. Weißbuch 2006.
90 https://www.bmvg.de/de/aktuelles/sondervermoegen-bundeswehr-markiert-historischen-aufbruch-5542400, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw22-de-sondervermoegen-897614, zul. Aufg. am 21.1.23.
91 Ebd.
92 Ebd.
93 Ebd.
94 Ebd.
95 Ökonomisch-philosophische Manuskripte, Die entfremdete Arbeit, S.515f.
96 Das neoliberale Subjekt für das neue Akkumulationsregime im Digitalen Kapitalismus, Tagungsreader; Der verweltlichte Pietismus (2021).
97 Charim, Isolde (2022): Die Qualen des Narzissmus. Über freiwillige Selbstunterwerfung, Paul Zsolnay Verlag: Wien.
98 Soiland, Tove: Sexuelle Differenz.
99 Charim (2022): Die Qualen des Narzissmus, S. 183
100 Neoliberale Subjektivierung als Problem der Linken, Tagungsreader; Das neoliberale Subjekt für das neue Akkumulationsregime im Digitalen Kapitalismus, Tagungsreader; Der verweltlichte Pietismus, 2021 (https://www.nd-aktuell.de/artikel/1148506.gesellschaftliche-linke-der-verweltlichte-pietismus.html).

101 Adorno, Theodor W. : Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1951, S. 160.

102 Anonym: Konspirationistisches Manifest, Raubdruck von 2022, S. 182

103 Neologismus. Wortkreuzung aus: (Annalena) Baerbock und (Robert) Habeck.

104 https://sunzibingfa.noblogs.org/post/2021/01/11/vorwaerts-barbaren/

105 https://bonustracks.blackblogs.org/2023/05/22/die-strategie-der-zusammensetzung-part-1/

106 Unsichtbares Komitee: An unsere Freunde, Hamburg 2015 [Original 2014], S. 56f.

107 Ebd.: S. 58f.

108 Unsichtbares Komitee: Jetzt, Hamburg 2017, S. 63.